

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 15. März 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Wochenschrift Sonntag-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Interaktions-Gebühr

Gebühr für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlussstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Der Wahnsinn des Wettrüstens.

Der neue Marine-Gesetz Englands übertrifft alles Dagegen. Die Ausgaben erreichen in diesem Jahre die fabelhafte Höhe von 888 Mill. Mark, und sogar dem letzten Rekordjahre gegenüber schnell er um volle 76 Millionen empor. In diesem einzigen Jahre wird ein gewaltiges neues Rüstungsprogramm ohne viel Redensarten, wie etwas Selbstverständliches unternommen. Es sollen, um nur die wichtigsten Posten hervorzuheben, in diesem Jahre 5 Dreadnoughts, 3 gepanzerte Kreuzer, 1 Kreuzer, 20 Zerstörer und 6 Unterseeboote in Angriff genommen werden. Außerdem verlangt die Regierung eine Vermehrung der Flottenmannschaft um 3000 Mann, wodurch die Gesamtstärke 134 600 Mann erreichen wird. Um sich das kolossale Wachstum der englischen Flottenrüstungen in den letzten Jahren zu vergegenwärtigen, braucht man sich bloß einige Zahlen ins Gedächtnis zu rufen. Der Flottenetat betrug in englischen Pfunden im Jahre 1907/08 31,25 Millionen, in 1908/09 32,18 Millionen, in 1909/10 35,78 Millionen, in 1910/11 40,60 Millionen, in 1911/12 44,39 Millionen. Das ist eine Zunahme in den letzten fünf Jahren von 13 Millionen Pfund Sterling oder 260 Millionen Mark!

Mit diesem gewaltigen Flottenbauprogramm wird die englische Uebermacht zur See stärker als je befestigt. Im Jahre 1913 wird England mehr Dreadnoughts in Kriegsbereitschaft haben als der Dreißig und Frankreich zusammen. Die wohlorganisierten Paniker der letzten Jahre haben also den Jingoismus und den Panzerplattenpatriotismus reiche Früchte getragen. Selbst die chauvinistischen Organe, wie die „Times“ und die „Morning Post“, sind zufrieden. Sie müssen zugeben, daß die liberale Regierung ihre Geschäfte besser besorgt, als sie selber es könnten. Hätte eine konservative Regierung es gewagt, solche Forderungen zu stellen, dann würden die Liberalen gewiß eine heftige Agitation dagegen eingeleitet und vielleicht eine Reduktion erzwungen haben. Bei einer liberalen Regierung ist ein Widerstand in solchen Dingen von vornherein aussichtslos. Und auch der anerkanntswürdige Vorstoß, den die Arbeiterpartei und die Radikalen im Unterhaus unternommen haben, ist vergeblich geblieben.

Zu dieser kolossalen Rüstungsvermehrung werden wohl zwei Umstände hauptsächlich beigetragen haben. Man nimmt in England an, daß sich die deutsche Regierung mit Plänen für ein neues Flottengesetz trage. Die gewaltigen Neuirüstungen Englands sollen jedenfalls eine an Deutschland gerichtete Warnung sein, daß man sich hier keinen Illusionen über eine etwaige Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Flotten hingeben möge, und daß die englische Regierung fest entschlossen ist, ihre Vorherrschaft zur See unter allen Umständen zu behalten. Der zweite Umstand ist der Streit um die Bagdadbahn. Sir Edward Grey ließ bei aller Ruhe und Höflichkeit in seiner Rede keinen Zweifel darüber bestehen, daß die englische Regierung nicht daran denkt, sich ihre Vormachtstellung am Persischen Meerbusen von Deutschland streitig machen zu lassen. Der angeschwollene Flottenvoranschlag ist ohne Zweifel darauf berechnet, der Welt und vor allem Deutschland anzuzeigen, daß es der englischen Regierung mit dieser Sache blutig ernst ist.

Diese neueste Entwicklung sollte auch dem Verstande über den Wahnsinn des Wettrüstens die Augen öffnen. Kein Staat, auch der reichste nicht, kann solche Lasten auf die Dauer ertragen; eine fürchterliche Katastrophe ist bei dieser Politik unausbleiblich. Die Verantwortung dafür, daß die Dinge diesen verhängnisvollen Lauf genommen haben, teilt aber der deutsche Imperialismus mit dem englischen. Unter dem Einfluß der deutschen Imperialisten hat die deutsche Regierung die wiederholten Annäherungsversuche der englischen Regierung, eine Einigung über eine gegenseitige Beschränkung der Seerüstungen herbeizuführen, jedesmal abgelehnt. Jetzt glaubt die englische Regierung beweisen zu müssen, daß sie das Uebereinkommen nicht unbedingt nötig habe, um ihre Machtstellung wahren zu müssen. Möglichlich auch — und der Verlauf der Unterhausdebatte macht dies wahrscheinlich — daß die englische Regierung durch ihren neuen Flottenetat zugleich einen Druck auszuüben hofft, der die deutsche Regierung einem Abkommen geneigter macht. Und in der Tat muß sich auch die Notwendigkeit eines gegenseitigen Abkommens für alle umso klarer ergeben, je gefährlichere Formen der Rüstungswahn annimmt.

Nun hat die Marinedebatte im Unterhaus den Beweis geliefert, daß die englische Regierung durchaus bereit ist, mit Deutschland in Unterhandlungen einzutreten. Zwei Momente aus dieser Debatte verdienen besondere Hervorhebung. Zunächst einmal erklärte der Marineminister Mr. Kenna, daß das diesjährige Budget einen Höhepunkt darstelle. Falls keine weitere Milderung des deutschen Flottengesetzes erfolge, so werde das nächstjährige Budget bereits eine Verminderung zeigen. Sodann aber erklärte der Minister des Äußern Sir Edward Grey mit allem Nachdruck, es wäre in jeder Beziehung vorteilhaft, wenn mit Deutschland ein Abkommen er-

zielt werden könne. Das englische Unterhaus hat beide Erklärungen mit jubelndem Beifall aufgenommen, der beweist, daß auch in England die Masse des Volkes mit Abscheu und Entsetzen die verderblichen Wirkungen imperialistischer Politik betrachtet. So ist der psychologische Augenblick durchaus günstig, um in Verhandlungen einzutreten. Das englische Unterhaus hat gesprochen. In voller Uebereinstimmung mit der französischen Kammer, die erst vor kurzem einen dem Sinne nach gleichen Antrag angenommen hat, hat es dem Antrag des Liberalen King zugestimmt, der folgenden Wortlaut hat:

„Das Haus bedauert das Fortbestehen der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung großer Rüstungen und würde die Herbeiführung einer internationalen Vereinbarung für die Beschränkung der Rüstungen willkommen heißen.“

Nun hat der deutsche Reichstag das Wort. Wir fordern mit allem Nachdruck — und die sozialdemokratische Fraktion wird die Forderung klipp und klar stellen — daß der deutsche Reichstag dem Willen der arbeitenden Massen dieses Landes Rechnung trage und die Regierung anweise, ohne Verzug die Besprechungen mit England zu beginnen. Dem Wahnsinn des Wettrüstens muß ein Ende gemacht werden, soll nicht dem Schrecken ohne Ende ein Ende mit Schrecken folgen.

#### Die Marinedebatte im Unterhaus.

Aus der Debatte, deren Anfang wir bereits mitgeteilt haben, geben wir zunächst die wichtigsten Schlüsselsätze der Rede des Marineministers, Mr. Kenna, folgende:

21 deutsche Schiffe werden von den Werften im Frühjahr 1914 abgeliefert werden und 30 britische Schiffe werden zum selben Zeitpunkt vollendet sein. Konsonant Annahme, daß das vermehrte Budget in Zukunft 50 Millionen betragen wird, ist eine irrige. Wenn keine weitere Milderung des deutschen Flottengesetzes erfolgt, und wir haben allen Grund, zu glauben, daß dies nicht der Fall sein wird, so wird das Budget für 1912/13 eine Verminderung im Vergleich mit dem für 1911/12 zeigen. Aber wir können keine Verpflichtung übernehmen, bevor wir wissen, wie die künftigen Entwicklungen der fremden Flotten beschaffen sein mögen.

In der folgenden Debatte erklärte zunächst Sir Edward Grey als Ziel der englischen Marinepolitik „eine Flotte, die stark genug sei, ihre Uebermacht zur See gegen jede denkbar wahrscheinliche Kombination zu behaupten“ und gab dann eine ausführliche Darlegung der auswärtigen Politik. Er sagte:

Die Regierung ist der Ansicht, daß das Budget für die nächsten beiden Jahre nichts vorsieht, was über das erforderliche Maß hinausginge. Mac Kenna hat das Budget als eine Hochwassermarkte bezeichnet, und es bedeutet eine Hochwassermarkte, wenn die Programme der anderen Mächte ihren normalen und beabsichtigten Verlauf nehmen. Wenn diese Erwartung erfüllt wird, was wir guten Grund haben zu glauben, haben wir unzweifelhaft die Hochwassermarkte erreicht und es werden Verminderungen eintreten, wie sie mit unserer Sicherheit vereinbar sind.

Unsere auswärtigen Beziehungen sind und waren nicht gespannt. Die Worte Asquiths in bezug auf Frankreich müssen noch frisch im Gedächtnis des Hauses sein. Zuerst beglichen die beiden Regierungen ihre Differenzen und dann folgte auf beiden Seiten die Annäherung der Nationen. Lassen Sie mich sagen, daß gerade als Frankreich in den letzten Jahren seine Differenzen mit Deutschland in der Marokkofrage beilegte, dies dem herzlichen Verhältnis zwischen uns und Frankreich keinen Abbruch tat. Ebensoviele beeinträchtigte es das herzliche Verhältnis zwischen uns und der russischen Regierung, als diese kürzlich eine freundschaftliche Zwiesprache in Potsdam hatte. Wir wünschen nichts mehr, als daß unsere Freunde mit anderen Mächten auf gutem Fuße stehen (Beifall) und empfinden darüber nur Genugtuung, aber keine Eifersucht. Ich komme jetzt zu Deutschland. Der deutsche Reichslangler hat im Dezember gesprochen. Grey zitierte sodann die Erklärung des Reichslanglers in bezug auf die deutsch-englischen Beziehungen, beginnend mit den Worten „Auch wir begreifen uns mit England in dem Wunsch, Rivalitäten in Beziehung auf Rüstungen zu vermeiden usw.“ und endigend mit den Worten „Das Mißtrauen, das sich nicht bei den Regierungen, wohl aber in der öffentlichen Meinung leider vielfach geltend gemacht hat. Hierbei legte Grey großen Nachdruck auf die Worte „nicht bei den Regierungen“ und fügte hinzu: „Ich nehme ganz und gar dieselbe Stellung ein. Wenn ich bedenke, was alles in der Presse veröffentlicht oder gemutmaßt worden ist, so würde man erstaunt sein zu erfahren, wie leicht es jederzeit innerhalb der letzten drei Jahre gewesen ist, ich will nicht sagen, eine Einigung zu erreichen, wohl aber Differenzen zwischen den beiden Regierungen in freundschaftlichem Sinne zu besprechen.“

Es sei paradox, daß die Rüstungen bei den tatsächlich bestehenden Beziehungen zwischen den Mächten mit solcher Verschleimung vermehrt würden.

Die Würde der Rüstungen sei eine größere Gefahr als der Krieg selbst. Sie bedeute ein

Verbluten in Friedenszeiten. Es sei gesagt worden, daß vieles durch Abkommen erreicht werden könnte und es sei speziell ein Abkommen mit Deutschland angeregt worden. Dazu sei ein sehr vorsichtiges Vorgehen notwendig. Er habe stets den Ausdruck „Beschränkung der Rüstungen“ vermieden; er werde im Auslande so gedeutet, als ob England anderen Ländern eine Beschränkung auferlegen wolle. Kein Land würde sich das gefallen lassen, Deutschland am wenigsten von allen. Er habe stets den Ausdruck gebraucht „wechselseitige Beschränkung der Ausgaben“. Wenn er irgend eine Forderung machen würde, daß Deutschland infolge eines Abkommens von seinem Flottengesetz abstehe oder dasselbe ändern würde, so würde ihm sofort widersprochen werden. Nur innerhalb der Grenzen jenes Flottengesetzes könne vielleicht

etwas zwischen den beiden Regierungen geschehen. Er sei stets der Meinung gewesen, daß ein offener Austausch von Informationen zwischen den beiden Regierungen durch die Marineattachés gegen Ueberraschungen sichern und jede von beiden Nationen überlegen würde, daß keine von beiden versuche, der anderen einen Vorsprung abzugewinnen. Ein Abkommen könnte vielleicht zu einer

#### Verlangsamung der Ausgaben

führen oder dazu, daß das gegenwärtige Programm Deutschlands keine Steigerung erfahren würde. Alles dies könne Gegenstand der Erörterung zwischen beiden Regierungen sein und es wäre

in jeder Beziehung vorteilhaft, wenn ein Abkommen erzielt werden

könnte. Deutschland habe seinerseits Englands Budget nie als Herausforderung angesehen. Grey erklärte dann weiter: Dies ist eine verhältnismäßig kleine Frage im Vergleich mit der

#### Berringerung der Ausgaben der Welt,

die unser wahres Ziel bildet. Was wir anstreben müssen, ist eine heilsame Bewegung, die das Uebel an der Wurzel faßt und die öffentliche Meinung aller Länder so beeinflußt, daß sie die Füt der Ausgaben der Welt zum Stillstand bringt. Voraussetzlich läßt sich nur auf dem

#### Wege des Schiedsgerichtswesens

auf diese Ausgaben einwirken, aber die öffentliche Meinung muß darin noch einen großen Schritt vorwärts tun. Zweimal im letzten Jahre, im März und im September, habe Präsident Taft Maßnahmen zur Förderung des Schiedsgerichtswesens angeregt, die von größerer Bedeutung seien als irgend etwas, was ein praktischer Staatsmann in seiner Stellung je zuvor zu unternehmen gewagt habe. Der Gedanke Laissis sollte nicht ohne Echo bleiben. Die Regierung würde einen Vorschlag dieser Art mit Freude begrüßen, aber es würde sich dabei um einen so gewaltigen und in seinen möglichen Folgen so weit reichenden Schritt handeln, daß er der entscheidenden Sanction des Parlaments bedürfen würde. Er glaube allerdings, daß man diese erhalten könnte.

Die letzten Sätze Sir Edward Greys riefen lebhafteste Bewegung und enthusiastische Beifallskundgebungen hervor. In den Kreisen der liberalen Partei nimmt man an, daß ein permanenter Schiedsgerichtsvertrag mit den Vereinigten Staaten in verhältnismäßig naher Aussicht stehe.

## Das Zentrum und die Feuerbestattung.

Wie die Fortschritte moderner Bestattungstechnik vom Zentrum mit der — Bibel bekämpft werden, das hat der „Vorwärts“ mit Bezug auf den Feuerbestattungsgesetzentwurf der preussischen Regierung und die Aeußerungen der Zentrumspreffe in seiner Nr. 54 (Politische Rundschau) bereits kurz dargelegt. Aber es lohnt schon, noch einmal ausführlicher darüber zu sprechen, daß die frommen Herren doch sonst nicht so find und auch in Sachen der Feuerbestattung schon anders konnten.

Daß die Bibel keine Gründe gegen technische Fortschritte liefert, erkennt das Zentrum und seine Presse jeden Tag an. Das sogenannte Heilige Buch kannte auch noch keine Eisenbahnen, keine Telegraphen und kein Telephon. Deshalb hat aber noch keine kirchliche Partei jemals diese Fortschritte moderner Verkehrstechnik grundsätzlich bekämpft. Im Gegenteil: auch die frommen katholischen Redaktionen und Blätter legten sich mit der Zeit alle jene Teufelsbeispiele der Neuzeit zu, und eben ist in München ein neues kirchliches Telephonbureau in der Gründung begriffen. Auch bei ihren Agitationstreffen verschmähen die frommen Schwarzlinsler die sanft schaukelnden Kisten der ersten oder zweiten Eisenbahnklasse nicht. Es ist sogar noch nicht lange her, daß aus Bayern Klagen darüber erschallten, wie dort Mönche und Ordensschwestern höhere Eisenbahnklassen schmarotzend benutzten, für die sie gar nicht einmal gezahlt hatten. Weihbischöfe fahren in eigenen Salonbahnen, und die Rotationsmaschine, von der die Jünger Christi auch noch nichts wußten, rumort in zahlreichen katholischen Druckereien, um massenhaft fromme Bettelaufträge und sogar — Bibeln herzustellen. Selbst dort, wo die moderne Technik zunächst sehr verhängnisvoll für die Arbeiter wirkte, indem sie zahlreiche frühere Handarbeiter brotlos machte, ist es dem Zentrum niemals eingefallen, ihr in den Arm zu fallen und ihre Nichtanwendung zu verlangen.

Der Leichenverbrennungsofen freilich richtet sich angeblich gegen den frommen Auferstehungsglauben aus Erde und Graberdunkel. Deshalb kämpft das Zentrum, so sagt es jetzt, für eine „große und gute Sache“. Ein bemerkenswertes Eingeständnis! Es bedeutet doch nicht mehr und nicht weniger, als daß dem Zentrum kirchliche Ueberlieferungen wichtiger sind als Arbeiterinteressen.

Es ist aber gar nicht wahr, daß die fakultative Leichenverbrennung, wie sie lediglich endlich auch in Preußen zugelassen werden soll, mit ihrer Verwandlung des Verstorbenen in Feuerasche und ihrer Urnenbeisetzung irgend welchen frommen Ueberlieferungen widerspreche. Sonst müßte nämlich am Rhein, unter der Maske eines treuen Sohnes der Kirche, einer der scheußlichsten Keher gelebt haben, den die Erde je getragen hat. Noch keine sieben Jahre sind es her — da hat einer der Führer der Zentrumsparlei im heiligen Köln, der bekannte Justizrat Kaufen, als Mitglied der dortigen Stadtverordnetenversammlung, ganz anders gesprochen und gestimmt als das Zentrum von heute. Donnerstag, den 26. Mai 1904, stand in der Kölner Stadtverordnetenversammlung ein Entwurf zur Debatte, nach dem auf dem Friedhof Köln-Melaten ein besonderer Urnenhain angelegt werden sollte. Und dazu machte der Zentrumsführer als Stadtverordneter Ausführungen, die wir möglichst im Wortlaut, nicht etwa nach einem gegnerischen Blatt, sondern nach seinem eigenen Parteiorgan, der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 27. Mai 1904, anführen.

Der fromme katholische Politiker ging davon aus, daß niemals noch eine Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses mit den Stimmen seiner Partei sogar die fakultative Leichenverbrennung abgelehnt hätte. Er stellte sich auch durchaus auf dem Standpunkt, daß die religiöse Uebung und Sitte des Beerdigens „ihren hohen Wert“ habe und „oft der Faden“ sei, „der Millionen Menschen am Bekenntnis zum Glauben ihrer Kindheit festhält und sie auch innerlich den Weg zu diesem Glauben wiederfinden läßt“. Auch er leugnete also durchaus nicht, daß die Verbrennungsfrage eine kirchliche Rechtsfrage für das Zentrum sei. Und trotzdem stellte er sich auf dem Standpunkt der Zulassung der Leichenverbrennung und ihrer Aushenurnen. Er tat dies mit folgenden Worten:

Ueberzogene Katholiken haben aus diesen Gesichtspunkten den Schluß gezogen, daß man den Anhängern der Feuerbestattung jede Verächtlichkeit verwehren muß, daß ihnen die Weisung der Kirchenleitung auf dem christlichen Friedhofe Melaten höchstens in der gleichen Form, wie die Bestattung der Leichen erfolgt, zu gestatten sei; sie sind soweit gegangen, zu sagen, daß, wenn ein Urnenhain eingeführt würde, sich die Toten im Grabe umkehren würden. Das sind übertriebene und ungerechtfertigte Ausführungen. Einen christlichen Friedhof Melaten gibt es nicht, es gibt auf diesem Friedhofe nur sehr viele christliche Gräber. Das Kreuz und die seit alter Zeit gebrauchte Kapelle dürfen nicht irre führen: jeder Bürger hat das Recht, dort beerdigt zu werden, ohne Rücksicht auf die Konfession. . . . Wenn die Toten auf dem Friedhofe Melaten an dem Glauben jener, die neben ihnen ruhen, an ihrem positiven oder negativen Glauben, keinen Anstoß nehmen dürfen, so verstehe ich für meine Person nicht, warum durch die Art der Bestattung die Bevölkerung so beunruhigt wird. Die Tatsache, daß einzelne Mitbürger die Feuerbestattung vorziehen, ist nicht aus der Welt zu schaffen. Man muß mit dieser Tatsache rechnen, und wir rechnen damit, aber in einer Form, welche die Gefühle Andersdenkender nicht verletzt, oder besser, da Gefühle sehr verschieden sind, sie möglichst wenig verletzt. Dies sind die Gesichtspunkte, von denen die Zentrumsfraktion sich von jeher hat leiten lassen. Bezüglich des „Wie“ gingen die Ansichten auseinander. Die große Mehrheit der Fraktion und ich selbst waren der Ansicht, daß die Zuweisung einer besonderen Abteilung für die Anhänger der Feuerbestattung bei den Anhängern der christlichen Sitte am wenigsten verleihe. Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir unseren Standpunkt eingenommen, und habe ich selbst in der Kommission dafür gestimmt, will aber offenherzig berichten, daß dabei auch ein praktischer Gesichtspunkt maßgebend gewesen ist. Wir sagten uns: wenn nun das Recht der Wahl des Ortes der Beisetzungsstelle, welches einer Gruppe bereits zufließt, auch einer zweiten Gruppe nunmehr eingeräumt wird, dann wird nicht mehr im Wege stehen, daß das gleiche Recht der Wahl des Ortes der Beisetzungsstelle auch der dritten Gruppe eingeräumt wird.

Ohne Aushandlung geht es beim Zentrum nirgends. Deshalb hat der Kölner Zentrumsführer sein Zugeständnis zum 20. Mai 1904 sofort zu dem Versuch benutzt, eine konfessionell getrennte katholische Friedhofsabteilung für Köln-Melaten herauszuschlagen. Das ist nämlich der Sinn seiner letzten Rede. Aber das ändert nicht das geringste an der Tatsache, daß das Zentrum sich zur Leichenverbrennung und ihren praktischen Konsequenzen sehr wohl auch anders stellen kann, als es ihm jetzt gegenüber dem preussischen Entwurf beliebt. Im Gegenteil: da der Kölner Zentrumsführer mit seinem Zugeständnis Handel treiben wollte, so muß es ihm sehr ernst mit der sofortigen Umsetzung seiner Versprechungen in die Praxis gewesen sein. Er hat also vor sieben Jahren alle die Sprüche, die heute die „Germania“ gegen die Feuerbestattung ausgräbt, als „übertriebene und ungerechtfertigte Ausführungen“ im voraus gekennzeichnet; er hat ausdrücklich erklärt, daß man mit der Tatsache der Feuerbestattung „und damit, daß sie einzelne Mitbürger vorziehen“, rechnen müsse, und er hat sich sogar polemisch und mißbilligend gegen diejenigen Katholiken gewendet, die für solche Lebensentscheidungen kein Verständnis haben.

Deshalb bleibe uns doch heute das preussische Zentrum mit seinen kirchlichen Einwendungen vom Halse und wolle nicht einen fakultativen Fortschritt zu verhindern suchen, den bereits die frommsten seiner Partei für unbedenklich erklärt haben! Oder sollte das Mittelreich, weil seine römischen Priester neulich den Koblenzern geschworen haben, dem römischen Glauben zu Gefallen, noch hinter den — Sandwischinseln rangieren, für die die römische Kongregation der Propaganda kürzlich auf Ansuchen des apostolischen Vikars die Erlaubnis für die Weilschheit gegeben hat, den landesüblichen Leichenverbrennungen amtlich beizuwohnen?

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. März 1911.

### Vom selbstlosen Staat.

Aus dem Reichstag, 14. März. Eröffnet wurde heute die Debatte durch den Dänen Hansen, der bittere Klage führte über die rechtswidrigen Verfolgungen, mit denen die preussische Bürokratie die Dänen sowohl wie die Polen und Sozialdemokraten beehrt. Als er an Einzelsachen nachzuweisen sich bemühte, wie durch Drangsalierung des Turnunterrichts, den Dänen oder Sozialdemokraten erteilen, die preussische Verwaltung sowohl gegen § 35 der Gewerbeordnung wie gegen Entscheidungen des Reichsgerichts verstößt, wurde er vom Präsidenten Spahn beharrlich unterbrochen. Es gelang Hansen aber doch, die Wichtigkeit seiner Beschwerden zu erhärten.

Dann richtete der konservative Graf Kanitz einen wehmütigen Appell an die Freisinnigen, doch zum Schutz sich zu befehren, dann könnte auf wirtschaftspolitischer Grundlage ein Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen erfolgen. Schließlich versuchte er den Danken den Belg zu waschen, wagte aber nicht, ihn nah zu machen.

Dann behandelte Genosse Hoch in umfassender Weise die Verteidigungsrede des Staatssekretärs Debrück vom vorhergehenden Tage. In den gegenwärtigen Vorlagen und ihrem Gehalt wies er nach, wie wenig gerechtfertigt die rühmredige Verherrlichung der Sozialpolitik des Bethmann-Sturfs ist. Wollte doch, um hier nur ein Beispiel anzuführen, die Regierung das Arbeitsamtergesetz an der beschlossenen Zulassung der Arbeitersekretäre scheitern lassen. Die Gewerbeinspektion sei obendrein zu einem offiziellen Schönfärbereibüro herabgewürdigt.

In flammenden Worten brandmarkte Hoch dann die Verfolgung der sozialdemokratischen Jugendbewegung, trotzdem sie völlig den Gesetzesbestimmungen angepaßt sei. Durch solches kulturwidriges Tun beweiße gerade die Regierung, daß es ihr nicht ernst sei mit ihrer angeblichen Förderung der Arbeiterschaft. Auch die Halslosigkeit der von verschiedenen Rednern nachgebeteten Behauptung, die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften trieben Terrorismus, zerrümmerte unser Genosse, indem er gleichzeitig den Nachweis führte, daß der Staat wie die Unternehmer beständig

den schlimmsten Terrorismus den Arbeitern gegenüber ausübten. Schließlich wies Hoch darauf hin, daß die auch von bürgerlichen Politikern befürchteten großkapitalistischen Schädigungen des Volkswohls nur durch die Arbeiterschaft ernstlich bekämpft und durch den Sozialismus überwunden werden könnten.

Der Staatssekretär war durch den Vorwurf Hochs, daß er über seine Beziehungen zum Scharfmachertum sich beharrlich ausschweige, hervorgeholt worden. Er suchte seine Dinerfreundschaft mit Vued etwa in der nämlichen Weise zu rechtfertigen, wie Jagows Freunde dessen Bemühungen um einen Sonntagnachmittagssee bei einer Schauspielerin als eine Tat freien und vorurteilslosen Menschentums angepriesen haben. In dem Versuche, die Kulturhöhe des deutschen Arbeiters auf die wohlwollende Unterstützung der Regierung zurückzuführen, prägte er dann das Wort vom „selbstlosen Staat“, woraus hervorgeht, daß der Herr Staatssekretär noch in der patriarchalischen Vorstellung lebt, der „Staat“ sei eine Gesellschaft edler Menschenfreunde, die alle „Stände“ mit gleicher Liebe behüte und gängelt. Und so was wagt sich an das Tageslicht im Polizeistaat Preußen!

Morgen geht die Debatte weiter.

### Preussische Jugendbildung.

Das Abgeordnetenhause setzte am Dienstag die Beratung des Kapitels „Elementar-Unterrichtswesen“ fort und nahm zunächst einen Antrag der Budgetkommission an, die Regierung zu ersuchen, die untergeordneten Behörden zu veranlassen, auf Vermehrung von Hilfsschulen für schwachbelegte Kinder der Volksschule hinzuwirken und darüber zu wachen, daß der konfessionelle Charakter dieser Schulen gewahrt werde. Also selbst diesen geistig minderwertigen Kindern soll der Kopf durch milderliche Bestrebungen verbrennt, sie sollen vollends verdummt werden. Das ist geradezu ein Verbrechen an den Kindern, gegen das gar nicht scharf genug Protest eingelegt werden kann.

Die weitere Debatte drehte sich um die Frage der Ostmarkenzulage, jenen Korruptionsfonds, den die Halakisten noch verderbenbringender dadurch gestalten möchten, daß sie die Zulagen erhöhen wollen. Ein entsprechender Antrag wurde der Budgetkommission überwiesen.

Endlich kam man zur Beratung der famosen Million, die in den Kulturbetät eingestellt ist „zu Beihilfen für Veranstaltungen dritter sowie Förderung der Pflege der Schullehrer männlichen Geschlechts und zur Ausbildung und Anstellung von für die Jugendpflege geeigneten Personen, ein langer Titel für eine sehr einfache Sache. In Wirklichkeit handelt es sich um Mittel zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendbildung, in der die herrschenden Klassen eine schwere Gefahr wittern, weil aufgestärkte junge Leute sich im späteren Leben nicht als Ausbeutungsobjekte in geistiger und wirtschaftlicher Hinsicht mißbrauchen lassen. Die Redner der Konservativen und des Zentrums, die Herren Gedenroth und Kester, erklärten demnach ihre volle uneingeschränkte Zustimmung zu dem Plan der Regierung, letzterer nicht, ohne die Gelegenheit zu benutzen, unter törichtem Ausfall gegen die Sozialdemokratie den Minister um Unterstreichung der katholischen Vereine anzuschreiben.

Nach siebenstündiger Dauer wird die Sitzung auf den Abend vertagt.

In der Abend Sitzung gerieten sich die paar Duzend „Vollverzeiler“, die ihrer gesetzgeberischen Pflicht nachkamen, ihre Köpfe weiter darüber, wie man die Jugend von der Verführung mit der Sozialdemokratie bewahren könne. Abg. v. Schandendorff (natl.) begründete den Plan der Regierung aufs herzlichste, Abg. Dr. Fiesch (Sp.) stand ihm zwar etwas skeptischer gegenüber, hatte aber keinerlei grundsätzliche Bedenken gegen die Bewilligung der Million. Daß das Geld der Steuerzahler tatsächlich einzig und allein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, zur Züchtung einer hurratriotischen Gesinnung verwendet werden soll, gab der Kultusminister in dankenswerter Offenheit zu.

Das Verdienst unseres Genossen Ströbel ist es, in witzvoller Rede der Rahe die Schellen umgehängt und die Willkürfeindlichkeit der herrschenden Klassen an den Pranger gestellt zu haben. Im Gegensatz zu den Rednern der bürgerlichen Parteien betonte er vor allem die Pflicht des Staates, die Jugend zu schulen gegen soziale Ausbeutung und politische Anrechnung, zeigte er, was es mit der „vaterländischen Gesinnung“ auf sich hat, die die sogenannten Ordnungsparteien in Erbpacht genommen zu haben behaupten, schilderte er in marxianen Zügen das sozialdemokratische Bildungsideal, brandmarkte er die kulturfeindliche Haltung der konservativ-merikanischen Gesellschaft. Dem Zentrum und den Konservativen war bei den Ausführungen unseres Genossen nicht wohl zu Rute, aber auch die Liberalen mußten manchen berechtigten Vorwurf ob ihrer waschlappigen Haltung hinnehmen. Nicht minder bemerkenswert war Ströbels Kennzeichnung der Heuchelei unserer Gegner, die ihre Jugendorganisationen als unpolitische hinstellen, während sie in Wirklichkeit mindestens in demselben Maße politisch sind wie die unserigen. Alles in allem zeigte unser Genosse, wie turmhoch über der bürgerlichen Jugendbildung trotz staatlicher Subvention die proletarische steht, die sich nicht nur keiner staatlichen Unterstützung erfreut, sondern von den Behörden systematisch drangsalirt wird.

Der Präsident largte nicht mit Ordnungsrufen, aber da Ströbel den dritten Ordnungsruf erst bei dem letzten Wort seiner Rede erhielt, war die Wortentziehung nicht möglich, zum mindesten wäre sie wirkungslos geblieben.

Nach Bewilligung der Postion vertagte sich das Haus auf Mittwoch.

### Zweckverband Groß-Berlin.

Die Zweckverbandskommission des Abgeordnetenhauses setzte am Dienstag ihre Beratungen über § 4 (Uebnahme von Bahnen) fort. Ein konservativer Antrag will Kreise und Gemeinden des Verbandsgebietes die Verpflichtung auferlegen, dem Verbandsverbande auf Verlangen die ihnen gehörigen Bahnen mit allen Rechten und Pflichten zu übergeben, doch sollen die Kreise und Gemeinden ihrerseits beizubringen dürfen, daß die Uebnahme auf diejenigen ihnen gehörigen Bahnlängen ausgedehnt wird, deren Betrieb andernfalls unwirtschaftlich werden würde. Soweit der Verband Bahnen betreibt, betreiben läßt, herstellt, ändert oder erweitert, soll er berechtigt sein, die hierzu erforderlichen Wege, welche von den Kreisen oder Gemeinden des Verbandsgebietes zu unterhalten sind oder ihnen gehören, zu benutzen. Ferner sollen mit Inkrafttreten des Gesetzes die bezüglich privater Bahnunternehmungen durch Straßenbenutzungsverträge oder in anderer Weise entstandenen Rechte und Pflichten der Kreise und Gemeinden des Verbandsgebietes auf den Verband übergehen. Privaten Bahnunternehmern gegenüber, die nach dem Kleinbahngesetz zur Benutzung öffentlicher Wege im Verbandsgebiete die Zustimmung der Wegeunterhaltungspflichtigen beizubringen haben, sollen die den letzteren eingeräumten Rechte dem Verband zustehen. Vor Erteilung der Zustimmung hat sich der Verband des Einverständnisses der Wegeunterhaltungspflichtigen zu versichern. Auf Erfordern des Verbandes sind die Kreise und Gemeinden verpflichtet, den Betrieb der Verbandsbahnen für dessen Rechnung zu übernehmen. Für die Ueberlassung von Bahnen der Kreise und Gemeinden des Ver-

bandsgebietes sowie für Eingriffe in deren Rechte hat der Verband angemessene Entschädigung zu leisten, doch soll diese Entschädigungspflicht fortfallen, wenn die Rechte gegenüber privaten Unternehmern erst nach dem 1. Dezember 1910 erworben sind. Auch soll der Verband das Recht erhalten, wenn ihm durch solche nach dem genannten Tage geschlossenen Verträge erhebliche Lasten auferlegt sind, denen entsprechende Vorteile nicht gegenüberstehen, von den beteiligten Kreisen oder Gemeinden Schadensersatz zu verlangen. Diese Bestimmungen finden keine Anwendung, wenn nachgewiesen wird, daß der Vertragschluß nicht Zweck Umgehung der Folgen des Gesetzes erfolgt ist.

In der Debatte über diesen Antrag, zu dem verschiedene Änderungsanträge gestellt wurden, führte ein Regierungskommissar aus, daß nach der Regierungsvorlage nur die Verträge mit den privaten Unternehmern, welche Bahnkonzessionen darstellen, auf den Verband übergehen, nicht aber solche Verträge, auf Grund deren Privatunternehmer Gemeindebahnen betreiben. Von Interesse waren die Ausführungen eines anderen Regierungsbereiters, daß die Untergrundbahn Wilmersdorf, deren Verlängerung nach Dahlem projektiert sei, gar nicht unter das Gesetz falle, denn es handle sich hier um einen Betriebsvertrag und nicht um einen Konzessionsvertrag. Es bedeute einen Sprung ins Dunkle, wenn man den Verband verpflichten wollte, auch solche Bahnen zu übernehmen.

Nach längerer Auseinandersetzung, die sich fast ausschließlich um juristische Fragen drehten, wurde der konservative Antrag mit geringfügigen Änderungen angenommen. Der auf den Uebergang von Bahnen bezügliche Teil erhielt folgende Fassung:

Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gehen die gegenüber privaten Bahnunternehmern staatlich genehmigten, insbesondere durch Straßenbenutzungsverträge begründeten Rechte und Pflichten der Kreise und Gemeinden auf den Verband über; so weit die Ausführung solcher Rechte von der Zustimmung anderer Kreise oder Gemeinden des Verbandsgebietes abhängig ist, geht dieses Zustimmungsberechtigt unter.

Die nächste Sitzung findet am Freitagabend statt.

### Elßah-Lothringische Verfassungsreform.

Das Zentrum möchte sich um jeden Preis das Wohlwollen der Regierung erhalten. Deshalb haben heute seine Vertreter in der Reichstagskommission für die Beratung der Elßah-Lothringischen Verfassungsfrage sich dem Regierungsvorschlag, der Elßah-Lothringen drei Stimmen im Bundesrat gewährt, angeschlossen. Mit 18 gegen 9 Stimmen wurde in der Sitzung folgender Antrag angenommen:

„Das Reichsland Elßah-Lothringen gilt im Sinne der Art. 6 Absatz 2 und Art. 7 und 8 der Reichsverfassung als Bundesstaat. Die Staatsgewalt wird in ihm vom Kaiser ausgeübt.“

Dafür stimmten Zentrum, Nationalliberale, Fortschrittler, ein Reichsparteiler und ein Pole. Die Bestimmung, die im Antrag enthalten war, der Kaiser übe die Reichsgewalt „im Namen des Reichs“ aus, wurde mit 14 gegen 13 Stimmen gestrichen.

Die vorhergehende Debatte war sehr lebhaft. Der Reichsparteiler v. Dikken befragte das zu große Entgegenkommen der Regierung, das in der Gewährung von drei Bundesratsstimmen liege. Die Befähigung des Bürgermeisters Forrel in Metz habe einen Abbruch gemacht. Der Antikemist Graf (Weimar) erwidert in dem Entgegenkommen geradezu eine Entmannung Preußens. Daß die Elßah-Lothringer für die Selbständigkeit noch nicht reif seien, gehe aus ihrer ablehrenden Haltung gegen die Militärvorlagen hervor. In ähnlicher Weise äußerten sich auch die konservativen Abgg. Windler und Wagner. Der letztere erklärte in der Vorlage sogar ein Ausnahmegesetz gegen Preußen.

Abg. Spahn erklärte die Zustimmung seiner Partei zu den Regierungsvorschlägen. Die Bestimmung, daß die Elßah-Lothringischen Bundesratsstimmen nicht gezählt werden sollten, wenn Preußen nur mit diesen Stimmen die Mehrheit haben würde, solle verhindern, daß der Einfluß Preußens im Bundesrat durch die Neuordnung verstärkt werde.

Abg. Müller-Melningen und Abg. Wassermann erkannten an, daß Preußen ein gewisses Entgegenkommen gezeigt habe.

Die sozialdemokratischen Redner, Wöhle und Ledebour, erklärten, daß sie ihre endgültige Stellung von der Gestaltung des Gesamtgesetzes abhängig machen würden, namentlich aber auch davon, auf welcher Grundlage die Landesgesetzgebung aufgebaut und wie das Wahlrecht gestaltet werde.

Staatssekretär Debrück bestritt, daß Preußen entmannt werde. Das würde richtig sein, wenn man Preußen die Vertretung Elßah-Lothringens im Bundesrat abgetrotzt hätte. Aber Preußen selbst habe den entsprechenden Vorschlag gemacht. — Die weitere Beratung wurde auf Mittwoch vertagt.

Was wird die Anhängererschaft des Zentrums in den Reichslanden zu dieser Stellungnahme sagen? Bis in die letzten Tage hat die Zentrumspresse in Elßah-Lothringen keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie auf eine strikte Ablehnung des Regierungsvorschlages rechnet. Das Hauptorgan, der in Straßburg erscheinende „Elßaher“ teilt in der Sonnabendnummer mit, daß ihm aus seinem Verlekreis von Vertrauensmännern Zuschriften zugegangen seien, die die Ablehnung der Vorlage auch in der neuen Form verlangen, Jhrerseits ließ die Redaktion über ihre gleichgerichtete Haltung schon tags vorher keinen Zweifel. Die „Oberelsässische Landeszeitung“, das Zentrumsorgan in Mülhausen, warnt die Zentrumsfraktion dringend vor einer optimistischen Auffassung der Situation und erklärt, wenn die Regierung auch „in gewissen anderen Punkten (Stellung des Statthalters, Erste Kammer, Wahlrecht zur Zweiten Kammer mit Wahlkreis-einteilung) ebenso entgegenkommt, wie bei der Frage der Bundesratsstimmen“, werde man mit ihr reden können. „Sonst nicht!“ Der in Colmar erscheinende „Elßaher Kurier“ erklärt kategorisch, die Stellungnahme der Elßah-Lothringer gegenüber dem neuen Vorschlag könne nur in der unbedingten Ablehnung sein: Das Zugeständnis der drei Bundesratsstimmen an sich wäre recht dankenswert, „aber wenn es heißt, wir müssen um dieser drei Bundesratsstimmen willen auf unsere Autonomieforderung verzichten und alles andere unbedenken mit in den Kauf nehmen, Erste Kammer usw., das ist ganz unannehmbar.“ Und der Reichstagsabgeordnete Delfor, der selber Mitglied der Reichstagskommission für die Verfassungsvorlage ist, schreibt in der „Revue Catholique“ nicht minder entschlossen:

„Nag der Entwurf fallen, wir werden ihm keine Träne ins Grab nachweinen; mag er angenommen werden, um so schlimmer! Wenn nur keiner von uns und keiner von unseren Freunden die Hand zu einem Werke gelassen hat, welches das Elßah mit Entrüstung zurückweist. Es handelt sich nicht um die Alles-oder-Nichts-Politik, die immer zu verurteilen ist, sondern darum: unter dem schönen Namen „Reichsland“ eine heuchlerische Einverleibung in Preußen abzuweisen, die noch schändlicher ist, als die frank und freie Einverleibung. Wir haben 40 Jahre gewartet. Wir können noch länger warten.“

In ähnlicher Weise äußert sich die lothringische liberale Presse, in welcher der „Sorrain“ des Abbe Coltin mit Unschicklichkeit und Nachdruck den Standpunkt der kompromisslosen Ablehnung vertritt.

## Die schwankenden Gestalten.

Die kendenahme Erklärung des nationalliberalen Wahlschusses vom Wahlkreise Siegen-Ridda, keine Parole zur Stichwahl auszugeben, geht „leitenden nationalliberalen Kreisen“, wie die „Tägl. Rundschau“ anscheinend nach der Nationalliberalen Korrespondenz mitteilt, wahrhaftig noch zu weit. Sie wollen das unbedingte Eintreten für den Antisemiten. „Man“ plant die Einberufung einer Volksversammlung in Siegen, um den schrecklichen Beschluß zu „korrigieren“. Die „Tägl. Rundschau“ erfährt das zu ihrer Verteidigung und macht mißverständliche Umstände für die irrenden Brüder von Siegen in der ungenügenden Erörterung, mit der der Wahlkampf geführt wurde, „in dem sich namentlich die antisemitischen Redner bedenkliche Ergüsse erlaubten. So soll der Kandidat der Reformpartei Werner die Nationalliberalen eine Partei der Schurken genannt haben.“ Das geht selbst dem zahnlosen nationalliberalen Gemüt zu weit. Entrüstet wird verurteilt: „Wäre das wirklich der Fall, so wäre es selbstverständlich, daß der antisemitische Kandidat zunächst seine Verleumdung öffentlich zurückzunehmen hätte.“ Dann aber steht der nationalliberalen Wahlschüsse für den antisemitischen Reaktionsär nichts mehr im Wege. Und weshalb sollte der Herr Dr. Werner nicht um des Mandats willen ein paar nichtsjagende Worte von sich geben!

Uebrigens hat der Herr mit seiner Rabauagitation durchaus nicht im Sinne des ihn protezierenden Bundes der Landwirte gehandelt. Der war schlauer, er hat in Voraussicht der Stichwahl die Nationalliberalen mit Samthandschuh angefaßt. Er glaubte allerdings, ihre Stichwahlhilfe schon in der Tasche zu haben, wie ein Rundschreiben der Bundesgeschäftsstelle zu Frankfurt a. M. an die Wiesener Vertrauensleute zeigt, in dem es heißt:

„Im Interesse der Stichwahlhilfe, die seitens der nationalliberalen Partei in Aussicht gestellt ist, falls Dr. Werner in die Stichwahl kommt, bitten wir Sie, von einem scharfen Wahlkampf gegen den nationalliberalen Kandidaten tunlichst abzusehen, damit eine Verärgerung der Angehörigen dieser Partei nicht erfolgt.“

Die Bündler hatten also von Mitgliedern des nationalliberalen Wahlschusses schon Versprechungen erhalten, die dann die Mehrheit der Körperschaft nicht ratifiziert hat.

Offenbar sind die ausschließenden drei Mitglieder, die Herren Kaufmann Kronsmüller und Professor Luley, diejenigen, die das vorliegende Versprechen gaben. Die „Frankfurter Zeitung“ behauptet, daß sie auch die einzigen Mitglieder gewesen seien, die gegen den Beschluß des Ausschusses stimmten, die Zahl der Opponenten habe nicht 6, sondern 3 betragen.

Begierig darf man jetzt sein, was in diesem Hin und Her Oberwasser behalten wird, die „leitenden Kreise“ oder die verärgerten Wiesener. Der Siegener Ruddlembudel ist übrigens nur ein Abbild der allgemeinen Verfahrensweise in der nationalliberalen Partei und Presse. Man weiß, daß es verschiedene Richtungen in der Partei gibt, aber einige dieser Richtungen sind sich über ihre Richtung offenbar sehr im Unklaren.

Die konservative Presse tobt natürlich über die Wiesener Nationalliberalen. Aufschraubend erklärt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Kommt es anderwärts zu ähnlichen Beschlüssen, so scheidet die nationalliberale Partei aus dem Kreise der nationalen Parteien aus.“

Vielleicht ist die Meinung der „leitenden nationalliberalen Kreise“ zur Sache schon die Wirkung dieser Drohung.

Der Fortschritt hat sich bislang noch nicht zur Ausgabe einer Wahlschulheft aufgeschwungen. Herr Korell hat sein Mandat in die Hände seines Wahlschusses zurückgelegt und sich außer Schußlinie begeben. Die vorstandsamtliche „Freisinnige Zeitung“ vermißt bisher jedes festlegende Wort über die Stellung zur Stichwahl. Bält der Entschluß so schwer?

## Wo bleibt das Dementi?

Vor einigen Tagen hatte unser Mannheimer Parteiorgan aus Heidelberg die Mitteilung erhalten, die Heidelberger Kriminalpolizei habe schon anfangs Dezember Kenntnis davon erhalten, daß ein revolutionäres Flugblatt unter den Soldaten verbreitet werden solle. Da die „Sollstimme“ sich auf einen zuverlässigen Gewährsmann berief, erwartete man in Baden mit Spannung die Erwiderung der Heidelberger Polizeiverwaltung. Es erschien aber keine; dagegen brachte im Anhang an den Abdruck des Artikels das liberale offizielle „Heidelberger Tageblatt“ die Auskunft, daß „an zuständiger Stelle nichts bekannt sei.“

Diesem Verhalten der offiziellen Presse gegenüber besteht der Gewährsmann unseres Mannheimer Parteiorgans auf der Verhauptung, Heidelberger Kriminalbeamte hätten bereits anfangs Dezember Kenntnis davon gehabt, daß Ende Dezember unter den Soldaten ein revolutionäres Flugblatt verbreitet werden würde.

## Frankreich.

### Die Marokkopolitik der Regierung.

Paris, 14. März. Die Regierung beschloß, nach Casablanca zwei Bataillone Infanterie und zwei Abteilungen Bergartillerie abzuschicken, um die Ausführung der Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu sichern, ferner die notwendige Polizei zum Schutze der französischen Posten, zur Sicherung der Stämme und der Handelsbeziehungen in dem Gebiete der Schanja. Der Ministerrat nahm ferner von den Versprechungen Wulaf Hafids Kenntnis, daß er selbst zur Beseitigung der Urheber des Anschlages vom 14. Januar schreiten werde.

In der Sitzung der Deputiertenkammer hat der Minister des Innern Cruppi darum, die Besprechung der Interpellationen über die Marokkopolitik auf den 24. März zu verschieben. Jaurès wandte sich dagegen und erklärte, er hoffe, daß die Kammer am 24. März nicht in der lächerlichen Lage sein werde, eine Anzahl vollendeter Tatsachen gut heißen zu müssen, die sie im Grunde mißbilligen. Demos Cochin sagte, die Regierung könne die Angelegenheit vom 14. Januar unverzüglich zu klären, ohne dadurch die allgemeine Politik in Mitleidenschaft zu ziehen. Minister Cruppi erwiderte, er habe, indem er einen so nahen Termin wie den 24. März für die Besprechung annahm, gezeigt, wieviel Achtung er den Rechten des Parlaments entgegenbringe, andererseits könne er sich nicht die Hände binden lassen; wenn die Notwendigkeit ihn zu Maßnahmen zwingt, werde er sie auf eigene Verantwortung treffen. (Weisfall links.) Mit 422 gegen 103 Stimmen wurde sodann der Termin der Marokkodebatte auf den 24. März festgesetzt.

### Streikunruhen.

Paris, 14. März. In Bayonne kam es nach der Verurteilung einiger ausländischer Dockarbeiter zu einem Zusammenstoß mit den Soldaten. Auf beiden Seiten gab es einige Leichtverletzte. Da, wie es heißt, die Unternehmer sich bereit erklärten, die meisten Forderungen der Dockarbeiter zu erfüllen, wird der Streik wahrscheinlich noch heute beendet sein.

Die Pariser Dockarbeiter hielten am Abend in der Arbeitsbörse eine Versammlung ab und erörterten die Frage des Gesamtzustandes aller französischer Hafenarbeiterverbände. Die gesuchten Beschüsse wurden gefestigt.

## Die Fremdenlegion.

Paris, 14. März. Die Hauptbestimmungen der Artikel 6 und 7 des Gesetzes über die Fremdenlegion vom 10. März 1881, die jetzt wieder in Kraft getreten sind, legen für den Eintritt in die Fremdenlegion als Mindestalter 18 und als Höchstalter 40 Jahre fest. Die anderen Bestimmungen betreffen den Wehrdienst, das Sittenzugnis und das Zeugnis für die Diensttauglichkeit.

## Belgien.

### Ein Schulgesetz.

Brüssel, 14. März. Der Kammer ist heute der Entwurf eines neuen Schulgesetzes zugegangen, das 1914 in Kraft treten soll. Die Schulpflicht wird darin bis zum 14. Lebensjahre ausgedehnt, da die Kinderarbeit bis zu diesem Alter verboten ist. Der Vorschulunterricht bringt keinen obligatorischen Schulunterricht, sucht aber einen moralischen Druck auf die Eltern auszuüben.

## England.

### Eine Konferenz über die Bagdadbahn?

London, 14. März. Unterhaus. Sir Edward Grey erklärte in Erwiderung einer Anfrage bezüglich der Bagdadbahn: Wenn eine Konferenz von den interessierten Mächten vorgeschlagen wird, entweder von Deutschland oder der Türkei oder von beiden Mächten, so wird dieser Vorschlag natürlich in Erwägung gezogen werden.

In Verantwortung einer Anfrage bezüglich des Schutzes britischer Interessen in Mexiko sagte Sir Edward Grey: So weit meine Information geht, tut die mexikanische Regierung alles was notwendig ist, um die britischen Untertanen und das britische Eigentum in Mexiko zu schützen.

## Rußland.

### Ein Ultimatum an China.

Peking, 14. März. Der russische Gesandte hat den Auftrag erhalten, dem Waiwupu eine Note zu überreichen, in welcher erklärt wird, die russische Regierung erblicke in der Antwort der chinesischen Regierung über die Beschränkung des russischen Handels durch Monopole und über die Errichtung von russischen Konsulaten im Bezirk von Koldo Beweise unfreundlicher Beziehungen seitens Chinas. Dies entstelle den genauen Sinn der Vertragsbestimmungen durch sein Bestreben, den den russischen Untertanen und dem russischen Handel gewährten Vertragsrechten jede Bedeutung zu nehmen. Die russische Regierung fordert die chinesische Regierung auf, die Folgen einer derartigen Handlungsweise zu erwägen, die unvermeidlich zu einer Störung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und China führen würden.

## Amerika.

### Gegen die Mobilisierung.

Washington, 14. März. Wahrscheinlich wird das demokratische Repräsentantenhaus nach dem Zusammentreten der außerordentlichen Session die Regierung Lafo interpellieren, weshalb eine so kostspielige Mobilisierung vorgenommen sei. Die Regierung scheint eine recht fertige Antwort auf die Interpellation bereit zu haben, die insbesondere die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Neutralitätsgesetze betonen dürfte. Das Verhalten der Vereinigten Staaten Mexiko gegenüber erklärte sich übrigens noch aus der drohenden Möglichkeit einer intimen Annäherung Mexikos an Japan und einer die Monroe Doktrin gefährdenden Erwerbung von Privilegien, die für die japanische Kriegsschiffe ausgebeutet werden könnten. Einerseits werde diese Haltung Mexikos dem übermächtigen Nachbar gegenüber hier als erklärlich zugegeben in Anbetracht des leicht erregbaren mexikanischen Charakters und der Empörung der mexikanischen Regierung darüber, daß die Revolution aus den Vereinigten Staaten Nahrung gezogen habe, andererseits rechtfertige diese neue Phase die Anwesenheit zweier Flotten und ihre die mexikanischen Gewässer beherrschende Position.

### Nur um Kohlen.

London, 14. März. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat der mexikanische Finanzagent in London ein Telegramm von dem mexikanischen Finanzminister erhalten, welches besagt, daß die Schwierigkeiten mit den Vereinigten Staaten beseitigt seien, da diese sich bereit erklärt hätten, ihre Kriegsschiffe aus den mexikanischen Häfen zurückzuziehen, sobald sie Kohlen eingenommen hätten. Die Vereinigten Staaten hätten ferner ihre Erklärung wiederholt, daß die Truppenbewegungen an der Grenze keinen anderen Zweck verfolgten als die Aufrechterhaltung der Neutralitätsgesetze.

## Jugendbewegung.

### Im blinden Eifer.

Auch die Polizei in Regnitz hat die Auflösung einer nicht bestehenden Jugendorganisation verfügt. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins, Genosse Mai, erhielt ein an die „Kommission der freien Jugendorganisation“ adressiertes amtliches Schreiben, in dem ihm mitgeteilt wird, daß die freie Jugendorganisation auf Grund des Reichvereinsgesetzes „aufgelöst“ werde, weil sie ein politischer Verein sei.

Da in Regnitz noch nie eine Jugendorganisation bestanden hat, der Empfänger auch nicht einmal dem dortigen Jugendauschuss angehört, wurde das Schreiben der hochwürdigsten Polizei, die in ihrem Eifer nicht einmal Jugendauschuss und Jugendorganisation auseinander zu halten versteht, mit einer höflichen aber auch deutlichen Antwort zurückgeschickt.

## Abgeordnetenhaus.

### Abend Sitzung.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz. Die Debatte für den neuen Millionenfonds zur Förderung der Jugendpflege

wird fortgesetzt. Abg. v. Schenkendorf (nall.): Der Staat will jetzt erfreulicherweise auch der schwachen, unsern Jugend helfen. Zu beklagen ist, daß die weibliche Jugend nicht mitbedacht ist.

Abg. Dr. Fiesch (Sp.): So begeistert wie der Vorredner stehe ich der Vorlage nicht gegenüber, denn über die Art der Verwendung des Geldes ist nichts gesagt. Bedauerlich ist auch, daß die Zentrale für Volkswohlfahrt völlig ausgegliedert erscheint. Wir werden im nächsten Jahre eingehende Aufklärung über die Verwendung des Geldes von der Regierung fordern müssen. Sehr bedenklich erscheint, daß nur Vereine unterstützt werden sollen, welche die Jugend in vaterländischem Geist“ erziehen. Diese Wendung rediert den Verdacht, daß weite Kreise, deren Mitarbeit nicht entbehrt werden kann, wie die Gewerkschaften, von der Unterstützung aus diesem Fonds ausgeschlossen sein sollen. (Wahol bei der Volkspartei.) Kultusminister v. Trott zu Solz: Die Mittel sollen nicht bureaukratisch verwendet werden, sondern in freier Betätigung der

Bereine; wir werden dabei jede konfessionelle und politische Färbung der Vereine unterschieblos behandeln, wir wollen eben unsere Jugend erziehen, nicht Politik mit ihr treiben. Die Grenze ist dadurch gegeben, daß die Verbände in vaterländischem Geist wirken, auf dem Boden unserer Gesellschaftsordnung treu zu Kaiser, König und Reich stehen. (Lebhafte Bravo! bei allen bürgerlichen Parteien; Abg. Liebknecht (Soz.): Das soll nicht politisch sein!)

### Abg. Ströbel (Soz.):

Es handelt sich hier darum, solche Organisationen zu unterstützen, die den Kampf gegen aufstrebende Kultur der Arbeiterklasse führen (Widerspruch rechts), und es ist bedauerlich, daß die Parteien der Linken in ihrer verblüffenden Naivität das nicht begriffen haben. (Lachen rechts.) Es handelt sich auch hier wieder um einen

### Kampf gegen die Sozialdemokratie,

um einen Kampf „um die Seele des jugendlichen Arbeiters“. Es handelt sich um die

### Unterstützung von Morderei und Frömmerei

gegen die moderne Weltanschauung in Kunst und Wissenschaft, wie sie von der proletarischen Jugendbewegung gepflegt wird. Daß die freisinnigen diesen Kampf der Sozialdemokratie allein überlassen, ist beschämend für die Freisinnigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Abgeordnete Beckenroth hat es ausgesprochen, daß der Geist des Beherrschten gepflegt werden soll — in christlichem Sinne. Von Ihrem Christentum wendet sich jeder wirklich christlich Fühlende, der in jedem Menschen seinen Bruder sieht, voll Ekel ab. (Lärmende Unruhe bei den bürgerlichen Parteien.) Sie meinen

### „Ochorsam gegen das Ausschertum“.

Die Triebfeder Ihres Vorgehens ist die Furcht vor der Sozialdemokratie, das beweist Ihr Gerede von der „vaterländischen“ Gesinnung. Wirklich vaterländische Gesinnung pflegen wir Sozialdemokraten; denn wir wollen die Zustände im Vaterlande angenehm für die Volksmassen gestalten, Sie dagegen wollen die Volksmassen entrechten und niederhalten, das beweist ja Ihr Festhalten am Dreiklassenwahlrecht.

Präsident v. Kröcher: Der Patriotismus und vaterländische Geist, von dem Sie sprechen, gehört nicht zum Schuletat. Abg. Ströbel (Soz.): Das hätten Sie dem Kultusminister sagen sollen.

Präsident v. Kröcher: Fahren Sie nur fort, ich werde Sie schon aufmerksam machen, wenn Sie von der Sache abschweifen. Abg. Ströbel: Sie sehen, meine Herren, wie hier die Präsidialgewalt ausgeübt wird.

Präsident v. Kröcher: Ich rufe Sie zur Ordnung. (Wahol rechts.)

Abg. Ströbel (fortfahrend): Wenn Sie wirklich die Jugend unterstützen wollten, müßten Sie die proletarischen Jugendvereine unterstützen, nicht aber religiöse Vereine. Peter Reichensperger sagte, ein Recht auf Bildung besteht so wenig wie ein Recht auf Lebensunterhalt, nur von Wohlthäten kann hier die Rede sein. Ein anderer Zentrumsführer wandte sich gegen die moderne Schulbildung, weil sie zur Sozialdemokratie führe. Ueberall, wo die katholische Kirche machtvoll ist, ist auch die Schulbildung gering. (Lebhafte Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Keinerlich behauptete auch, eine Moral ohne Gott sei unmöglich. Daß sich dagegen kein starker Widerspruch erhob, ist bezeichnend für das Kulturniveau dieses Hauses. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Kein Wort des Tadels fand das Zentrum für die Schikanierung der proletarischen Jugendvereine durch die Polizei! Sie haben eben kein Zutrauen zu der Macht Ihrer Ideen bei einem Kampf mit gleichen Waffen. (Sehr wahr! h. d. Sozialdemokraten.) Der Redner schließt eingehend die Geschichte der proletarischen Jugendbewegung und die polizeiliche Drangsalierung und Unterdrückung ihrer Organisationen. Diese verbreiten wirklich Kultur, und es ist charakteristisch, daß der Abgeordnete Kretschmer sich darüber entrüstet, daß auch Jola, Hauptmann, Angenruber, von der proletarischen Jugend gelesen werden. Das kennzeichnet den banausischen Charakter des Zentrums.

Mit zweierlei Maß hat die Regierung stets proletarische und andere Vereine gemessen; das geschieht auch bei den Jugendvereinen, trotz der bindenden Zusagen bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Redner beweist dies an einer großen Zahl von Beispielen. Und Sie, meine Herren, freuen sich über dies

### Niedertritten der proletarischen Jugendorganisationen.

Da wäre man wirklich versucht, auszurufen, was jüngst mein Freund Liebknecht ausrief (Anmerkung der Redaktion: Die Scham ist zu den Hundsn entfallen!) (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In den katholischen wie evangelischen Junglingsvereinen wird in gleicher Weise übermäßig das religiöse Genuß gepflegt, für die Bildung geschieht gar nichts. Die Sozialdemokratie läßt sich die

### Pflege der Kunst und der Literatur

unter der Jugend angehen sein, der „Vorwärts“ hat auch eine billige Schillerausgabe veranstaltet; das Zentrum dagegen verpönt Goethe, Schiller, Lessing.

Es ist nicht ein Skandal, daß für derartige Bildungs- und wissenschaftsfeindliche Vereine der Staat eine Million hergeben will, und ist es nicht unerhört, daß j. h. die Liberalen nichts dagegen einzumenden haben! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nein, die Nationalliberalen und Freisinnigen marschieren Arm in Arm mit dieser Sorte von Jugendhelfern. Der Kultusminister hat sich auch zu dem Reichsgerichtsurteil vom 20. Juni geäußert, wonach zum Unterricht nur dann eine Erlaubnis gehört, wenn er ein Ersatz für den Schulunterricht ist; das trifft nicht zu für Turn-, Schwimmb., Gesang-, Tanzunterricht und ganz gewiß nicht für künstlerische und wissenschaftliche Vorträge. Der Minister sagte, er habe eine Instruktion erlassen, um die Praxis der Verbände in Einklang mit dem Urteil des Reichsgerichts zu bringen. Trotz unserer Jurufe ist er auf den Inhalt des Erlasses nicht eingegangen, und wir sind zu dem großen Mißtrauen berechtigt, um so mehr, als der Minister sich in allerlei Tifflereien eingelassen hat, was denn „Ersatz des öffentlichen Unterrichts“ ist, wo die Grenze zu ziehen sei. Solche Tifflereien sind bei dem Wortlaut des Urteils ganz überflüssig, er ist so klar, daß selbst der Kultusminister ihn begreifen sollte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In dem Fall des polnischen Gesanglehrers suchte der Kultusminister sich damit herauszureden, daß es mehrere Wochen gedauert hat, bis das Urteil ihm bekannt war. Das widerspricht den Tatsachen. Noch im Januar dieses Jahres sind in Berlin naturwissenschaftliche Vorträge eines Herrn Graf in gleicher Weise gehindert, und das Reichsgerichtsurteil stammt aus dem Juni vorigen Jahres. Es kann also gar keine Rede von einer bona fides (guten Glauben) beim Kultusminister sein, er hat sich wider besseres Wissen über das Gesetz hinweggesetzt, er hat das Gesetz mit Füßen getreten. (Lufe rechts: Skandal, unerhört!)

Präsident v. Kröcher: Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zum zweiten mal zur Ordnung und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam.

Abg. Ströbel (fortfahrend): Ich habe nicht mehr viel zu sagen; ich unterschreibe alles, was mein Freund Liebknecht hierüber dem Minister gesagt hat. Ich wundere mich auch nicht über das Verhalten des Kultusministers, denn die ganze Handlungsweise der preussischen Verwaltung ist der Rechtsbruch in Permanenz! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Laute Jurufe rechts: Un-erhört!)

Präsident v. Kröcher: Ich rufe Sie zum dritten mal zur Ordnung.

Damit schließt die Besprechung. Der Titel wird bewilligt; einige weitere Titel werden bedatlos bewilligt.

Darauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr.

Schluß 11 Uhr.

# Gewerkschaftliches.

## Ueber die Studienreise der belgischen Arbeiterdelegation

Schreibt unser belgischer Genosse Franz Fischer, Redakteur am Brüsseler "Peuple":

Der Besuch, den wir 27 Delegierten der belgischen Gewerkschaftsorganisationen unseren deutschen Genossen in Berlin und Leipzig gemacht haben, wird auf die weitere Entwicklung unserer proletarischen Bewegung von großem und nachhaltigem Einfluß sein. Unsere so vielen, von der deutschen Arbeiterorganisation und ihren Einrichtungen empfangenen Eindrücke zu klassifizieren, sie methodisch zu ordnen, macht allerdings einige Mühe. Es geht unseren Sozialstudenten auf Reisen, wie jenen Touristen, die, über wenig Zeit verfügend, alles sehen wollen, und die etwa einen vollen Tag im Museum zubringen und ihre Augen schließen müssen vor sozialer Kunst und Schönheit, die sie in sich aufgenommen.

Es ist keine leichte Aufgabe, die gewonnenen Eindrücke aus dem Gedächtnis mit der nötigen Klarheit und Präzision wiederzugeben. Zur Unterstützung ihres Gedächtnisses haben die belgischen Delegierten ganze Berge wertvollen Materials und Dokumente aus Deutschland mitgebracht; ihre Notizbücher sind überfüllt, und unsere großen sozialistischen Tageszeitungen haben sehr eingehende Berichte über diese Studienreise gebracht. Um den gewerkschaftlich Organisierten einen unmittelbaren Vorteil von der Reise zukommen zu lassen, werden an den hauptsächlichsten Zentren des Landes Versammlungen abgehalten, um dort den Genossen von den Reiseeindrücken direkt zu berichten.

Diese Reise hatte nicht etwa den Zweck, die Delegierten der belgischen Gewerkschaften für die Idee der Zentralisation zu gewinnen. Die meisten unter ihnen haben seit langem die Vorzüge der Zentralisation erkannt. Befanden sich doch unter ihnen Vertreter der Metallindustrie und des Baugewerbes, wo die Zentralisation bereits seit 2 Jahren besteht. Die Delegierten wollten vor allem aus den deutschen Erfahrungen lernen und zwingende Argumente zugunsten der überlegenen Methoden der modernen Gewerkschaftsbewegung sammeln. Es galt diejenigen, die aus Respekt vor dem lokalen Partikularismus sich häufig vor den weiteren Fortschritten in der gewerkschaftlichen Zentralisation abhalten lassen, vor die volle sinnfällige Wirklichkeit zu stellen. Von jetzt ab zählt die Idee der Zentralisation in Belgien mehr überzeugte Apostel, die aufgekärter sind und besser in der Lage, ihre Auffassung mit Material und Beweisen zu belegen, und es steht zu hoffen, daß der nächste belgische Gewerkschaftskongreß, der zu Weihnachten abgehalten wird, große Federationen, wie die der Holz-, Transport- und vielleicht auch die der Textilgewerbe gänzlich zentralisiert sieht.

Aber es kommt noch ein anderes von nicht geringerer Wichtigkeit hinzu, ich meine die Kenntnis von der Beitragsleistung in den deutschen Gewerkschaften. In dieser Beziehung möchten wir jedoch einen Irrtum berichtigen, der über die belgischen Gewerkschaften allgemein verbreitet ist. Ein englischer Trade-Unionist hat einmal auf einem internationalen Vergarbeiterkongreß gesagt: „Die französischen Syndikalisten sind immer bereit, die Hand zu heben, wenn es gilt, weitgehende Beschlüsse zu fassen, aber sie sind weniger bereit, in die Tasche zu greifen, um die Durchführung der gefassten Beschlüsse zu ermöglichen.“ Es soll hierbei gesagt werden, daß die belgischen Gewerkschaftler nicht dieser Auffassung der französischen Syndikalisten sind. Die belgischen Delegierten waren aber nichtsdestoweniger erstaunt, als ihnen die übliche durchschnittliche Beitragshöhe in den deutschen Zentralverbänden mitgeteilt wurde. In den belgischen Gewerkschaften werden zwar vielfach auch nicht geringere Beiträge geleistet als in den deutschen; aber die belgischen Unterstützungsstellen können nicht die gleichen Vorteile bieten wie die deutschen. Die belgischen Gewerkschaften sind zu klein, die Klassen zersplittert und darum nur wenig leistungsfähig.

Der Vorteil solcher Studienreisen, wie die, die wir soeben beendet haben, liegt gerade darin, daß der Blick der Teilnehmer erweitert wird, daß das aus den empfangenen neuen Eindrücken, aus den Erfahrungen der Weiterentwickeltesten Gelernte, zum Nutzen der eigenen Organisation verwendet wird.

Es ist wohl richtig, daß in Deutschland die Arbeitermassen in größeren Industriezentren vereinigt sind, daß sie in großen industriellen Unternehmungen zusammenarbeiten und daß damit die Propaganda für die Organisation weniger mühevoll, aber desto fruchtbarer und erfolgreicher sei. Das hat in Deutschland jene Nischenorganisationen geschaffen, wie den Holzarbeiterverband mit seinen 165 000 Mitgliedern, den Metallarbeiterverband mit seinen 400 000 Mitgliedern usw. Belgien, das kleine Land, ist auch das Land der kleinen Unternehmer, das Land der niedrigen Löhne. Und zu dem Druck des Kapitalismus kommt noch das klerikale Regiment in Belgien. Die Herrschaft der Merkanten hält unser armes Volk in tiefster Unwissenheit und Dummheit; man bedenke, daß unter den Rekruten in der Provinz noch immer 10—24 Proz. Analphabeten sich befinden. Was die Löhne anbelangt, so sei nur darauf verwiesen, daß nach einer Enquete über die Arbeitslöhne in Brüssel — wo die Existenzbedingungen an nähernd die gleichen sind wie in Berlin — kaum 15 Proz. der Arbeiter einen regelmäßigen Verdienst von 4 Frank (3,20 M.) pro Tag erreichen.

Es ist recht gut, daß die Delegierten des belgischen Proletariats gesehen haben, wie sich in Deutschland die Arbeiterorganisationen nicht scheuen, für ihre Verwaltungstechnik gewisse Erfahrungen und Methoden bürgerlicher Institutionen sich zunutze zu machen.

Sodann sind unsere belgischen Genossen sehr erfreut gewesen über alles das, was man bei Euch für die Erziehung und die Kultur der organisierten Arbeiter tut. In Belgien gibt es wie in Deutschland in der sozialdemokratischen Partei intelligente Mitglieder genug, auch Akademiker; sie sind bei uns willkommen. Doch ist es nötig, daß diese aus den bürgerlichen Kreisen kommenden besser geschulten Genossen sich der Aufgabe unterziehen, die Arbeiter zu höheren Bedürfnissen auf geistigem und künstlerischem Gebiete zu erziehen. Darum haben Unternehmen wie die Gewerkschaftsschule und die Parteischule bei den belgischen Delegierten das tiefgehendste Interesse hervorgerufen und den Wunsch rege gemacht, daß auch bei uns das Gleiche geschehe.

Zum Schluß gestatten Sie mir, Ihnen eine kleine Geschichte zu erzählen, sie ist authentisch. Als der Zug, der die Delegierten von Leipzig nach der belgischen Grenze bringen sollte, sich in Bewegung setzte, rief ein sächsischer Genosse: „Auf Wiedersehen im nächsten Jahre.“ „Ah,“ antwortete ein belgischer Delegierter, „ich sende Euch meinen Cousin, den französischen Syndikalisten.“ „Warum?“ fragte der sächsische Genosse. „Weil ich zu Euch gekommen bin und es besser gefunden habe als bei uns.“ Wenn der französische Syndikalist zu Euch kommt, der noch nichts von den Ideen und Einrichtungen Eurer Organisation in sich aufgenommen hat, wird er die gleichen Erfahrungen machen.“

### Berlin und Umgegend.

#### Achtung, Gürtler, Drücker, Schleifer und Schlosser!

Für die Firma Riemann werden jetzt seitens Streikbrecheragenturen Arbeitswillige gesucht.

Wir ersuchen dringend, jedes Inserat in Zeitungen usw. unbeachtet zu lassen. Mindestens aber immer erst in unserem Bureau, Charlottenstr. 3, Erkundigungen einzuziehen. Gerade der Firma Riemann gegenüber ist es besondere Pflicht, auf der Hut zu sein.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

**Achtung, Klavierarbeiter!** In der Pianofabrik von Ede, hier, Seelower Str. 6, sind Lohnunterschiede ausgebrochen. Den Zusammenlegern sind die Akkordpreise erheblich reduziert worden. Wir ersuchen deshalb, den Zugang fernzuhalten.

Die Branchenleitung des Holzarbeiterverbandes.

#### Die Aussperrung im Berliner Tapezierergewerbe.

Eine bürgerliche Korrespondenz meldet: Eine starkbesuchte Versammlung der Tapezierermeister und Polstermöbelfabrikanten Groß-Berlins, die gestern Abend in den Kammerjalen stattfand, erklärte sich mit 200 gegen 50 Stimmen damit einverstanden, daß am Donnerstag dieser Woche 1200 organisierte Tapezierergehilfen ausgesperrt werden. Die Versammlung war einberufen von dem Arbeitgeberverband für das Tapezierergewerbe, von der Berliner Zwangsinnung der Tapezierer und vom Verein der Polstermöbelfabrikanten. Der Referent, Feder, betonte, die drei genannten Arbeitgeberorganisationen würden gemeinsam vorgehen, um zu verhindern, daß der Tapeziererverband die einzelnen Betriebe durch partielle Streiks und Sperren zur Anerkennung seiner Forderungen zwingt, die als unerfüllbar bezeichnet werden müßten. Unter keinen Umständen dürfe ein Meister besondere Abmachungen mit den Gehilfen treffen, sondern eine Regelung der Arbeitsverhältnisse könne nur durch Tarif und Organisation zu Organisation erfolgen. Der Versammlung wurde folgender Antrag unterbreitet:

„Wenn bis zum Dienstag Abend die Arbeitgeber von mindestens 1200 Gehilfen sich zur Aussperrung bereit erklären, so stellt die Arbeitgeberkommission dem Gehilfenverband das Ultimatum, binnen 24 Stunden alle Einzelstreiks und Sperren aufzuheben. Wird diese Forderung innerhalb der gestellten Frist vom Gehilfenverband nicht erfüllt, so werden am Donnerstag früh zunächst 1200 Mitglieder des Verbandes der Tapezierer ausgesperrt.“

Bei der schriftlichen Abstimmung erklärten sich 200 Arbeitgeber mit 850 Gehilfen für die Aussperrung und 50 Arbeitgeber mit 150 Gehilfen dagegen. Im Laufe des heutigen Dienstags wird der Antrag den in der Versammlung nicht vertretenen Großbetrieben vorgelegt; es wird aber als sicher angenommen, daß die erforderliche Zahl von 1200 beschäftigten Gehilfen überschritten wird und damit die Aussperrung perfekt wird, da der Gehilfenverband vermutlich die Forderung der Arbeitgeber nicht erfüllen wird.

So weit der der Presse zugegangene Bericht über die Versammlung der Unternehmer, aus dem zu ersehen ist, daß die am Sonntag schon angedrohten Beschlüsse mit der Wahrscheinlichkeit verbunden sind, daß nur organisierte Gehilfen, Verbandsmitglieder, ausgesperrt werden sollen. Das schreut die Organisation aber nicht. Der Verband denkt gar nicht daran, sich dem in Aussicht gestellten Ultimatum zu unterwerfen und die Einzelstreiks und Sperren aufzuheben. Er wird den Kampf ruhig weiterführen in dem Bewußtsein, daß dieser Kampf durch das Verhalten der Unternehmer aufgezwungen und unvermeidlich geworden ist, wenn die Unternehmer auch mit großer Dreistigkeit versuchen, die Gehilfenschaft für den Ausbruch des Kampfes verantwortlich zu machen. So heißt es zum Beispiel in dem Zirkular, das die Einladung zu der Montagversammlung der Unternehmer enthielt:

„Bekanntlich haben die Gehilfen die Verhandlungen beifussig den Abschluß eines Tarifvertrages abgebrochen und versuchen jetzt über die Köpfe der Kommission hinweg ihre Forderungen in den einzelnen Werkstätten durchzubringen. In einer größeren Anzahl von Betrieben sind unberechtigtweise erhöhte Löhne und verkürzte Arbeitszeit verlangt worden und die Gehilfen im Streik getreten resp. wurden Werkstattperrren verhängt. Sonderabmachungen dürfen unter keinen Umständen getroffen werden; diese gereichen dem einzelnen sowie dem Gesamtgewerbe nur zum Schaden. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, sofort scharfe Gegenmaßnahmen zu treffen.“

Alle Mittelungen sollen an die Adresse S. Feder, Lessingstraße 6, gerichtet werden, wie es am Schluß des Zirkulars heißt. Auf der einen Seite haben die Unternehmer die Aussperrung beschloffen und auf der anderen Seite wird mit dem größten Eifer nach Streikbrechern gesucht. Bekannte Streikbrecheragenturen sind in voller Tätigkeit. Strenge Aufmerksamkeit ist diesen Umtrieben gegenüber gehalten.

**Die streikenden Silberanmacher und Helfer** fanden sich gestern vormittag im Gewerkschaftshaus zu einer Versammlung zusammen, um den Bericht über den gegenwärtigen Stand der Bewegung entgegen zu nehmen. Fromke vom Transportarbeiterverband referierte. Nach der letzten Berichterstattung vom Donnerstag voriger Woche haben weitere 13 Firmen den Vertrag unterschrieben anerkannt. Es kommen nur noch 14 Firmen in Frage, die bisher eine Unterschrift abgelehnt haben und zwar sind es die Firmen: Otto Grund u. Co., Wassergrasse 8; Wilhelm Bartel, Röllensmarkt 1; Koch u. Wein, Ritterstr. 49; P. Epinius u. Co., Schönhauserstr. 12; P. Sonntag u. Co., Hohenstr. 11; Brillort, Neue Promenade 4; Max Hoffmann, Kommandantenstr. 61; Schmiedel, Linstr. 42; Worsendorf, Schöneberg, Hauptstr. 9; A. Pätzsch, Alte Jakobstr. 72; Rogosch, in Firma Teichert u. Planer, Schilderstr. 5; Paul Voigt, Neue Königstr. 42; Wilh. Kumpf, Linienstr. 164a; Otto Krause, Dresdenstr. 77.

Bei einigen der vorgenannten Firmen hat die Streikleitung Verhandlungen nachgesucht, die aber von Erfolg nicht begleitet waren. Die Arbeitgeber wiesen sich zum Teil in dem Glauben, daß die Anmacher und Helfer bald des Kampfes müde sein werden. In der Versammlung war aber von einem solchen Geist nicht das Mindeste zu spüren, sondern die Streikenden waren sich darin einig, daß der Kampf restlos durchgeführt werden muß. Berichtet wurde, daß bei einigen Herren Unternehmern die gegenwärtige Situation recht peinlich zu wirken anfängt. Die sogenannte gute Konjunktur setzt jetzt zum Teil erst ein und Aufträge mit bestimmter Lieferungsfrist liegen genügend vor. Die bestreikten Unternehmer haben sich nach wie vor eines recht starken polizeilichen Schutzes zu erfreuen. Nur eine Änderung ist zu verzeichnen, anstatt der uniformierten Schutzeinheiten werden jetzt alle angeblich „gefährdeten“ Punkte mit Kriminalschutzleuten besetzt. Gefragt wurde, daß einige Geschäftsteile sich den Streikenden gegenüber recht abfällig verhalten. So wurde die Inhaberin des Restaurants Grünhaldenstr. 25 gebeten, sich die Schilder von Arbeitswilligen nicht anbringen zu lassen. Dieses Ansinnen wurde abgelehnt; aber es wurde hinzugefügt, wenn die Streikenden ihr für jeden Tag, wo sie das Anbringen inhibieren würden, 20 M. zahlten, dann werde sie das tun. — Auch der Glasermeister Th. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Octobers Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

**Michaelis, Landsbergerstr. 63,** versucht bei dieser Bewegung im Trüben zu fischen. Es ist festgestellt, daß M. Streitarbeiter berichtet. Der Restaurateur D. Roabit, Levetowstr. 10b, versorgte den Streikenden die Unterstützung mit der Begründung, daß sein Lokal für Arbeiterkundschaft nicht in Frage käme.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß da, wo Schilderarbeiten, ganz gleich welcher Art, ausgeführt werden, sich die rote Arbeiterbewegung zeigen zu lassen und auf die laufende wöchentliche Abstemplung acht zu geben. Wer im Besitze einer ordnungsmäßigen Karte nicht ist, gilt als Arbeitswilliger und ist auf seine Arbeiter schädigende Handlungsweise aufmerksam zu machen.

### Deutsches Reich.

In der Waffenfabrik Weyersberg u. Co. in Solingen kam es wegen Mängelregelung von Arbeitern zu einem Streik. Die Firma entließ 150 organisierte Arbeiter. Diese Entlassung wurde mit einer vollständigen Arbeitsniederlegung beantwortet. Nunmehr erklärt die Firma, daß sie am Dienstag sämtliche organisierten Arbeiter entlassen werde, falls diese nicht ihren Austritt aus dem Verbands erklären.

### Eine Hingebende

treibt in Wolfenbüttel beim Streik in der Schokoladen- und Zuckermackfabrik von Wahn u. Co. ihr Unwesen. Wegen die Streikposten gingen die Arbeitswilligen vom ersten Tage an täglich vor und die Ausständigen bedrohten sie mit Revolvern. Nach ihrem eigenen Eingeständnis ist die ganze Garde mit Revolvern ausgerüstet. Die Polizei wurde davon unterrichtet; der Streikleitung wurde jedoch die Antwort zuteil, daß die Streikbrecher Revolver tragen dürften. Also auch hier wird den zusammengelaufenen, recht zweifelhaften Elementen indirekt das Recht zurkannt, in unverantwortlicher Weise gegen um ihr Recht kämpfende Arbeiter vorzugehen.

### Der Lohnkampf der Glasarbeiter in der Oberpfalz beendet.

Am Sonntag, den 12. März, tagte in Weiden eine Glasarbeiterkonferenz, um zu den neuen Vermittlungsvorschlägen der Regierung Stellung zu nehmen. Nach den neuen Vorschlägen sollen die bisher gemachten Verbesserungen bis zum 1. März 1912 gelten. Von diesem Tage an sollen bis zum 1. März 1914 für die Polierer und Zugstundschleifer weitere 2 1/2 Proz. Lohnerhöhung eintreten und für Apparatschleifer soll eine weitere Lohnerhöhung von 10 Pf. pro Satz gewährt werden. Diese immerhin noch minimalen Zugeständnisse wurden aber erst gemacht, als die Arbeiter mit aller Bestimmtheit mit dem Streik drohten.

Der Gewerkschaftsleiter Dirschel und der Verbandsvorsitzende Girbig legten auf der Konferenz dar, daß bei der Hartnäckigkeit der Industriellen durch einen langen Streik wohl kaum mehr zu erreichen sei und sie traten deshalb für die Annahme des Vertrages ein. Wenn auch die weiter gewährten Zugeständnisse von 2 1/2 Proz. nicht befriedigend könnten, da die gesamte Lohnerhöhung nur 7 1/2 Proz. betrage, so sei doch zu bedenken, daß ein Kampf schwere Opfer bringe. — Die Konferenz stimmte nach geringem Widerstande dem Tarife zu. Der Tarif hat bis 1. März 1914 Gültigkeit und gilt auf ein weiteres Jahr verlängert, wenn er nicht drei Monate vorher von einer der Parteien gekündigt wird.

Die Aushungerung der im Streik befindlichen Chemnitzer Form- und Gießereiarbeiter durch die Metallindustriellen bezweckt ein Rundschreiben, das der Verband deutscher Metallindustrieller schon am 8. März an die Unternehmer erlassen hat und das wie folgt lautet: **Gesamtverband deutscher Industrieller.**

Berlin, den 8. März 1911. Rundschreiben Nr. 61 pro 1911. Am 6., 7. und 8. März d. J. haben die im Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter in sämtlichen Chemnitzer Gießereien die Arbeit niedergelegt, weil die Arbeitgeber den vom Metallarbeiterverband geforderten Abschluß eines Tarifvertrages und obligatorische Bezahlung des Gehlages abgelehnt haben. Wir bitten deshalb dringend, sämtliche aus Chemnitz kommende Gießereiarbeiter bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen. **Gesamtverband deutscher Metallindustrieller.**

Mit solchem Terrorismus will das Unternehmertum die um gerechten Lohn und um Einrichtungen zum Schutz von Leben und Gesundheit kämpfenden Arbeiter klein kriegen. Das soll ihm aber nicht gelingen.

## Letzte Nachrichten.

### Schon wieder eine Gasvergiftung.

Dienstagabend wurde der 8. Feuerwehrzug benachrichtigt, daß in dem Hause Ratiborstr. 20 sich der Schlosser Otto Grell mit Leuchtgas vergiftet haben sollte. Die Feuerwehr entbande sofort mehrere Samariter, die mit Sauerstoff Wiederbelebungsvorkehrungen anstellten, die trotz aller Bemühungen unter Aufsicht eines Arztes keinen Erfolg hatten. Nach zweifelhafte Bemühen stellte der Arzt den Tod fest. Der Grund zu dem Selbstmord wird in Arbeitslosigkeit und Lebensüberdruß gesucht. Grell hatte in der 4. Etage die Gasföhne geöffnet und als man dann Licht anzünden wollte, wurde die Tat von Hausbewohnern bemerkt. Diese schwebten dabei in großer Gefahr, durch eine Gasexplosion gefährdet zu werden. Diese Gefahr wurde indes durch die Feuerwehr noch rechtzeitig abgewendet.

### Die russische Justiz vor der Duma.

Petersburg, 14. März. (W. L. B.) In der Reichsduma griffen bei Beratung des Etats des Justizministeriums Vertreter der Opposition das Gerichtswesen an und erklärten, Senat und Staatsanwälte arbeiteten im Geiste des Verbandes des russischen Bolkes und der Minister verlebte das Prinzip der Unabsehbarkeit der Richter. Die Ombudsleute verteidigten die Gerichte und wiesen darauf hin, daß die von der Linken vorgebrachten Beschuldigungen, die Duma habe nicht ausgerichtet, falsch seien. Die Einführung von Geschworenengerichten in entfernten Gebieten, um die 25 Jahre lang gekämpft worden sei, habe die Duma in 25 Tagen durchgesetzt. Während der Debatte beschuldigte der Angehörige der extremen Rechten, Markow, die Progressiven, sie hätten an der Ermordung Alexanders II. teilgenommen, worauf der Sozialistenführer Gegejalar den Adel der Ermordung Kaiser Pauls beschuldigte. Die Kabinette beantragten die Abschaffung der Prügelstrafe bei den Sträflingen. Der Antrag wurde abgelehnt, und der Justizetat angenommen.

### Der Leichnam Cecil Graces gefunden?

Osnab, 14. März. (W. L. B.) Ein im vorgeschrittenen Zustande der Verwesung befindlicher Körper ist im Hafendamm gefunden worden. Gewisse Merkmale lassen vermuten, daß es sich um den Körper des Aristikers Cecil Grace handelt.

### Durch die Transmission getötet.

Mühlbort, 14. März. Im Elektrizitätswerk Obermühle geriet ein 16jähriger Müllerbursche in die Transmission, wurde herumgerissen und konnte nur noch als Leiche hervorgezogen werden.

Reichstag.

147. Sitzung, Dienstag, den 14. März 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Zweite Lesung des Etats für das Reichsamt des Innern.

Dritter Tag.

Die Beratung wird bei dem Titel „Staatssekretär“ mit den dazu gestellten Resolutionen fortgesetzt.

Abg. Hanssen (Däne): Der Staatssekretär sagte gestern, über die Auslegung des Reichsvereinsgesetzes herrsche zwischen ihm, der zentralen Zentralbehörde und dem Abg. Müller-Meinungen volle Übereinstimmung. Von den unteren Verwaltungsbehörden aber wird das Gesetz anders ausgelegt. Das zeigen auch die Uebergriffe der Schulbehörden, die gestützt auf alte Kabinettsordres von 1884 und 1908 mit Hilfe der Polizei das Turnen der Jugend bei Sozialdemokraten, Polen und Dänen verhindern, und zwar im Widerspruch mit der Gewerbeordnung, wie auch vom Reichsgericht anerkannt ist. Der Staatssekretär sollte es sich angelegen sein lassen, dem Gesetz Achtung zu verschaffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hauser (Z.): Im Interesse des Mittelstandes schweben stets beim Reichsamt Erwägungen; wir wünschen aber, daß diese Erwägungen sich zu Sechenswürfen verdrängen. Bei der Herstellung von elektrischen Liebestandgeräten sollte man statt der großen Firmen die kleineren Installateure mit den Arbeiten betrauen, das liegt im Interesse des Mittelstandes. (Sehr gut! im Zentrum und bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.) Dem Abg. Fischer bemerkte ich, daß dieser Reichstag sozialpolitisch nicht unfruchtbar war, ich erinnere an den kleinen Sozialpolitikerkongress, das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, das Gesetz zur Sicherung der Vorforderungen — alles Gesetze, die dem Mittelstande zu gute kommen. — Der Redner begründet dann die Resolution des Zentrums auf Verschärfung der Vorschriften über die Wandertlager und Wanderausreisen und auf Unterdrückung des heimlichen Warenhandels; dem realen Handel, also dem gewerblichen Mittelstande werde dadurch eine höchst schädliche Konkurrenz gemacht. (Zustimmung im Zentrum und rechts.)

Abg. Graf v. Sanitz (L.): Es hat mich angenehm berührt, daß Herr Stresemann gestern ausführte, die nationalliberale Partei stehe geschlossen auf dem Boden der Schutzollpolitik. Hoffentlich nähert sich auch die Freisinnigen diesem Standpunkt und schaffen so die Vorbedingung für ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien bei den nächsten Wahlen. (Große Heiterkeit links.) Dem Gedanken der nationalliberalen Resolution, die sich gegen die Gefahr einer Monopolisierung des deutschen Petroleumhandels durch die Standard Oil Company wendet, stehen wir sympathisch gegenüber; aber ich halte es nicht für gut, über ein etwa in Aussicht zu nehmendes Reichsmonopol öffentlich zu diskutieren. Die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs möchte ich auf die zahlreichen Bankbrüche der letzten Zeit richten, in den letzten 10 Jahren nicht weniger als 85. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um betrügerische Manipulationen der Bankdirektoren. Wir ersuchen um Vorlegung eines Gesetzes, welches das Publikum vor diesen Gefahren zu schützen geeignet ist. Die Hauptfrage wird allerdings immer der Selbstschutz des Publikums sein, es soll sich nicht durch die Sucht nach höheren Zinsen zu unsicheren Anlagen seines Geldes verleiten lassen. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoch (Soz.):

In wenigen Monaten stehen wir vor Neuwahlen, und deshalb muß der Reichstag den Wählern Rede und Antwort stehen über das, was er auf sozialpolitischem Gebiete geleistet hat. Die Redner der bürgerlichen Parteien scheinen aber dieses Bedürfnis nicht zu fühlen. Herr Riesenberg wagt und vor, wir hätten in der Kommission für die Reichsversicherungsordnung Entwürfe gestellt, welche die Mehrheit nicht annehmen konnte. Das gereicht uns nur zum Lob. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Der Staatssekretär wies auf die gesetzgeberische Tätigkeit des Reichstages hin. Was ist denn aber mit der Gewerbeordnungsnovelle? Sie bringt nur, was der Zentralverband deutscher Industrieller gestattete hat, alles übrige hat man fallen gelassen. Bezeichnend ist, daß die Regierung das Arbeitskammergesetz hat fallen gelassen, nicht etwa, weil der Reichstag keine Zeit hat, sondern weil die Regierung unabhängige Arbeitervertreter nicht in die Arbeitskammern haben will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär rühmt die Entwicklung der Gewerbeaufsicht. Sie hat dahin geführt,

die Gewerbeaufsichtsbeamten zu knebeln

und ihnen den Mund zu stopfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zur Förderung von Kleinwohnungen für Arbeiter und Beamte in Reichsbetrieben wurden vor zwei Jahren noch 4 Millionen

Mark in den Etat gesetzt, im vorigen Jahre nur 2 Millionen, aber der Staatssekretär erklärte, es ständen noch 2 Millionen zur Verfügung, im ganzen also doch 4 Millionen. Jetzt sind diese aufgebraucht und trotzdem sind wieder nur 2 Millionen in den Etat eingelegt, und in der Budgetkommission erklärte Herr v. Hertling, für diesen Zweck sei eben nicht mehr Geld vorhanden. (Hört! hört! bei den Soz.) Das sagt der Redner der Partei, die für die neue Decretvorlage 141 Millionen übrig hatte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ueber die Arbeitsverhältnisse der Angestellten in Kontoren sind von 1901 bis 1903 Erhebungen angestellt, und auf Grund derselben verlangte der Beirat für Arbeiterstatistik eine höchstens elfstündige Arbeitszeit. Geschehen ist in dieser Richtung nichts! Ebenso steht es mit der Handelsinspektion. Es besteht noch nicht einmal der gesetzliche Fortbildungszwang. Im Jahre 1907 erkannte der Staatssekretär Dr. Rieberding an, daß die Konkurrenzkauf

für Handelsgeschäfte und Techniker geändert werden müsse. Heute will der Staatssekretär noch einmal „in Erwägungen eintreten“. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Einstimmig verlangte der Reichstag, daß im § 63 des Handelsgesetzbuches das Recht der Angestellten, im Krankheitsfalle sechs Wochen Gehalt zu beziehen, sichergestellt werde. Aber die Regierung weigert sich und bleibt in dieser Frage fest — handelt es sich doch nur um Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ueber die Handhabung des Vereinsgesetzes wird ein anderer Redner unserer Fraktion sprechen. Erwähnen will ich aber hier doch das

Sorgehen gegen die proletarische Jugendorganisation.

Die sog. christlichen Jugendorganisationen treiben ungehindert Politik, Politik ohne jede Verbrämung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber kein Staatsanwalt pfeift danach. Aber gegen die Organisationen der proletarischen Jugend geht man vor, man schikaniert sie, man löst sie auf, auch, wo sie gar nicht bestehen. Wie sind wir dazu gekommen, die proletarische Jugendbewegung ins Leben zu rufen? Ganz einfach, weil die bestehenden, sogenannten „christlichen“, „nationalen“ Organisationen entweder zu reaktionären Zwecken mißbraucht werden oder aber ganz ungenügend die Aufgabe der Betreuung der Jugend vor sittlichen Gefahren erfüllen. Unter diesen Umständen war es unsere sittliche Pflicht, uns der proletarischen Jugend anzunehmen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Organe des Staates aber, die diese unsere Bestrebungen auf jede nur mögliche Weise,

unter offener Verhöhnung von Recht und Gesetz

zu fördern suchen, machen sich direkt einer Verhöhnung am Leiblichen und geistigen Wohl der Arbeiterjugend schuldig. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Lärm rechts und im Zentrum. Abg. Weber (natl.) ruft: Regen Sie sich doch nicht so auf! Ja, Herr Kollege Weber, daß Sie sich nicht über solche Dinge aufregen, glaube ich schon. Sie regen sich aber ganz andere Dinge auf! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Verschiedene Etatsredner haben in dieser Debatte wieder das alte Lied vom Terrorismus der Arbeiter gesungen. Ich leugne nicht, daß bedauerliche Fälle vorkommen. (Hört! hört! rechts.) Ja, meine Herren, was wollen solche vereinzelt Fälle sagen? Alle verantwortlichen Stellen in der Arbeiterbewegung sind auf alle Weise bestrebt, solche bedauerliche Entgleisungen zu unterdrücken und die Arbeiter zur Selbstbeherrschung zu erziehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber die Leute, die fortgesetzt über „sozialdemokratischen Terrorismus“ zetern, sollten lieber ihrerseits für Abstellung des

unerhörten, täglichen, schändlichen Terrorismus

sorgen, der vom Staat und Unternehmern verübt wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Werden nicht die Arbeiter in Staatsbetrieben sogar verhöhrt, sich Konsumvereine anzuschließen? (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Werden nicht Lehrer mit Entlassung bedroht, nur weil sie in Versammlungen gewesen sind, in denen ein Sozialdemokrat das Wort ergriffen hat? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und wenn der Herr Riesenberg, der hier so beweglich über den angeblichen Terrorismus der Gewerkschaften geklagt hat, sich einmal umsehen möchte, so würde er bald speziell in seinem Hadergewerbe eine Reihe von Fällen von Unternehmerterrorismus entdecken, die verzweifelte Notwendigkeit mit Erpressung haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Also, meine Herren, legen Sie selbst erst vor Ihrer Tür, ehe Sie mit Klagen über anderer Leute Terrorismus kommen. (Lebhafte, wiederholte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär hat sich bemüht, die Anklagen meines Freundes Fischer zu widerlegen und hat den Stillstand der Sozialpolitik bestritten. Die bürgerlichen Redner sekundierten dem Staatssekretär und Herr Stresemann entrißte sich über die Wendung, daß die Unternehmer die Arbeiter zwar nicht mehr verhungern, aber doch hungern lassen. Daß dies aber wirklich

mindestens zum Teil noch der Fall ist, beweist ein unverdächtiges Dokument, die amtliche Begründung der Reichsversicherungsordnung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie hat das Zentrum sich mit der Witwen- und Waisenversicherung gebrüht, mit der es den Postwucher verdrängt hat. Und was wird, vorausgesetzt, daß überhaupt etwas zustande kommt (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) für die Witwen und Waisen heraussehen? (Bloß des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Die Einzelheiten der Reichsversicherungsordnung sind doch nicht beim Etat des Reichsamts des Innern zu erörtern. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoch (fortfahrend):

Die Witwen- und Waisenversicherung bezw. ihre Nichteingührung gehört allerdings zur Sozialpolitik bezw. zur Wirtschaftssozialpolitik und diese gehört zum Ressort des Staatssekretärs des Innern. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich habe somit sehr wohl das Recht, an dieser Stelle darüber zu sprechen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Privatbeamtenversicherung ist versprochen worden, alles Mögliche ist versprochen, aber nichts gehalten worden. Dieser Reichstag hat

sozialpolitisch völlig versagt.

Dabei wurden im Wahlkampf Erfüllung sozialpolitischer Forderungen in erster Linie zugesagt, und dann im neu zusammengetretenen Reichstag lang man dasselbe Lied. Man wollte ja die Arbeiter vor der Sozialdemokratie retten. Geschehen ist aber nichts. (Erregter Widerspruch des Abg. Behrens.) Die Organisationen denken anders darüber, Herr Behrens; der deutschnationale Handlungsgesellenverband, der Schad-Verband, hat im Januar 1911 den sozialpolitischen Stillstand bedauert. Man kann eben auch den Leuten des Herrn Schad nicht mehr das Blaue vom Himmel vorreden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Am 15. August 1910 sprachen diese Schad-Leute von der „tiefen Resignation und Hoffnungslosigkeit, die sich in Deutschland der Gemüter bemächtigt“, weil eben die Sozialpolitik im Handelsgewerbe völlig versagt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Eine richtige Würdigung dieses Stillstandes ist nur möglich, wenn man die

Entwicklung des Großkapitals

betrachtet. Es ist derartig angewachsen, daß es für die Sozialpolitik nicht unbeschadet bleiben kann. Die Kleinbetriebe haben sich seit der Gewerbe- und Betriebszählung von 1895 bis zu der von 1907 von 208 mit 408 770 Arbeitern und 552 741 Pferdekräften auf 385 mit 987 467 Arbeitern und 1 812 172 Pferdekräften vermehrt; während die Zahl aller Betriebe um 10,6 Proz. gewachsen sind, sind die Kleinbetriebe um 85,1 Proz. gewachsen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Arbeiterzahl im ganzen ist um 43,3 Proz. gestiegen, die in Großbetrieben um 141,6 Proz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Zahl der Pferdekräfte um 130 Proz., die in den Großbetrieben um 231,5 Proz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was das bedeutet, zeigt sich in der Vereinigung des Geldes in den Großbanken und in der Vereinigung der Kleinbetriebe zu Kartellen. Die Berliner Großbanken arbeiten mit einem Kapital von fünf Milliarden, die Deutsche Bank hatte im letzten Jahre einen Umlauf von 113 Milliarden. Selbst die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte, schrieb: Um der Sozialdemokratie nicht einen Finger zu geben, leugne man den Kampf zwischen Kapital und Kredit, der aber beständig; Bank und Börse haben unsere Industrie in der Hand und beherrschen den Kredit. Die Syndikatsbildung nimmt zu. Für die Kleinrenten bedeutet diese Entwicklung eine erniedrigende Knechtschaft. Das sagt das Organ des Bundes der Landwirte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Was soll gegen die Entwicklung geschehen, wird gefragt. Wir haben es hier gar nicht mehr mit einer Privatwirtschaft zu tun; nur einige wenige gebieten über die ungeheuren Mittel dieser Wirtschaft, zum Schaden der Gesamtheit. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Diese wenigen betrachten den Staat lediglich als Organisation zur Ausbeutung der arbeitenden Klassen. Der Abg. Graf König klagte sehr beweglich über die Schwächung des Publikums durch betrügerische Bankrotte und derartige Manipulationen. Selbstredend sind die Opfer solcher Praktiken sehr bedauerlich und diese Praktiken überaus verwerflich, sie werden auch, soviel ich weiß, in den auf Abstand haltenden Kreisen der Bankwelt verurteilt. Aber, glauben Sie, Herr Graf v. König, mit einer Moralphredigt dem Publikum die Gewinnkraft austreiben zu können, das sich nicht mit den Erträgen sicherer Staatspapiere begnügen lassen will, sondern nach hohen, aber darum eben auch unsicheren Gewinnen schmachtet? Das Unterlassen, den Kapitalismus zu wollen ohne seine Folgererscheinungen, ist zur Fruchtlosigkeit verurteilt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In der Rede des Staatssekretärs war vielleicht das, was sie nicht enthielt, noch interessanter als das, was sie enthielt. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär schwieg zu den von verschiedenen bürgerlichen Parteien geäußerten Wünschen nach einer

Humor und Satire.

Jugendbildung.

Schulmannsprügel, Sausen, Schreien, Eisenbahntransportgefährdung — so was dient im preussisch freien Staat zur Mensch- und Bürgerwerdung.

Und besonders zum Beamten präpariert sich so die Jugend, im Westig, im angekommenen, jeglicher Germanentugend.

Dies, versteht sich, ist gebühlich nur für königstreue Knaben, die da Geld und auch natürlich eine höhere Bildung haben.

Können also wohl in Preußen junge Kerls gebildet werden, die sich andern Tuns bestreihen, Ordnung, Sitte, Justiz gefährden?

Soll man diese jungen Menschen etwa etwas lassen lernen? Pui doch! solchen vaterländischen Schandstiel muß man schnell entfernen.

Gottlob fehlt's nicht an den rechten, unerfahrenen strengen Leuten, die gedenken eigener edler Leutnants- und Studentenzeiten:

„Bildung? Quatsch! Es geht auch ohne. Wir, wir zeigten's beim Studieren. Lernen? Bildung? Keine Wonne! Und wir können doch regieren.“ Franz.

Notizen.

— Kunstabend. Käse Hyan veranstaltet am Sonntag, den 19. März, in der Singalademie einen Abend; es werden Märchen von Wilhelm Schulz, Nieder eines fahrenden Fräuleins, Biedermeierlieder und Alt-Berliner Volkslieder zum Vortrag gelangen.

— Verichtigung. In der Note zu dem Artikel Felix Weingartner „Was kann man komponieren“ (Unterhaltungsbild Nr. 51) steht infolge technischer Versehen ein heilloses Unsin. Dieser Aufsatz spiegelt, wie aufmerksam Leser wohl bemerkt haben, die Arbeit von der Wagnerachaffung getreulich wider, nicht aber die Wagnerachaffung, wie es dort heißt.

Kleines feuilleton.

Byzantinismus in Weiß-Blau. Aus München wird uns geschrieben: „In Teus sei“ steht das weiß-blaue, blau-schwarze Bayernvolk zu seinem angehängten Königshause. Es hat's während zu Ludwig's 90. Geburtstag bewiesen. Der Royalismus, Patriotismus, Servilismus, Byzantinismus oder wie man sonst das Untertanenbewußtsein der Weltkaisermonarchien nennen will, spielt sich im „demokratischen“ Bayernland zwar in gemäßigteren Formen ab — z. B. der Herr Neggermeister geht im fettschleibigen Braatenrod in die Galavorkstellung im Hoftheater, trotzdem Frau Vorschrift ist, und die Frau Hauptpostamtsassistentin im hochbunigen Schwarzseidenen wedelt mit Weißbaumwollenen Handschuhnummer 17,4 hinauf zur Loge des Gollgefaltten — aber es spielt sich doch ab. War das ein Bettremmen der Hoflieferanten und anderer Kleinindustriellen Kammerleuten, wer am 12. März die dicksten Lannentänze, das meiste Gebimmel von Weiß-Blau in Baumwolle, Papier, Porzellan oder Gobelspannen vor sein Fenster hängen, wer die meisten Lichter aufstellen, wer am lauteften Hoch brüllen konnte, wenn eine beehrte oder leere Postkutsche durch die Straßen fuhr. Man hatte halt starke Knopflochschmerzen und Zielsüchte.

Am Vorabend des hohen Tages gab's ein bedrohliches Massen-aufgebot von Schaulustigen. Hauptausgangspunkt der Max-Josephs-Platz, flankiert vom Schloss P. L. dem unbewohnten Teil der neuen Festung, denn der bescheidene alte Herr bewohnt nur einige nach dem Hof gehende Zimmer, dem Hoftheater und der Hauptpost. Von Postkutschen zu Fuß und Pferd, Feuerweh, Militärkorps hießlich in Schach gehalten, konzentrierte sich hier die hauptsächlich das fette Münchener Bürgerthum, die dumpfe liberal-ultramontan grundrierte Masse des Volkes ohne Bildung, die mittleren und kleinen Beamten, Hofräthchen, Janungemeister, Geschäftsleute und andere musige Stützen des Thrones. Diese Kleinen im Geiste und Großen im Reich kamen am Max-Josephs-Platz reichlich auf ihre Kosten. Man denke: Serenade, Papstfisch, Parabemarsch, griechisches Feuer, Illumination, 20 Musikchöre, Wasserdarbium und Fingerringe, Purpurdecke am mittleren Fenster der Residenz, darüber der Pringregent, links und rechts sämtliche andere bayerische Apanagenbesitzer mit Kind und Kegel, dann jener feierliche Moment, wo die treue Untertanenseele unter dem Hochdruck der Gefühle in einem zehntausendfachen Hoch explodiert und der gerährte Angehörte sich dreimal verneigt. Es war herrlich, es war göttlich, es war mittelalterlich, mitteleuropäisch, fast preussisch! So gab sich die faddeutsche Schranzen- und Latanenfeele

kranklos ihrem Herrscher hin. Aber auch er schenkte seinem Volk! Er spendete ihm die neuen von Excellenz Professor A. v. Raul-6 ach gekrönten Briefmarken und die famose Jubiläums-Irte. Um diese künstlerisch sehr kitschigen (Julius Diez ist der Verantwortliche) bunten Jubiläumslaten mit dem Datumsstempel 11. III. 11 gab's ein Gerause an den Postämtern beinahe so heftig, wie um Caruso-Billetts oder um die Weißwürste beim Wodhierausschank. Mit dem schönen Resultat, daß die P. T. Händler und Zwischenhändler die Diezischen Wideln heute schon mit 2-3 M. weiter verkaufen können. Und weiter: er stiftete 100 000 M. für „würdige und bedürftige Künstler“. Er teilte die 1/2 Millionen der Landesammlung auf unter würdige Kriegsveteranen, zu Zwecken der Jugendfürsorge und für eine Landesheilanstalt für tuberkulöse Kinder. Und abermals: er ließ einen wahren Wollenbruch von Piepögelchen und Medaillen in Gold, Silber und Bronze in zahllose offene Knopflocher niedergehen (ein dickes Schriftstück von 168 Seiten zählt all' die Mühseligen im Lande auf, die auf ihre im Staatsdienst erworbenen hämorrhoiden Orden legen können). Und noch mehr: er brachte seinen Getreuen persönliche Opfer. Er, der abgeagte Feind des Theaters, erschien zweimal in der Oper. Mit der Weiduld, die den Weidmann auf dem Anstand ziert. Im Hintergrunde der Loge stand der Hofbüchsenpanner. Er machte alle 5 Minuten mit dem Hahn. So wurde es dem fürstlichen Jäger leichter, das musikalische Geräusch wachsam über sich ergehen zu lassen.

Ein Feuertreuecklein. Güstrow ist die viertgrößte Stadt Mecklenburgs und bekannt als Sitz des mecklenburgischen Schwurgerichts. Von jetzt ab aber ist es in Mecklenburg auch bekannt geworden als Sitz des schneidigsten Zensors. Augenblicklich gastiert in diesem Städtchen eine Schauspielergesellschaft, die bei den Güstrowern die darstellenden Künste zu Ehren bringt. Für Sonntag hatte der betriebssame Direktor dieser Gesellschaft eine Auf-führung von Schöngens „Kasernenlust“ in Aussicht genommen. Aber der Direktor denkt und der Zensor lenkt. In der „Kasernenlust“ witterte der Gestrenge Unrat, und um den Geist der antimilitaristischen Rebellion von seinen getreuen Güstrowern abzuwenden, verbot er die Aufführung. Auch der vorstehende Kommandeur der Güstrower Garnison hatte drohendem Unheil bereits zuvor vorgebeugt, indem er den Besuch der Vorstellung verbot. — ein Zeichen, daß nicht einmal der Militärgegnaltige mit der Möglichkeit eines Verbotes gerechnet hatte. Der Direktor, der ein Mann von Humor zu sein scheint, teilte nun seinem kunst-sinnigen Publikum von Güstrow und Umgegend mit, daß am Sonntag an Stelle von „Kasernenlust“ der — „Schlaf-wagenkontrollleur“ zur Aufführung komme, ein Tausch, der sicher den vollen Weisfall des gestrengen Zensors gefunden hat.



Wies weiter nach, daß die kleinen landwirtschaftlichen Verbände einfach gezwungen würden, sich in die Abhängigkeit von den größeren Verbänden zu begeben. Wollen die kleinen Verbände statt zu Rabattpreisen beziehen, müssen sie ihn vom Bunde oder von den deutschen Landwirtschaftsgesellschaften nehmen, die dann die Propagandagelder einziehen. Auf diese Weise habe man den badischen und bairischen Bauernbund untergekrigt. Heim behandelt den Unfall des Zentrums in dieser Frage mit unerkennbarem Hohn und Spott, wodurch besonders die Abgeordneten Erzberger und Speck eine recht unangenehme Viertelstunde erleben. Heim deutete auch an, es seien bereits Bestrebungen im Gange, ihn bei der Debatte im Plenum mundtot zu machen.

Die Debatte mußte abermals vertagt werden; vorher wurde ein Antrag angenommen, die Regierung möge die Verträge vorlegen, die das Handelsabkommen mit den Abnehmern abgeschlossen hat. Unterstaatssekretär Richter hatte sich gegen diesen Antrag gewandt, ohne einen stichhaltigen Grund für seine Stellung anzugeben. — Am Mittwoch wird die Debatte fortgesetzt werden.

## Soziales.

### Berufserklärung gegen Kranke.

Vor einiger Zeit hieß es, daß der Rat der alten guten Stadt Soest beschlossen habe, eine Liste derjenigen Bürger zu veröffentlichen, die dem Stadtsäckel die schuldigen Steuern nicht entrichtet hätten. Diese öffentliche Brandmarkung der Armut ist denn doch unterblieben, wohl weil man mittlerweile eingesehen hat, daß man sich mit diesem Beschluß nur lächerlich machen würde.

Eine ähnliche, in ihren Konsequenzen viel weitergehende Maßregel gegen die in Krankheit und Not geratenen Mitmenschen, ist aus der münsterländischen Kreisstadt Vorken zu berichten. Die Ortskrankenkasse Vorken-Raesfeld-Narbed hat neues ein Mittel entdeckt, wodurch sie die Krankheitsdauer der Mitglieder herabzubringen hofft. Vor uns liegt eine Nummer des „Vorkener Wochenblatts“ vom 25. Februar 1911, das ein tabellarisches Verzeichnis derjenigen Mitglieder der genannten Ortskrankenkasse enthält, welche Krankenunterstützungsgelder beziehen. Dort steht Name und Stand des Mitgliedes, der Name des Arbeitgebers sowie Tag und Datum der Krankheit Anfang und Ende.

Das „Vorkener Wochenblatt“ ist ein Zentrumsorgan, die Verwaltung der Krankenkasse sind gut katholische Zentrumsleute.

Gegen ein derartiges Gesetz und Anstand ins Gesicht schlagendes Vorgehen wären die Aufsichtsbehörden verpflichtet einzuschreiten. Die Generalversammlung der Kasse sollte jedenfalls Abfertigung der in Betracht kommenden Vorstandmitglieder beschließen und die Herren für die etwa aus dem Kassenermögen für diese Berufserklärung verausgabten Gelder persönlich haftbar machen.

### Ein außerordentlicher Fortbildungskursus

findet am Sonnabend im Lehrerbereinshaus am Alexanderplatz um 1/2 Uhr statt. Die Verhandlungen betreffen das dem Landtage zugegangene Fortbildungsgesetz. Referenten sind die Herren Oberbürgermeister Dreifert-Brandenburg a. O., Altmeister Müller-Berlin und Direktor Haumann-Berlin.

## Aus Industrie und Handel.

### Der Schrei nach dem Einfuhrzoll.

Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat erhebt von seinen Mitgliedern Millionen von Mark an Umlagen, die im besonderen dazu dienen, die im Auslande mit Verlust verkauften Kohlenmengen den exportierenden Gruben zum Normalwerte zu begeben. Die im Inland verkaufte Kohle muß also nicht nur einen Profit für die Kohlenhändler aufbringen, sondern außerdem auch noch die Winderträge aus der Ausfuhr ausgleichen. Nur so ist es möglich geworden, daß auf dem deutschen Markt, im besonderen in den nördlichen Gebieten und in den Gegenden, die mit dem Meere durch Wasserwege verbunden sind, die englische Kohle billiger ist, als der einheimische Braunkohle. In der Reichshauptstadt sind z. B. die englischen Kohlen in der Regel billiger als die rheinisch-westfälischen. Das Syndikat schiebt dies auf die teure Eisenbahnfracht und verlangt deswegen vom preussischen Eisenbahnminister Tarifermäßigungen! In Wirklichkeit ist aber nicht die teure Fracht der schuldige Teil. Das erhellt schon daraus, daß im ureigensten Absatzgebiet und Produktionsgebiet des Syndikats, in Rheinland-Westfalen die englische Kohle scharf konkurrierend auftritt. Den Rhein herauf kommen englische Kohlen und machen der teuren einheimischen den Markt streitig. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Grunenberg hat nun kürzlich im preussischen Klassenhaus auf die bedenkliche Steigerung der englischen Kohleneinfuhr hingewiesen und von der Regierung Abhilfe verlangt. Die richtige Abhilfe wäre Einfuhr billigerer Preise. Das will natürlich das Syndikat nicht, und deswegen inspiriert es jetzt die ihm nahebestehende Presse und fordert einen Einfuhrzoll auf Auslandskohle. Das Kohlenyndikat will in Deutschland die Kohlenpreise allein bestimmen dürfen und die Regierung soll ihm dazu die Möglichkeit geben! Die folgenden Zahlen zeigen, zu wieviel Prozent die Einfuhr von Kohlen auf der Rheinstraße über Emmerich englischen Ursprungs ist.

Jahr	Gesamteinfuhr über Emmerich	davon aus England
1904	157 000	147 000 Tonnen
1905 (Vergleichsstand)	674 000	564 000
1906	518 000	525 000
1907 (Kohlenmangel i. Deutschl.)	1 824 000	1 659 000
1908	527 000	525 000
1909	—	767 000
1910	—	676 000

Das wäre ein feines Gesehen, daß solche Konkurrenz einfach durch einen Einfuhrzoll ansätkete. Selbstverständlich vergleichen die Kohlengrubenpatrioten bittere Tränen darüber, daß deutsche Defen mit englischen Kohlen geheigt werden. Aber, daß außerordentliche Defen auf Kosten der deutschen Konsumenten deutsche Kohlen speisen, das nennen unsere Patrioten: Schutz der nationalen Arbeit!

Gute Munition. Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken haben im vergangenen Geschäftsjahre gut gearbeitet. Der Reingewinn stieg von 3 758 692 M. für 1909 auf 4 074 044 M. für 1910, und die Dividende erhöht sich von 22 auf 24 Proz.

### Der Drang zum Trust.

In der Schiffbauindustrie ist die Verschmelzung und Vereinigung der kleineren Werke bisher noch nicht in dem Maße fortgeschritten wie in manchen anderen Industrien. Es liegt das zum Teil an der Natur des Betriebes selbst. Der Zusammenschluß in Form von Preisabkommen, Kartellen, Syndikaten erfordert eine gewisse Gleichartigkeit der Produktion und des Produktes. In einer Kohlengrube wird im wesentlichen ebenso gearbeitet wie in der anderen, und das Produkt ist Kohle und immer wieder Kohle. Da können verschiedene Firmen untereinander die Preise vereinbaren, die Produktion kontingentieren usw. Ein Schiff dagegen ist immer sozusagen ein Wesen für sich, wenigstens sobald es sich um größere

Schiffe handelt. Da wird kaum eine genau so geartete wie das andere; folglich kann man auch nicht im voraus mit der Konkurrenz die Preise vereinbaren, zumal ja für jedes einzelne größere Schiff erst im Augenblick der Offerte oder der Bestellung die Zeichnungen entworfen werden usw. Natürlich sind das keine unübersteigbaren Hindernisse des Zusammenschlusses. Wichtiger wird wohl sein, daß die Riesenwerke es bisher nicht als in ihrem Vorteil liegend angesehen haben, die kleineren Werften durch Zusammenschluß zu kräftigen. Jedenfalls wird die Zersplitterung in dieser Industrie von den Kapitalisten vielfach beklagt, und da hat nun Dr. Cappius zu Berlin gemeint, sich ein Verdienst zu erwerben, wenn er — in Nr. 5 der „Deutschen Wirtschaftszeitung“ — einen Plan zum besten gibt, wie man trotz der erwähnten inneren Schwierigkeiten doch zu einem Zusammenschluß der Werften kommen könne. Die großen Werften hoffen er durch das Gespenst der Streikgefahr zu schrecken, gegen die eine machtvolle Organisation der Unternehmer nötig sei, und schlägt im übrigen folgendes vor. Wenn z. B. drei Werften A, B und C, die in einem Bezirk bei einander liegen, sich gegenseitig scharfe Konkurrenz machen, so muß A, um diese Konkurrenz loszuwerden, von B und C nicht Entgegenkommen und Kollegialität verlangen, sondern ihnen geschäftliche Vorteile bieten. . . Nehmen wir an, B würde vielleicht im Durchschnitt der letzten vergangenen 5 Jahre eine Rente von 4 Proz. seines Anlagekapitals erzielt haben, so dürfte er sicherlich geneigt sein, darauf einzugehen, wenn ihm A eine Rente von 5 oder 6 Proz. zusichern würde, unter der Bedingung, daß B natürlich seine gesamte Geschäftsführung den Intentionen des A unterordnet. Das bedeutet, in verständliches Deutsch übertragen: A soll dem B vorschlagen, daß dieser ihm seine gesamten Anlagen, seinen gesamten Betrieb zur Verfügung stellt, gegen eine Rente von 5 oder 6 Proz. des Anlagekapitals. Dann übernimmt A so viel Aufträge, wie zur Beschäftigung beider Werften nötig sind, und leitet den Betrieb in beiden einheitlich. „Für A würde ein solches Opfer (1) kein übermäßiges sein, denn er muß sich sagen, daß er die 4 Proz., welche B herauswirtschaftete, sicherlich auch erzielen muß, zweifellos aber mehr, wenn er die Leitung führt bei einheitlicher Organisation, die ohne weiteres mit einer erheblichen Herabminderung der Kosten verbunden wäre. A ist eine unbequeme Konkurrenz los, vermag nun bessere Preise zu erzielen und wird darum um so leichter mit C in gleicher Weise zum Abschluß kommen.“

Der Verfasser ist sich anscheinend nicht klar darüber, daß sein Vorschlag absolut nichts Neues enthält, sondern nur den Anfang zu dem, was in Amerika längst unter dem Namen der Trusts verwirklicht ist, nämlich die tatsächliche Vereinigung mehrerer Werke, die nach außen hin als selbständige Firmen gelten, während in Wirklichkeit eines dieser Werke die anderen „kontrolliert“, d. h. ihre Produktion nach seinen Zwecken bestimmt. „Der Außenwelt gegenüber“ schreibt Herr Cappius weiter, „braucht sich diese Sache keineswegs als Verschmelzung zu dokumentieren. Im Gegenteil, es ist viel besser, die drei Werke bestehen wie bisher neben einander fort. Nach innen hin unterliegen sie aber einer gemeinschaftlichen Organisation, welche auf eine tunsicht gleichmäßige Produktion im Verhältnis der arbeitenden Kräfte abzielt.“

Es ist nicht anzunehmen, daß die Industriellen des Schiffbaues diese Methoden zur Ausschaltung der Konkurrenz, die, wie gesagt, schon so vielfach in Anwendung sind, nicht kennen sollten. Das große Aufsehen, das sich Herr Dr. Cappius von seinem Vorschlag offenbar verspricht, wird er also wohl kaum erregen. Für das Verständnis unserer wirtschaftlichen Entwicklung jedoch ist die Tatsache immerhin interessant, daß sich der Drang zum Trust hier in einer so naiven Form Ausdruck verschafft.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die Hausfrauen und das Frauenwahlrecht.

„Unser Glück soll im Hause wurzeln. Gebt und das Recht, Gesetze zu schaffen, die uns ein glückliches Heim schaffen.“

Diese Worte können unsere Hausfrauen mit vollem Recht den Reaktionen und Philistern entgegen schleudern, die stets auf den Ruf der Frauen nach vollem Bürgerrecht orakeln: „Die Frau gehört ins Haus!“ „Das Haus ist die Welt der Frau!“

Daß diese Sprüchlein eine verlogene Phrase sind, durch die wirtschaftliche Entwicklung, die die vielen Millionen Frauen in die Erwerbsarbeit trieb, längst ad absurdum geführt sind, wissen wir wiederholt nach. Aber auch für die Hausfrauen ist es längst nicht mehr wahr, was „Philisternwahrheit“ immer und immer wiederläutet. Die Familie ist seit langem kein in sich abgeschlossenes Wirtschaftsganzes mehr. VIELTAUSEND HÄNDEN VERKNÜPFEN DAS INTERESSE DER FRAU — DER HAUSFRAU — MIT ALLEN ÖFFENTLICHEN UND POLITISCHEN VORKOMMNISSEN UND EINRICHTUNGEN.

An Stelle vieler Beispiele heute nur eins: Jede gute Hausfrau setzt zweifellos ihren Ehrgeiz daran, neben Ordnung und Sauberkeit, die sie im Hauswesen hält, den Jährigen ein möglichst gutes und reichliches Mahl zu bereiten. Ihr Haushaltsgeld hat sie als fürsorglicher Finanzminister der Familie fein säuberlich auf die notwendigen Ausgaben der einzelnen Wochenlage verteilt. Bei ihren Einkäufen beim Metzger, Bäcker oder Kolonialwarenhandler entdeckt sie aber, daß sie weit höhere Ausgaben machen muß, als sie in Voranschlag gebracht hatte. Das Fleisch ist um 10 bis 15 Pf. für das Pfund im Preise gestiegen, der Kaffee um 12 Pf., Brot, Mehl, Käse und eine Reihe anderer Artikel sind in ähnlicher Weise, Streichhölzer zum Beispiel gar um 20 Pf. für das Paket verteuert worden. „Als gute“ Hausfrau im Sinne unserer Philister hat sie sich um Politik nicht im entferntesten gekümmert, sie kann sich deshalb absolut nicht erklären, woher plötzlich diese Preissteigerungen kommen, die ein großes Loch in ihren Geldbeutel reißen und ihre ganzen, sorgsam gemachten Berechnungen über den Haufen werfen.

Wie wohl zwar: Das Quantum Fleisch, das sie für jeden Tag vorgesehen, ist ohnehin schon recht knapp, eigentlich schon ganz unzureichend, aber jetzt muß sie es noch knapper bemessen. Ja, sie überlegt, ob es nicht sogar für einen oder einzelne Tage ganz ausfallen muß. Daß eine Verschlechterung der Kost der Gesundheit nicht zuträglich ist, weiß sie zwar, aber — was machen, wenn halt alles teurer wird?

Vergerlich über die Preissteigerungen hat sie in den Geschäften nicht allzu freundlich nach der Ursache gefragt. „Das machen halt die Steuern“, hat der Verkäufer ihr geantwortet. — Zu Hause beim Mittagmahl klagt sie ihrem Mann ihr Leid. In hellem Zorn schlägt der mit der Faust auf den Tisch und erklärt: „Ja freilich, neue Steuern, erhöhte Zölle und auszapaden, das verstehen die Ritter und Heiligen“ vortrefflich, ob wir darunter zusammenbrechen, was kümmert es sie; ihre Taschen werden dabei voller und voller. Glücklicherweise ist bald Reichstagswahl und da werden wir heraus halten, aber gründlich, mit den Brot- und Fleischwuchereern!“

Und nun fragt die Frau weiter und weiter und erfährt, welche hohe Steuern Zölle, Verbrauchsabgaben die einzelnen notwendigen Produkte belasten. Sie ist entsetzt und berechnet, um wieviel die Familie sich besser nähren, kleiden, befehlen könnte, wie noch etwas zurückgelegt werden könnte für die Ausbildung der Kinder, wenn diese Belastung nicht wäre, und ihr Unsegen wandelt sich in Zorn, in helle Empörung über jene, die uns diese Steuern und Abgaben auferlegten und damit die ärmere, kinderreichere Familie weit härter belasten als die Familie des reichen Mannes.

Aber ihr Mann hat ja gesagt, bei der Reichstagswahl werde man heraus halten mit diesen Volkseindern; man werde sie hinauswählen aus dem Reichstag. Und da sagt sich die Frau: „Ja, warum habe ich denn kein Wahlrecht? Bin ich doch bei diesem großen „Reinigungsprozess“ des Reichstages am meisten interessiert. Habe ich als Hausfrau nicht am schlimmsten unter der fortwährend steigenden Steuerlast zu tragen? Soll ich Steuern zahlen, direkte und indirekte noch viel mehr, verlange ich auch einen Einfluß auf Höhe, Gestalt und Verminderung dieser Steuern.“

Die Frau ist also plötzlich politisch sehend geworden. Sie empfindet ihre politische Rechtlosigkeit als ein außerordentliches

Unrecht, und da bedarf es nur noch eines Schusses und sie steht mitten im politischen Kampfe: Im Kampfe gegen den Steuerdruck, im Kampfe um Wahlrecht!

Die Politik selbst ist es gewesen, die sie zum politischen Leben erweckt hat. Die Politik kam zu ihr in die Küche, sie setzte sich mit ihr zu Tische, sie nahm von ihrem Brot und Fleisch, von Kaffee und Tee, von Petroleum und von den Streichhölzern, sie zapfte an ihrem Kleid, sie rüdte an den Möbeln und am Küchengerät: da mußte die Frau auf sie aufmerksam werden, mußte sich mit ihr näher beschäftigen! Und alsbald entdeckte sie: Kennen gelernt habe ich „Frau Politik“, jetzt, aber in meinem Interesse beeinflussen und leiten kann ich sie nicht, solange mir das Wahlrecht fehlt. Darum auf in den Kampf um das Frauenwahlrecht!

Wäge der 19. März, der Frauentag, zeigen, daß es Millionen Frauen sind, die von der Politik zum politischen Leben erweckt, trutzig fordern: „Heraus mit dem Frauenwahlrecht!“

Der Frauentag in Wien. Die Wiener Genossinnen halten ihre Versammlung (nur eine einzige) Sonntag nachmittag 1/4 Uhr ab. Sprechend werden Viktor Adler und Adelheid Popp. Dann gehen die Versammlungsteilnehmer in geschlossenem Zuge über die ganze Ringstraße bis zum Rathaus — also an all den großartigen öffentlichen und Hofgebäuden und dem Parlament vorbei.

### Lesekabende.

Johnsdorf. Donnerstag, den 16. März, in der „Villa Kahl“. Vortrag. Genosse Gahlung.

Wariendorf. Donnerstag, den 16. März, 8 Uhr, bei Lukas, Königstraße 14.

## Versammlungen.

### Der Schutz der Zelluloidarbeiter gegen Brandgefahr.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zelluloidindustrie und aller Gewerbe, in denen Zelluloid verarbeitet wird, waren zum Montagabend von den Verbänden der Buchbinder, der Fabrikarbeiter und der Holzarbeiter zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, die in Kellers Konzerthaus stattfand. Zur Besprechung stand die Notwendigkeit eines ausreichenden Schutzes der Arbeiterschaft der Zelluloidindustrie durch eine Verordnung des Bundesrats. Für den geforderten Schutz kommt in Betracht die Herstellung von Bijouterien und Schmuckgegenständen, Films, elektrotechnischen Artikeln, Kammern, Klaviaturen, Kragenschalen, Albums, Buchbinderen, Galanterie- und Zigarrenpapierwaren, Stöcken, Schirmen und ähnlichen Artikeln. Der Reichstagsabgeordnete Breh zeigte in einem Vortrage, wie die Sozialdemokraten im Reichstage schon seit 1903 solche Schutzbestimmungen fordern, wie sie jetzt wieder in einer Petition der genannten drei Verbände verlangt werden. In der Petitionskommission des Reichstages wurde anerkannt, daß 800 000 organisierte Arbeiter hinter dieser Petition stehen, was wesentlich dazu beitrug, daß die Kommission dem Plenum des Reichstages empfahl, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Es mag freilich noch lange dauern, ehe die Wünsche der Arbeiter wirklich erfüllt werden, und darum ist es notwendig, daß sie immer wieder ihre Stimme erheben und auf die Dringlichkeit von Schutzbestimmungen aufmerksam machen, um so mehr, als die Regierungsvertreter in der Kommission sich nicht sehr entgegenkommend zeigten und die Unternehmer sogar die Forderungen der Arbeiter bekämpften. Der zweite Redner des Abends, Hildebrandt, kritisierte sehr scharf die Gegenpetition der Zelluloidindustriellen, in der die Vorstellungen in der Petition der Arbeiter als übertrieben hingestellt und die Brandgefahr als minder schwer bezeichnet wird. Der Redner erklärte, daß die Behauptungen der Unternehmer sehr leichtfertig seien und die Aufforderungen in der Petition der Arbeiter nicht erschüttern können. Die Brandgefahr ist unabweisbar sehr groß, wie die nur unvollständig geführte Statistik seit 1899 zeigt. Allein an Toten wurden 70 Opfer in 48 schweren Bränden gefordert. Bei einem Brande zählte man 8 Tote und 10 Schwerverletzte, 18 Brände entfielen auf die Holzindustrie, 18 Brände auf Buchbinderbetriebe. Erst in den letzten Jahren konnte die Statistik über diese Brände etwas genauer geführt werden. Früher erfuhr man nur in besonderen Fällen etwas darüber, und selten wurde ein Brand registriert, bei dem es feststand, daß die leichte Entzündbarkeit des Zelluloids die Ursache war.

Die Versammlung nahm nach kurzer Diskussion die folgende Resolution einstimmig an:

„Die heute, am 13. März, tagende Versammlung der in der Zelluloidindustrie beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter stellt sich nach wie vor auf den Standpunkt, daß den Gefahren des Gewerbes nur durch eine Verordnung des Bundesrats entgegen gewirkt werden kann. Die Versammlung erwartet, daß der Deutsche Reichstag den Reichskanzler ersucht, durch Verordnungen diesen Schutz endlich zu schaffen.“

## Tischlerei,

Kundenwerstatt, 6 Bänke, circa 800 M., verkauft  
Domke,  
Härderingerstr. 20.

## Kranzspenden

sowie sämtl. Blumenarrangements liefert schnell und billig  
Paul Gross,  
Eindenzstr. 69 (Vormärtsstr. Haus),  
Tel. IV 7203 I 6896

## Ein neuer Weg

zu einer guten Fleischbrühe.  
Ein Aufguß heißen Wassers auf einen  
**OXO Bouillon-Würfel**  
der Comp. LIEBIG,  
Preis 5 Pfg.

So es sich um Verbesserung von Suppen, Saucen, Gratieren usw. handelt, empfiehlt sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extrakt, das den Eigengeschmack der Speisen nicht verdirbt.

Westmanns Trauermagazin Extra-Abteilung I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Strasse 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Frankfurter Viertel. Bezirk 319.

Am 11. März, abends 10 Uhr, verstarb nach langen, schweren Leiden mein lieber Bruder, der frühere Gastwirt Karl Münzberg im 43. Lebensjahr.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 12. März, verstarb unser Genosse, der bisher Heinrich Pfarr Uferdammstr. 32.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf. Am 11. März verstarb unser Parteigenosse, der Gastwirt Karl Münzberg Juliusstraße 72 (13. Bezirk).

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer August Höft am 11. d. Mts. im Alter von 63 Jahren verstorben ist.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Ortsverwaltung Rixdorf. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied Karl Münzberg Juliusstr. 71, verstorben ist.

Wilhelm Schmolt am 12. d. Mts. im Alter von 55 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Schiner Weg 76, aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Teilnehmern meinen herzlichsten Dank. Witwe Michel und Sohn.

Am 13. März nach langer, schweren Leiden unter guter Sorge und Beistand der Schwester Ernest Feuerhack. Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichshagen Friedhofes aus statt.

Für die mir am 9. d. Mts. anlässlich meines 60. Geburtstages erwiesene Ehrung und Aufmerksamkeit sage ich allen Parteigenossen und Genossinnen hiermit meinen besten Dank.

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief ganz unerwartet mein fürsorglicher Mann, unser herzenguter Vater und Schwiegervater, der Restaurateur Paul Reinhardt im 51. Lebensjahre.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sage ich allen unsern besten Dank. Witwe Pauline Schreiber und Kinder.

Heute abend 8 Uhr: Drei öffentl. Protestversammlungen in den Lokalen: Hohenstaufen-Säle | Petries Festsäle | Hoppe Rottbuscher Damm 76 | Knefbeckstr. 113 | Hermannstraße 49 Tages-Ordnung: Die Verschacherung Rixdorfs an Treptow. Freie Aussprache.

Referenten: Stadtverordnete Dr. Silberstein, Thurow und Wuschy. Bürger, Wähler Rixdorfs! Protestiert gegen die letzten Machinationen unseres Magistrats und der Stadtverordnetenmehrheit und erscheint in Massen.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands Zahlstelle Groß-Berlin. Bureau: Hohenstr. 215. Gedruckt v. 9-1 u. 4-8 Uhr. Tel. Amt III 938.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Gruppe der Isolierer! Mittwoch, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Hoffmann, Dragonerstr. 15:

Bezirks-Versammlungen Mittwoch, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr: Für Südost u. Süden bei Hahn, Bauhauer Platz 12.

Gruppen-Versammlung. Der Tarifbruch der Firma Rheinhold u. Co. in der Filiale Leipzig! Das vollständige Erscheinen aller am Platze anwesenden Kollegen wird erwartet.

Für Schönhauser Vorstadt bei Rath, Schönhauser Allee 131a. Für Rixdorf bei Gellert, Steinmehlr. 93. Für Spandau bei Gottwald, Schönwalder Str. 80. Donnerstag, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr: Für Norden bei Raabe, Kolberger Str. 23. Für Nordwest bei Kirschkowski, Bussellstr. 9. Für Ostern bei Ziets, Warschauer Straße 61. Für Charlottenburg im Volkshause, Rosenthalstr. 3. Für Weißensee bei Content, Lehderstr. 5. Für Schöneberg und Umgegend bei Clement, Steglitz, Duppelstraße 7.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col L. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1967

Gruppe der Kunststeinarbeiter im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12. Für Adlershof bei Kaul, Vidmarstr. 16.

Heute, Mittwoch, den 15. März, abends 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engländer 15 (Saal IV): Versammlung aller in der Gelbmetall-Industrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

Für Reinickendorf bei Wohlfahrt, Eichbornstr. 18. Sonntag, den 19. März, nachmittags 3 Uhr: Für Tegel bei Kakles, Berliner Str. 92.

Tagesordnung: 1. Der Streik bei der Firma Niemann u. Co., Kronenleuchterfabrik, Kommandantenstraße. 2. Diskussion. Es ist nötig, daß sämtliche in dieser Branche Beschäftigten, auch die augenblicklich arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen in dieser Versammlung erscheinen.

Für Ober-Schöneweide bei Rabe, Wilhelmshofstr. 43. Für Johannisthal bei Gobin, Koonstr. 2.

Die Ortsverwaltung.

Donnerstag, den 23. März, abends 1/2 8 Uhr: Gruppe der Schallplattenarbeiter (Presser, Schleifer und Stoffarbeiter) im „Rosenthaler Vereinshaus“, Rosenthalerstr. 57.

Persil advertisement with image of a woman washing clothes. Text: Wissen Sie schon, daß Persil Ihnen die Wäsche nicht nur von selbst wäscht, sondern daß es Ihnen die Wäsche auch schon und erhält? Wenn nicht, dann überzeugen Sie sich durch einen Versuch.

Sonntag, den 26. März, nachmittags 5 Uhr: Für Rummelsburg u. Umg. bei Blame, Alt-Borghagen 56.

Zwecks Ausübung einer Kontrolle über Teilnahme an den Bezirksversammlungen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder ihre Bücher mitbringen sollen, um den Besuch der Versammlung durch Stempel im Mitgliedsbuch eintragen zu können! Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet.

Achtung! Am 1. April befindet sich unser Bureau: Engländer 15. Telefon: Amt 4, Nr. 11 443.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.) Bezirksversammlungen: Bezirk 1: Mittwoch, den 15. März, nachm. 5 Uhr, beim Kollegen Kirschkowski, Bussellstr. 9.

Westmann advertisement for clothing. 3 Sonder-Angebote in Frühjahrs-Neueheiten: 1000 Stück Kostüme, 1000 Stück Ulster, 1000 Stück schwarze Konfektion. Plüschmäntel bis 150 cm lang. Westmann Gesellschafts-Kleider, Röcke, Blusen.

Stegdecken in sauberster Ausführung empfiehlt sich am besten zu kaufen nur direkt d. Fabrik Bernhard Strohmangel, Berlin, Wallstr. 72.

Kronleuchter kaufen Sie recht und billig auf Kredit b. klein. Raten in der 161/1\* Lampen-Fabrik Albert Pöschl, Berlin Gitschinerstr. 15, a. Hallesches Tor Auswahl über 3000 Kronen, Ampeln, Lampen etc.

Frauentag.

Am Freitag, den 17. d. M., findet, 7 Uhr abends beginnend, eine allgemeine Flugblattverbreitung in den Bezirken Groß-Berlins

statt. Wir erwarten, daß die Genossen und Genossinnen insgesamt antreten, damit die Verteilung prompt und sicher erledigt wird.

Sonntag, den 19. März, 2 Uhr nachmittags, werden

41 Volksversammlungen

in Berlin und Umgegend abgehalten.

Daß auch hierbei besonders keine unserer organisierten Genossinnen fehlt, halten wir für selbstverständlich, ebenso, daß alle unsere Mitglieder dahin wirken, möglichst viele Frauen und Mädchen Berlins für den Besuch dieser Versammlungen zu interessieren.

Gilt es doch, für die Gleichberechtigung beider Geschlechter Zeugnis abzulegen.

Der Aktions-Ausschuß.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In den Kammer-Festivals, Vorkammergebiet und Zeltlager Straßen-Eds, veranstaltet der Verein der Kassierer und Kontrolliere Berlins am 25. März sein 16. Stiftungsfest. Da uns die Kammerfeste hartnäckig verweigert werden, aber von obigen Verein verlobt wird, bilde ich unter organisierten Arbeitern umzusetzen, bitten wir, die Billets zurückzugeben.

In Wilmersdorf T.B. steht uns das Lokal „Stadtparl“, Inß. Ernst Rühr, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

In Heinersdorf bei Weissenau N.-B. ist das Lokal von Rud. Kaiser-Wilhelm-Str. 67, von der Liste zu streichen.

Die Lokalkommission.

Nizdorf. Die drei Protestversammlungen finden heute abend 8 Uhr in den Hohenstaufen-Sälen, bei Hoppe und bei Berrie statt. (Siehe heutiges Inserat.) Der Einberufer.

Rehendorf (Wannseebahn). Sonnabend, den 18. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Nied. Karstr. 12: Lichtbildvortrag. 1. Eine Wanderung in das Reich der kleinen und kleinsten Lebewesen. 2. Die kleinen Wunder des Mikroskops. Referent: Ewald Finer. Eintritt 20 Pf. Der Vorstand.

Voghen-Rummelsburg. Freitag, den 17. März, abends 7 1/2 Uhr, von den bekannten Stellen aus: Flugblattverbreitung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Donnerstag, den 16. März, von abends 7 Uhr ab: Wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Die Bezirksleitung.

Wilhelmsruh. Morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung im Lokal von Wiedbrodt, Waldseefest. 5. Hierzu heute abend 7 1/2 Uhr: Handzettelverbreitung von den bekannten Bezirksstellen aus. Die Bezirksleitung.

Waldorf, Wanditz und Umgegend. Am Sonnabend, den 18. März feiert der hiesige Wahlverein in dem nun der Partei zur Verfügung stehenden Lokal „Waldrieden“, Waldorf, eine Wählerfeier. Die Genossen wollen für regen Besuch derselben Sorge tragen.

Dabendorf bei Posten. Am Sonnabend, den 18. d. Mts., bei Blase, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreis- und Verbands-Generalversammlung. 2. Endgültige Stellungnahme zur Raifeiler. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Für die Gemeindeschulen Berlins sollen in diesem Jahre zwei neue Schulhäuser fertig werden, zum April in der Scherenbergstraße ein Haus für zwei Schulen, zum Juli in der Antonstraße ein Haus für eine Schule. Der Neubau in der Scherenbergstraße wird zu Beginn des Sommerhalbjahres die 286. Anaben-Gemeindeschule und die 298. Anaben-Gemeindeschule aufnehmen, die bisher in Mieträumen der Wohnhäuser Schönhauser Allee 108 und Schönhauser Allee 103 untergebracht waren. Aus der 286. Schule waren mehrere Klassen, für die das Haus Schönhauser Allee 108 keinen Platz mehr bot, als sogenanntes „Fittal“ in das Schulhaus Greifenhagener Straße 26 gelegt worden. Bei Uebersiedelung der ganzen Schule nach dem Schulhause in der Scherenbergstraße wird dieses „Fittal“ aufgelöst. Die Vollendung des eigenen Schulhauses und der Umzug der beiden Schulen bringen die Schulverwaltung leider noch nicht in die Lage, auf weitere Benutzung der Mietkasernen in der Schönhauser Allee verzichten zu können. In der Schönhauser Vorstadt ist noch lange nicht dem Schulbedürfnis genügt, das durch die Entwicklung des Stadtteils hervorgerufen wurde. Diefelben Mietshäuser Schönhauser Allee 108 und 103, aus denen die bisher darin untergebracht gewesenen Schulen nun endlich ausziehen dürfen, müssen sofort wieder zwei andere, im April neu zu eröffnende Anaben-Gemeindeschulen aufnehmen, die 303. und 304. Mit der Errichtung eigener Schulhäuser ist eben in dem nördlichen Teil der Schönhauser Vorstadt so spät begonnen worden, und ihre Vermehrung schreitet so langsam fort, daß die Schulverwaltung dort noch immer auf die Benutzung von Mietkasernen angewiesen ist. Im kommenden Sommerhalbjahr werden in der Umgebung des Ringbahnhofes „Schönhauser Allee“ nach wie vor fünf Mietshäuser bestehen, nämlich außer der neuen 303. Schule in Schönhauser Allee 108 und der neuen 304. Schule in Schönhauser Allee 103 noch die 49. Schule gleichfalls in Schönhauser Allee 103, ferner die 17. Schule in Mietshaus Stargarder Str. 9 und die 302. Schule im Mietshaus Gethsemanestr. 4. Noch immer fehlt es in diesem Stadtteil an eigenen Schulhäusern für fünf Gemeindeschulen mit zusammen etwa 400 Schülern.

Von sonstigen, für das Steuerhalbjahr beabsichtigten Änderungen im Bestand der Gemeindeschulen ist wenig zu melden. Im Südosten der Stadt ist die Auflösung der ehemals 85. Schule in der Wrangelstraße so rasch fortgeschritten, daß schon in diesem Vierteljahr nur noch ein paar Klassen bestehen, die noch in dem alten Schulhaus unter-

gebracht sind, aber als „Fittale“ der 114. Schule (Köpnickerstr. 2) geführt werden. Mit Schluß des Winterhalbjahres soll auch dieses „Fittal“ aufgelöst werden, so daß der letzte Rest der Schule in der Wrangelstraße verschwindet. Die Auflösung ist in verblüffend kurzer Zeit zustande gebracht worden, in genau einem Jahre. Das Schulhaus in der Wrangelstraße wurde sehr nötig für eine Fortbildungsschule gebraucht; daraus erklärt sich's, daß die Gemeindeschule plötzlich als „überflüssig“ angesehen und ihre Auflösung so rasch durchgeführt wurde.

Die Lustbarkeitssteuer

Ist gestern von dem mit der Vorberatung der Magistratsvorlage betrauten Ausschuß mit 8 gegen 6 Stimmen angenommen worden. Zwar hat die Magistratsvorlage im Ausschuß nicht unerhebliche Änderungen erfahren, indem Veranstaltungen gemeinnütziger Vereine wie der Volkshöhne nicht mehr getroffen werden, immerhin bleibt doch übrig die vollkommen unberechtigte Besteuerung zahlreicher Gewerbetreibenden und anderer Unternehmer, außerdem aber auch die Belastung weiter Kreise der Bevölkerung, die Vergnügen und Erholung sucht. Es soll eine Billettsteuer und eine Pauschalsteuer erhoben werden.

Für kinematographische Vorstellungen wird erhoben bei einem Eintrittsgeld von 25 Pfennig 5 Pf., bei 50 Pfennig 10 Pf. bis 50 Pf. bei 2 M. Eintrittsgeld.

Für Langlustbarkeiten wird bei einem Eintrittsgeld von 1 M. bis 1,50 M. 10 Pf., bei mehr als 1,50 bis 2,— M. 20 Pf. und bei 1—5 M. 50 Pf. erhoben.

Bei Theatervorstellungen wird bei einem Eintrittsgeld von mehr als 1 M. bis 1,50 M. 10 Pf., bis 50 Pf. bei Billettpreisen von 4—5 M. gefordert. Für die nicht unter die oben näher bezeichneten Lustbarkeiten fallenden Veranstaltungen soll bei einem Eintrittsgeld von mehr als 40 Pf. bis 60 Pf. 5 Pf., von 60 Pf. bis 1 M. 10 Pf. und so fort bis 50 Pf. bei einem Eintrittsgeld von 4—5 M. gezahlt werden.

Die Pauschalsteuer soll betragen für Langbelustigungen aller Art und für Kabarets bei Räumen mit Grundflächen von 100 Quadratmetern oder weniger 15 M. für jeden Veranstaltungstag und für jede weitere angefangenen 50 Quadratmeter 10 M. mehr; für Kinematographen bis zu 50 Plätzen 3 M., bei mehr als 50—100 Plätzen 6 M. und bei mehr als 100 Plätzen für je 1—50 weitere Plätze 10 M. für den Vorstellungstag; für Konzerte in geschlossenen Räumen (Gärten) 2 M. bei 500 Quadratmeter Fläche, 4 M. bis 1000 Quadratmeter Fläche und 2 M. mehr für je 500 Quadratmeter. — Für alle sonstigen steuerpflichtigen Lustbarkeiten (Zirkus, Spezialitäten, Panorama usw. Vorstellungen) sollen 4 M. für 100 Quadratmeter Grundfläche, 8 M. für 200 Quadratmeter Fläche, 12 M. für 300 Quadratmeter und dann 4 M. für jede 100 Quadratmeter Fläche mehr erhoben werden. Die übrigen Paragraphen sind nur wenig verändert worden.

Nunmehr hat die Stadterordnetenversammlung endgültig zu entscheiden. Die Annahme der Vorschläge ist nicht ganz sicher. Die Interessenten tun gut, sich von neuem zu rühren, diese Sonderbesteuerung zu Falle zu bringen.

Die Zahl der in Berlin im Jahre 1910 Verstorbenen belief sich auf 30 151, der Totgeborenen auf 1765, zusammen 31 916. Von diesen sind in Leichenhallen der Begräbnisplätze bis zur Beerdigung 28 247, also rund 88,5 Proz. untergebracht worden, während im Jahre 1909 nur 88 Proz., im Jahre 1908 76 Proz., im Jahre 1907 71 Proz. und im Jahre 1906 nur 69 Proz. der Verstorbenen von den Leichenhallen aus beerdigt wurden. Die große Steigerung von 76 Proz. des Jahres 1908 auf 88,5 Proz. des Jahres 1910 zeigt wieder einmal deutlich, wie sehr sich die Benutzung der Leichenhallen bei der Bevölkerung eingebürgert hat und wie groß das Bedürfnis der Hinterbliebenen ist, die Verstorbenen bis zur Beerdigung in den Leichenhallen unterzubringen.

Die erste Schwerhörigenschule.

Berlin hat im Jahre 1902 mit der Eröffnung von Schwerhörigenklassen, sogenannten Hörschulen, die Fürsorge für die bis dahin von aller Welt vernachlässigte schwerhörige Schuljugend eingeleitet und besitzt heute schon 24 gruppenweise in der ganzen Stadt verteilte, Hörschulen, darunter eine vollständig organisierte Schwerhörigenschule. Diese Spezialschule wurde 1907 eröffnet; sie hat die Aufgabe, die Ziele der Gemeindeschule durch eine besondere Unterrichtsmethode, die Hörschule, zu erreichen. Diese Methode lehrt die Schüler, ihren Gehör- und Gesichtssinn in gemeinsamer Tätigkeit zur Auffassung der Sprache zu gebrauchen, da der Natur der Schwerhörigkeit entsprechend, weder die Hörschule der Vollstimmigen, noch die Abschwächung der Lautstimmigen Anwendung finden können. Das wunderbare Zusammenwirken des Gehör- und Gesichtssinnes verhilft nicht nur die unterrichtlichen Erfolge, sondern auch die gesellschaftliche Selbständigkeit im späteren Leben. Das Zusammenwirken beider Sinne wird durch besondere Spezialfächer, akustische Übung, Artikulation und Abheben, gelehrt. Jede Hörschule zählt höchstens 12 Schüler. Aufnahme finden schwerhörige Volksschüler, ferner Stumme und Sprachkranke, die infolge ihres geringen Gehörs entweder gar nicht oder nur unvollkommen sprechen gelernt haben, aber normal beanlagt sein müssen. Schüler, die ein ausreichendes Gehör zurückerlangen, treten wieder in die Gemeindeschule über. Die Berliner Schwerhörigenschule, als die erste und bis jetzt einzige ausgebaute, zieht durch die Eigenart des Unterrichts und der Einrichtung viele Besucher an.

Die städtische Fortbildungsschule für schwachbeanlagte junge Mädchen veranstaltet in der Aula der 45. Gemeindeschule, Auguststraße 67/68, eine Ausstellung von Handarbeiten ihrer Schülerinnen. — Die Ausstellung umfaßt: a) Handarbeiten im Stricken, Häkeln, Sticken, Flechten, Nadelstiche usw. b) Arbeiten im Handnähen. c) Arbeiten im Maschinennähen. d) Einfache Schneiderei. e) Einfache Arbeiten im Zug. — Sie verfolgt den Zweck, den Eltern der Schülerinnen und allen interessierten Kreisen zu zeigen, in welcher Weise unsere Schule verfährt, schwach und physisch eigenartig beanlagte Mädchen durch praktischen Arbeitunterricht zu arbeits- und erwerbsfähigen Gliedern der Gesellschaft heranzubilden. Die Arbeiten gewähren einen Einblick in die Art des Unterrichtsverfahrens.

Die Ausstellung ist am Freitag, den 17. und Sonnabend, den 18. März, von 9—6 Uhr, am Sonntag, den 19. März, von 12—2 Uhr nachmittags geöffnet.

Alle Freunde der Fortbildungsschule für Schwachbeanlagte werden zum Besuch herzlich eingeladen.

Die Fortbildungsschule für schwachbeanlagte junge Mädchen eröffnet das Sommerhalbjahr am 1. April. Anmeldungen werden Dienstags und Freitags von 5—6 Uhr Brunnenstr. 186, II. Hof, Schulhaus, angenommen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ machte vor einigen Tagen in einem Artikel unter der Ueberschrift: „Die Stadt Berlin als

Rummelplatzrichter“ Berlin den Vorwurf, daß es auf dem Gelände des ehemaligen Botanischen Gartens trotz der Einsprüche der Anwohner einen Rummelplatz mit Karussell, Kienlopp, Hippodrom und Waben aller Art entstehen ließe und knüpfte daran die Bemerkung: „Schade, daß die Stadt Berlin das Tempelhofer Feld nicht auf ihre Weise gestalten kann“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ geht dabei offenbar von der Voraussetzung aus, daß das in Frage kommende Gelände Eigentum der Stadt Berlin sei. Das ist aber nicht der Fall, es gehört dem Fiskus.

Strafmandate der Eisenbahn.

Die Zahl der Fälle, in welchen Personen, die auf der Eisenbahn verunglückt, von der Eisenbahnbehörde noch mit Strafmandaten bedacht werden, hat sich in letzter Zeit in auffälliger Weise gemehrt. Ein derartiger Fall beschäftigte die achte Strafkammer des Landgerichts I.

Der aus Rußland stammende Schächter Moses Worow befand sich Anfang vorigen Jahres auf der Rückreise von Amerika nach seiner Heimat, um hier seine Familie abzuholen. Er kam mit den bekannten Auswandererzügen auf dem Leichter Hauptbahnhof an und sollte von hier mit den übrigen aus Amerika zurückkehrenden Leuten nach dem Bahnhof Friedrichstraße transportiert werden, um von hier nach Emden weiterzufahren. Auf dem Bahnhof Friedrichstraße verlor er seine Begleiter und irrte auf den verschiedenen Treppen umher. Als er in gedrohenem Deutsch einen Bahnsteigkassierer fragte, gab ihm dieser, mit der Hand nach dem Bahnhofsende weisend, Auskunft. Worow verstand diese Handbewegung falsch; er kletterte, als der Perron zu Ende war, eine Treppe hinunter und stand plötzlich auf den Schienen. Als er sich hilflos nach einem Ausgang umsah, brauste ein Stadtbahnzug heran. Er wurde von der Lokomotive beiseite geschleudert und blieb mit gebrochener Arme bewußlos neben dem Gleise liegen, wo er von einem Weichensteller gefunden wurde. Der Schwerverletzte wurde sofort in die Charité geschickt. Hier erhielt er schon am nächsten Morgen ein Strafmandat über 1 Mark wegen unbefugten Betretens der Gleise. Gegen diesen Strafbefehl erhob W. Wiedereinpruch. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung. Auf Veranlassung der Eisenbahnverwaltung legte die Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil Berufung ein. Von der Strafkammer waren wegen dieser Haupt- und Staatsaktion ein Geheimer Vaurat, ein Bahnwärter und ein anderer Bahnbeamter anwesend. Die Strafkammer konnte sich ebenfalls nicht davon überzeugen, daß sich der Angeklagte einer Uebertretung schuldig gemacht hatte und erkannte wiederum auf Freisprechung. Gegen dieses zweite freisprechende Urteil ist von dem Oberstaatsanwalt Revision eingelegt worden. — Ein ähnlicher Fall beschäftigte zu derselben Zeit eine andere Strafkammer. Am 18. Oktober v. J. wollte die Arbeiterin Andromeit des Morgens, um sich zur Arbeit zu begeben, auf der Station Jungfernheide einen Vorortzug besteigen. In diesem Augenblick ruckte der Zug plötzlich an, die A. geriet zwischen den Perronbord und die Trittbretter und erlitt einen schweren Verbruch, der sie lange Zeit im Krankenhaus feilhielt. Während sich die A. noch im Krankenhaus befand, wurde sie von der Eisenbahnbehörde mit einem Strafmandat über 3 M. wegen Uebertretung der §§ 77, 81 und 82 der Eisenbahn-Vau- und Betriebsordnung bedacht. Das Schöffengericht Charlottenburg bestätigte den Strafbefehl, da die A. auf den schon in Bewegung befindlichen Zug aufgesprungen war. Gegen dieses Urteil legte die A. Berufung ein. Vor der Strafkammer bestätigten mehrere Zeugen die Behauptung der Angeklagten, daß der eben erst eingelaufene Zug viel zu früh wieder angedockt habe. Eine Zeugin behauptete, daß sie auf demselben Bahnhof in derselben Weise durch das plötzliche und nicht vorhersehbare Anrücken eines Zuges zu Schaden gekommen sei. Die Strafkammer hielt eine Uebertretung für nicht feststellbar und erkannte auf Freisprechung. Auch gegen dieses Urteil soll Revision angemeldet worden sein.

Ein Leßendote hat sich am Sonnabend im Hauptgebäude der Dresdner Bank erschossen. Dieser Vorkall hat unter den Boten lebhafteste Aufregung hervorgerufen. Der Bote — Vinte ist sein Name — soll angeblich dabei betroffen sein, als er in der Tasche eines ihm nicht gehörigen, in einem bestimmten Raum hängenden Mantels etwas gefast habe. Und weil man schon länger nach einem Hausdiebe suchte, hatte ein Beamter von einem Spinde aus Beobachtungen angestellt und den L. dabei gefast, wie er in einem fremden Mantel suchte. Dem L. wurde die Entlassung gegeben. Darauf hob er von seinem Konto 10 M. ab und erklärte einem Kollegen, daß er unschuldig sei. Er sei nur zurückgekommen, um nach seinem Schlüssel zu suchen; er habe nur versehentlich in einen anderen Mantel gegriffen. Von den 10 M. kaufte sich L. einen Revolver, kam zur Bank zurück und erschoss sich dort. Im übrigen wird uns berichtet, daß unter den Boten der Bank lebhafteste Unzufriedenheit besteht soll darüber, daß ihnen nicht genügend Gelegenheit gegeben wird, sich gegen erhobene Vorwürfe und Anschuldigungen zu verteidigen, wie das zu verlangen wäre.

Ans Furcht vor der Fürsorgeanstalt. Auf dem Anhalter Bahnhof verfuhr gestern Vormittag, kurz vor Abgang des Elzuges 10 Uhr 15 Min., der 17 Jahre alte Fürsorgezögling Richard Sander, der von einem Transporteur des hiesigen Polizeipräsidiums nach der Fürsorgeanstalt in Nordhausen gebracht werden sollte, sich durch einen Pistolenschuß in die linke Brustseite zu töten. Ein Arzt stellte eine schwere Verletzung des linken Lungenflügels fest.

Gegen schlüpfrige Annoncen. Das Polizeipräsidium warnt vor der Aufnahme von Inseraten in Zeitungen und Zeitschriften, durch die Herren oder Damen freundschaftlichen Verkehrs unter Angabe von Umständen suchen, die in nicht gedanklosen und unerfahrenen Lesern den Verdacht entstehen lassen müssen, es handle sich nicht um einen wahrhaft freundschaftlichen, sondern um einen unzüchtigen d. h. außerehelichen Geschlechtsverkehr oder einen Geschlechtsverkehr unter Personen gleichen Geschlechts. Es nimmt auf die unlängst rechtskräftig gewordene Verurteilung eines Hannoverischen Medizinalrathes Bezug, der wegen Aufnahme derartiger Annoncen auf Grund des § 184 a. St. G. B. eine empfindliche Geldstrafe erlitten hat, und weist ausdrücklich darauf hin, daß das Reichsgericht dem Urteil der betreffenden Strafkammer beigetreten ist.

Mutter und Kind verschwinden. Vermißt wird seit dem vergangenen Sonnabend die 27 Jahre alte Hausmamsell Margarete Angermann aus der Friedelsstr. 54 in Nizdorf mit ihrem 5 Jahre alten Sohn Walter. Die Frau regte sich über einen kleinen häuslichen Zwist mit ihrem Manne so auf, daß sie um 9 1/2 Uhr vormittags mit ihrem Kinde die Wohnung verließ, um sich mit ihm das Leben zu nehmen. Man fürchtet, daß sie diesen Plan irgendwo ausgeführt hat. Die vermißte Frau ist 1,75 Meter groß und schlank, hat blondes Haar und blaue Augen, sieht bläß aus und trägt einen grauen Rock, eine dunkle Bluse und einen roten Hut mit Reibefedern. Mitteilungen über ihren und des Knaben Verbleib nimmt die Nizdorfer Kriminalpolizei entgegen.

Nicht identisch mit dem am Freitag in der Neuen Welt wegen Taschendiebstahls verhafteten Artisten Karl A. aus Wrig ist der frühere Artist Karl Krüger, Hermannstr. 147.

Schon wieder eine Gasvergiftung. Gestern früh um 4 Uhr wurde die Feuerwehrt nach der Didenburger Straße 8 gerufen. Dort waren von der Ehefrau des Drofbleisführers Brandt zwei junge Wfstermieten in ihrem Zimmer bewußtlos aufgefunden worden. Die Samariter der Feuerwehrt stifteten beiden Sauerstoff ein und stellten Wiederbelebungversuche an, die von Erfolg waren. Die beiden jungen Leute sollen spät abends nach Hause gekommen sein und den Hahn eines Gasautomaten nicht verschlossen haben. Zum Glück für die jungen Leute bemerkte die Frau Brandt die Lebensgefahr und sorgte für schnelle Hilfe.

**Schwere Verkehrsunfälle.** Durch ein schon gekennntes Pferd sind gestern nachmittags zwei Personen schwer und eine leichter verletzt worden. In der Brückenallee fuhr der Sohn des Pferdehändlers Hermentau ein Pferd ein, das plötzlich scheute und davonraschte. Durch das Schleudern des Wagens wurde der junge Hermentau vom Wagen geworfen, wobei er leichtere Verletzungen davontrug. An der Ecke der Altonaer Straße überkam das Pferd die einen Handwagen schiebenden Arbeiter Karl Mehe und Rheinländer, die hierbei schwerere Verletzungen erlitten und mittels Crochle nach dem Krankenhause Moabit transportiert werden mußten.

Auf dem Rosenfest des Verbandes der Sattler und Portefeuliker am Sonnabend, den 11. März, ist ein Portemonaie mit 86 M. Inhalt verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird ersucht, dasselbe im Verbandsbureau, Engelafer 15, Zimmer 37, abzugeben.

Verband der Sattler und Portefeuliker Deutschlands.  
Ortsverwaltung Berlin.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in der Monats Sitzung mit der Weiterberatung des Etats. Bei dem Straßeneinigungs- und Marktetat ersuchte Genosse Bernstein, den Arbeitern der Straßenreinigung eine bessere Kleidung zu liefern und die Schilder von den Säulen zu entfernen.

Der Magistrat hat eine Unterkommission eingesetzt, die die Grundzüge und Löhne eingehend prüft und Anstimmigkeiten besetztigt, so daß zum April eine Vorlage erscheinen wird, in der alle diese Anregungen mit berücksichtigt werden. Fremden erregte es, daß bei der diesmaligen Etatsdebatte, mit Ausnahme der sozialdemokratischen Fraktion, auch nicht eine der anderen Fraktionen für die städtischen Arbeiter etwas übrig hatten. Wenn allerdings die Auffassung vertreten wird, die auch bei den Linken liberalen zum Ausdruck kam, daß die Tätigkeit der städtischen Arbeiter im Spazierengehen besteht, wofür der doppelte Lohn gezahlt werden muß, dann erregt dieses Ausscheiden der stärksten Fraktion in Arbeiterfragen keinerlei Verwunderung.

Bei dem Etat der Fortbildungsschule teilte der Referent Genosse Bernstein mit, daß die Schülerzahl 1100 beträgt, die in insgesamt 63 Klassen unterrichtet werden. Eine Fortbildungsschule für Mädchen wird am 1. April eröffnet. Die Ausdehnung des Schulbesuchs auf ungelernete Arbeiter steht bevor; der gesamte Unterricht wird der Leitung des Direktors Dreiß unterstellt, dessen Gehalt dem der Leiter anderer Fortbildungsschulen in Groß-Berlin gleichgestellt wurde. Das Endgehalt beträgt nunmehr 8000 M.

Der Etat der Hochbauverwaltung wurde ohne Debatte angenommen. An die Tiefbauverwaltung wurde die Anfrage gerichtet, wie weit die Vermessungsarbeiten im Südgelände gediehen seien und ob das Gutachten über den Bericht des Vermessungsinspektors Söhns bereits vorliegt. Leichter mußte verneint werden, da der prüfende Sachverständige erkrankt ist. Dagegen würden die Vermessungsarbeiten weiter betrieben. Der bereits gefasste Beschluß der Stadtverordneten, wonach ein besonderes Bureau eingerichtet werden soll, zu dem die Mittel bewilligt wurden, ist bisher vom Magistrat nicht befolgt worden.

Bei der Kanal- und Kanalarverwaltung hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Anträge eingebracht:

1. Der Magistrat wird ersucht, für die im Pumpwerk der Kanalisation beschäftigten Arbeiter die Achtstundenschicht einzuführen.

2. Den Tagelohn der im Sandfang der Pumpstation beschäftigten Arbeiter um eine Mark zu erhöhen.

Genosse Bernstein hält es für notwendig, daß den Arbeitern, die im Sandfang beschäftigt sind und im größten Schmutz und Gestank zu arbeiten haben, unbedingt eine kürzere Arbeitszeit gewährt und im Verdienst mindestens mit den Desinfektionsarbeitern gleichgestellt werden müssen. — Wamberg (Lib. Frakt.) betont, daß dieser Antrag dem Etatausschuß nicht vorgelegen habe, weshalb die liberale Fraktion dagegen stimmen werde. — Um die Anträge durch die eigentümliche Haltung dieser Fraktion nicht zu Fall zu bringen, wurde einstimmig beschloffen, dieselben dem Etatausschuß zu überweisen.

Die Etats des Feuerlöschwesens und der Untergrundbahn wurden ohne Debatte angenommen, während der Steueretat an den Ausschuß zurückverwiesen wurde. Angenommen wurden die Gebührenordnung der beiden Friedhöfe. Ein hierzu eingebrachter Antrag: „Der Beschluß, daß die Höhe der Denkmäler eine gleichmäßige sein soll, ist aufzuheben“, wurde dem Magistrat überwiesen. Bei Beratung der Petitionen beantragte die Militärämter die Anrechnung eines Teiles der Militärdienstzeit auf das Befoldungsdienstalter.

Starke (Lib. Frakt.) meinte, wenn die Beamten den Absichten, ihre Petition zu schädigen, so sei es ihnen durch die Einreichung einer weiteren Bittschrift durch deren Ton und Inhalt vollständig gelungen. Nach der letzten Gehaltsregulierung hätte man geglaubt, es wäre eine Verabstimmung eingetreten; das scheint indes nicht der Fall zu sein. Es gibt eben Beamte, die nie zufriedener sind. — Beschlossen wurde, den Magistrat zu ersuchen, sich jeweils Anrechnung eines Teiles der Militärdienstzeit auf das Befoldungsdienstalter der aus dem Militärstande hervorgegangenen Bureau- und Unterbeamten mit den Stadtgemeinden Groß-Berlins ins Einvernehmen zu setzen. — Genosse Kuter betonte, daß den Petenten mit diesem Beschluß wenig gedient wäre. Es sei denselben vom Personalbezogenen eine Regelung zugesagt worden; man solle daher auch eine Vorlage bringen. — Von einer Zusage wollte der Kammerer Machowicz nichts wissen; er meinte, es seien nicht immer die tüchtigsten, die vom Militär kommen. Damit wurde die Petition angenommen.

Ferner wurde ersucht, Mittel für Theateraufführungen bereitzustellen. — Genosse Hoffmann wünschte, daß mit dem Verein für Volksaufführungen in Verbindung zu treten sei, um sich an dessen Vorstellungen zu beteiligen. Dies wurde dem Magistrat zur Ermäßigung überwiesen.

### Voglhagen-Nummelsburg.

Eine Liebesdrangalie hat sich am Montag nachmittags gegen 5 Uhr in der Gabriel-Magstraße 15 b abgespielt. Die bei dem Tischler Alig wohnende 37-jährige Witwe Bertha Römer, geb. Kallmire, hatte seit etwa einem Jahre ein Liebesverhältnis mit dem einige Jahre jüngeren Buchhalter Alfred Richter, Korneliusstr. 17 bei seiner Mutter wohnhaft, unterhalten. Zwischen dem Paar waren in letzter Zeit wiederholt Streitigkeiten vorgekommen, die darauf zurückzuführen sind, daß die Witwe Römer Grund zur Eifersucht auf den jüngeren Mann zu haben glaubte. Am vorgestrigen Nachmittag besuchte R. seine Geliebte und es kam wiederum zu einem Wortstreit, den die Frau jedoch gütlich beilegte. Sie lud ihn dann ein, am Essen teilzunehmen und begab sich selbst in die Küche, um das Mahl zu bereiten. Beide setzten sich dann zu Tisch, doch legte der Buchhalter schon nach dem ersten Bissen Messer und Gabel nieder mit dem Bemerkten, daß ihm das Fleisch sonderbar schmecke. Die Römer erwiderte jedoch, daß sie keinen auffälligen Geschmack an dem Fleisch wahrnehmen könne und ah weiter. Bei dem Buchhalter stellten sich jedoch schon nach einigen Minuten so beständige Symptome von Uebelkeit ein, daß er, nicht Gutes ahnend, sich nach der Anstalt in der Vorhauer Straße begab, wo der Arzt leichte Vergiftungserscheinungen feststellte und dem Patienten gleich ein geeignetes Gegenmittel einflößte. Richter erhob sich denn auch nach kurzer Zeit und teilte nur der Diätarberger Polizei seinen Verdacht mit, daß er offenbar vergiftet worden sei. Die Verdächtige erschien daraufhin in der Wohnung der R. und fand diese in schwerem Zustand im Bett liegend vor. Sie gab ohne weiteres an, daß sie gemeinschaftlich mit ihrem Bräutigam

habe sterben wollen und daß sie an das Fleisch Hanksal getan habe. Die R. wurde als Polizeigefangene nach der Charité übergeführt.

### Köpenick.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst über die Besoldungsordnung für die Lehrkräfte der Mädchen-Mittelschule verhandelt. Danach soll das Grundgehalt betragen bei Rektoren 3000 M., Mittelschullehrern 2000 M., Elementarlehrern 1800 M., wissenschaftlichen Lehrerinnen 1400 M., technischen Lehrerinnen 1100 M., bei nicht festangestellten wissenschaftlichen Lehrerinnen 1100 M. und technischen 880 M. An Nichtentschädigung sollen erhalten: Rektoren 600 M., verheiratete Lehrer 520 M., die untergeordneten und die Lehrerinnen 300 M. Die Gehaltskala für die höhere Mädchenschule beträgt für Rektoren Grundgehalt 4500 M., 4 Alterszulagen von 600 M., eine pensionsfähige Zulage von 400 M. und 1200 M. Nichtentschädigung; für Oberlehrer 2700 M., 3 Alterszulagen von 700 M. und 4 von 600 M., Nichtentschädigung 800 M.; für Oberlehrerinnen 2000 M. Grundgehalt, 4 Alterszulagen zu 400 M., 2 zu 300 M. und 620 M. Nichtentschädigung, für Zeichenlehrer an höheren Schulen oder Mittelschullehrer 2100 M. Grundgehalt, 5 Alterszulagen zu 300 M., 2 zu 250 M., 1 zu 150 M. und 520 M. Wohnungsgeld. Lehrerinnen: Grundgehalt 1650 M., Wohnungsgeld 300 M., technische Lehrerinnen 1250 Grundgehalt, Alterszulagen von 120 und 150 M. und 800 M. Wohnungsgeld. Die Anträge des Besoldungsausschusses wurden angenommen. Ein Antrag Jakob, dem israelitischen Religionslehrer für den Unterricht in den Schulen auch 200 M. Entschädigung zu gewähren, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen, welche sich prinzipiell gegen Vergütigungen von Steuergeldern für Religionszwecke erklärten, dem Magistrat überwiesen. Der hierauf zur Beratung stehende Hauptetat balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 1.858.788,70 M. Vom Staatszuschuß legen noch folgende Abänderungsvorschläge vor: den Staatszuschuß von 10.000 M. in den Etat der Gemeindeschulen, welcher dadurch in Einnahme und Ausgabe auf 378.550,49 M. gestärkt wird, einzuführen. Dergleichen soll die Gewerbesteuer in den Klassen III und IV 170 Proz. betragen, der Magistrat hatte 185 und 170 Proz. vorgelesen. Weiter soll auf Antrag unserer Genossen im Etatausschuß dem sich der Gesamtausschuß angeschlossen hatte, der Magistrat ersucht werden, die Zahl der Schulkinder festsetzen zu lassen, welche ohne warmes Frühstück zur Schule kommen. Auch sollen die Desinfektionskosten in Zukunft von der Stadt gezahlt werden. Nach unweisenlicher Debatte wurde der Etat mit den Anträgen des Ausschusses angenommen. Dem in voriger Sitzung zurückgestellten Votumverträge für die Vadeanstalt in der Gartenstraße wurde, nachdem der Magistrat über den Gesundheitszustand des Wärders Auskunft gegeben, die Zustimmung erteilt. Der Vertrag gilt bis 1913, die Pachtsumme beträgt pro Jahr 100 M. (vormals 310 M.). Dem Antrage der Wirtschaftskommission auf Bewilligung von 15.000 M. zur Herstellung einer Freileitungsanlage nach der Kolonie Wendenschloß, wurde gleichfalls zugestimmt. Als letzter Punkt der öffentlichen Sitzung stand auf der Tagesordnung der Antrag unserer Genossen auf Einführung einer kommunalen Arbeitslosenunterstützung. Hierbei zeigte es sich wieder so recht, wie Geistes Kinder unsere Stadtväter sind. Es befanden sich darunter auch einige sogenannte Liberale und Mitglieder der Demokratischen Vereinigung. Von Herrn Jakob, der der Demokratischen Vereinigung angehört, ging der Antrag ein, den letzten Punkt in die geheime Sitzung zu verlagern; begründet wurde diese Verlagerung damit, daß man in der geheimen Sitzung wenigstens alles sagen könne. Trotzdem unsere Genossen ein solches Gebahren deutlich kennzeichneten und davor warnten, Köpenick nach außen nicht noch mehr der Rücksichtslosigkeit und der Lächerlichkeit preiszugeben, wurde mit allen gegen die Stimmen unserer Genossen die geheime Beratung beschloffen. In derselben wurde dann der Antrag unserer Genossen fast ohne Debatte niedergestimmt. Die arbeitende Bevölkerung Köpenicks möge sich diese Arbeiterfreundschaft der hiesigen Vertreter merken und bei kommenden Wahlen danach handeln.

### Abtershof.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung die Anstellung eines eigenen Gemeindefinanzinspektors. Die Kosten der Ausbildung betragen 90 M. und die Anschaffung eines Desinfektionsapparates kostet 210 M. Zum Punkt „Regelung des Anschlagwesens“ lag ein neuer Antrag vor. Nachdem in einer der vorhergehenden Sitzungen der Antrag unserer Genossen, das Anschlagwesen nach wie vor in eigener Regie zu behalten, abgelehnt wurde, stellten sie zu einzelnen Bestimmungen Verbesserungsvorschläge, welche eine Verwertung des Anschlagwesens und eine Genur über den Text der Anschläge durch den Privatunternehmer unmöglich machen sollten. Diese Anträge hatten im neuen Vertrage Aufnahme gefunden, derselbe wurde daraufhin angenommen. Der Ertrag der Einnahmen aus der Verpachtung des Anschlagwesens steigt von 100 M. im Jahre 1911 bis auf 1800 M. im Jahre 1920, während die Gemeinde rund 196 M. Reineinnahmen pro Jahr erzielt. Die Vertretung erklärte sich ferner mit dem Antrage des Bürgermeisters zur Hebernahme von Kreischauffeuren einverstanden. Die vom Kreis gestellten Bedingungen lauten jetzt etwas günstiger wie früher. Der Kreis will jetzt 30 M. pro laufenden Meter zu den Straßenpflasterungskosten beisteuern, während er früher nur 20 M. bewilligen wollte. Außerdem ist gestattet worden, die in Frage kommende Strecke zunächst nur bis zur Hälfte zu pflastern. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 120.000 M., der Judschuß des Kreises auf rund 48.000 M. Unter Verzichtnahme teilt der Bürgermeister mit, daß er eine Petition abgefaßt habe, welche ersucht, die Ortsteile von Berlin auf Abtershof auszuheben. Darauf wurde ein Schreiben verlesen, in dem mitgeteilt wird, daß die Beschwerde unserer Genossen Hildebrand und Petric gegen den Bezirksausschuß wegen ihrer Nichtbestätigung als Schöffen abgelehnt worden sei. Dr. Salting, einer der Bürgerlichen der 2. Abteilung, bezeichnete diese Beschwerde als platonisch. Er hätte uns vorher mitteilen können, daß unser Vorgehen keinen Erfolg haben werde. Wie lag der Herr Doktor doch ist! Sollte er seine Weisheit etwa aus der Tatsache schöpfen, daß von seinen vielen Beschwerden wegen der Kleinlichkeiten, lächerlichsten Dinge bisher keine von Erfolg gekrönt war?

Die nächste Sitzung am Donnerstag, den 16. März, abends 6 1/2 Uhr, wird sich u. a. mit der Abänderung des Normalbesoldungsplanes für die Beamten der Gemeinde und der Beratung einzelner Teile des Etats beschäftigen.

### Tegel.

Mit der Etatberatung und den zu erhebenden Steuererträgen wird sich die heute nachmittags 5 Uhr, im Gemeindehause, Weitzstr. 2, stattfindende Gemeindevertreterversammlung beschäftigen.

### Wilhelmsruh-Rosenthal.

Die großen Projekte der Gemeinde, von denen die Durchführung des Kaiserweges 220.000 M., die Straßenbahn 200.000 M. kosten sollen, erfordern große Mittel; aus diesem Grunde wurde in der letzten Gemeindevertreterversammlung die Erhöhung der Grundwertsteuer für unbedante Grundstücke auf 4,6 Proz. beschloffen. In der Debatte glaubte Herr Lyner als früherer Vorsitzender des Haus- und Grundbesitzervereins sich bei seinen früheren Freunden dadurch in angenehme Erinnerung bringen zu müssen, indem er denselben Vorschlag auch für bedante Grundstücke forderte. Außerdem schlug er vor, den Zuschlag zur Einkommensteuer von 183 1/2 Proz. auf 150 Proz. zu erhöhen. Der Vorschlag trat dem entgegen; er betonte, daß, da Beamte kaum noch unserem Ort ziehen dürften und daher nur Arbeiter als Steuerzahler in Frage kämen, man diese nicht durch einen zu hohen Steuerfuß von der Ort fernhalten solle. Genosse Hahnd trat für eine Erhöhung der Grundwertsteuer auf 5,2 Proz. ein, drang aber mit keinem Antrage nicht durch. Die Straßenlaternen sollen im neuen Etatsjahre mit Selbstgländern versehen werden. Es tritt in der Verwaltung dadurch eine Verschlechterung infolge ein, als die Laternen um 11 Uhr ausgelöscht werden sollen; man will versuchen, diesem Uebelstand durch vermehrte

Ausstellung von Nachlaternen abzuhelfen. Die Einführung einer Arbeitslosenversicherung wurde verlagert, um Unterlagen von anderen Gemeinden einzuholen. Nach Ansicht des Polizeiergeanten Schab hat die Armenkommission nicht ihre Schuldigkeit getan, indem sie an Nichtbedürftige Unterstützung gezahlt haben soll. In einem Falle hatte eine Frau, die von ihrem Wochenverdienst von etwa 14,50 M. drei Kinder zu ernähren hat, einen Nichtzuschuß erhalten, und diese Frau soll nach Ansicht dieses Herrn eine Nichtbedürftige sein! Gibt es denn in Wilhelmsruh wirklich für einen Polizeierbeamten nichts Wichtigeres zu tun, als solche Ermittlungen anzustellen. Von den Leuten, die seinerzeit verschiedentlich Fühlerdiebstähle ausführten, ist bis heute noch niemand ermittelt. Es kam über diesen Punkt in der Gemeindevertretung zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Vorsteher und den Gemeindevetretern. Herr Walter legte sein Amt in der Armenkommission nieder, an seine Stelle wurde unser Genosse Hahnd gewählt. Nach einigen Mitteilungen folgte ge heimtliche Sitzung.

### Nowawes.

Auch eine „Wahl“. Zu der Wahl von drei Gemeindeverordneten der 1. Abteilung waren 11 Wähler erschienen, die 83 gültige Stimmen abgaben. Gewählt wurden mit 11 bzw. 6 Stimmen die Fabrikbesitzer Hr. Kunder und J. Kuh zur Ergänzung auf 6 Jahre, während zwischen den beiden anderen Kandidaten, den Fabrikbesitzern J. Junt und H. Berg, sich eine Stichwahl notwendig macht. Eine treffendere Illustration der Unsinntigkeit des gegenwärtigen kommunalen Wahlrechts ist wohl nicht möglich. Die 5113 in der 8. Abteilung abgegebenen Stimmen werden hier durch die 33 Stimmen, d. h. durch das Gewicht einiger Geldsäcke, aufgewogen.

### Jugendveranstaltungen.

Beisenfsee. Am Sonntag, den 12. März, veranstaltete der hiesige Jugendausschuß im Restaurant „Wendischhof“, Barstr. 13, eine Frühlingsfeier unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Männerchor Beisenfsee“ sowie des Jäger- und Wandolinentrubs „Beisenfsee“. Konzert, Gesang, Regitation wechselten einander ab. Zum Schluß: Großer Ball.

## Aus aller Welt.

### Die Pest.

Das Nachlassen der Pestepidemie in der Mandchurei ist außer in Rußland überall andauernd. In Chardin wurde am Montag ein an der Pest gestorbenes Chineser auf der Straße aufgefunden; in den Hospitälern waren an dem genannten Tage keine Todesfälle von Pestkranken zu verzeichnen. Entgegen den Zeitungsberichten, die in der Nähe verpesteter Häuser sich aufhaltenden Krähen seien die Verbreiter der Pest, hat die bakteriologische Untersuchung toter Krähen ergeben, daß Pestbakterien nicht vorhanden waren.

Nach einer Meldung der Wiener „Neuen Freien Presse“ aus Semberg hat der dortige Magistrat zur Verhütung der Einschleppung der Pest die Chefs der städtischen Sanitätsdepartements nach Odessa entsandt, damit sie sich über den Ursprung der dortigen Pestepidemie informieren und die von den russischen Behörden in Odessa getroffenen prophylaktischen Maßnahmen kennen lernen.

### Von Eingeborenen ermordet.

Eine Meldung aus dem Kongo berichtet über den tragischen Tod des Arztes Dr. Goessens, der auf einer Inspektionsreise im oberen Luapulagebiet von Eingeborenen in der Nähe von Kambove ermordet worden ist. Der Ueberfall wird auf die Unzufriedenheit zurückgeführt, die wegen der Verlegung von Ortskapuzen und der Zerstörung von Booten, welche zu sanitären Maßnahmen gegen die Schlafkrankheit bestimmt sind, sehr aufgeregt sind. Der Arzt hatte seine Mission ausgeführt, ohne sich von einer Eskorte begleiten zu lassen. Er war nur von dem Stationschef, Leutnant Graubel, begleitet.

### Kleine Notizen.

Biermal zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Halberstadt verurteilte am Dienstag nach zweitägiger Verhandlung den Invaliden August Weder aus Jissenburg wegen vierfachen Mordes viermal zum Tode. Sämtliche Schuldsfragen wurden bejaht. Der Angeklagte nahm das Urteil mit stummfinniger Ruhe auf.

Liebesdrama in einem Wiener Hotel. Ein etwa 35-jähriger Mann und eine etwa 50-jährige Frau, die sich Ingenieur Otto Schubert und Frau aus Bitterfeld nannten, haben sich in einem Wiener Hotel, wo sie seit acht Tagen wohnten, durch Revolver-schüsse getötet.

### Briefkasten der Redaktion.

— Ernst. 1. Nur dann, wenn ein Jahreskommen von mehr als 900 M. vorliegt. Sie können bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission Ermäßigung des Ertrag beantragen. 2. Wenn Vorjahr oder große Jahressumme über ein bestimmtes Maß hinauswachsen, dann ist der Anteil über ein bestimmtes Maß von 500 M. in das Amtsgericht zu zahlen. Beschaffen Sie sich ein Urteilszeugnis. 3. Ja. — J. J. a. D. Stadtratswahl. Rathaus, Zimmer 21, bei Frau Ida Salomonowitz, Joachimsthaler Straße 11 (Berliner Vorstadt). — F. D. 65. Wiesen. Mit dem schriftlichen Vertrag vor, in dem eine Abänderung des Verleihen ist, so können Sie zum Schluß jedes Kalenderjahres kündigen, und zwar muß die Kündigung spätestens am dritten Tage des Vierteljahres, in dem das Mietverhältnis sein Ende erreichen soll, erfolgt sein. — G. 29. Stah. II. und III. Bataillon in Inhabung. — H. H. 80. Ja. — C. P. 55. Das ist erlaubt. — 20. M. 5500. Sie haben recht.

### Witterungsüberblick vom 11. März 1911.

Ort	Barometer (mm)	Wind	Wolke	Temperatur (C)	Staub	Barometer (mm)	Wind	Wolke	Temperatur (C)	Staub
Berlin	766	SW	6	5	0	766	SW	6	5	0
Hamburg	740	SW	4	bedeckt	3	740	SW	4	bedeckt	3
Dresden	747	SW	2	bedeckt	4	747	SW	2	bedeckt	4
Frankfurt	749	SW	3	wollig	9	749	SW	3	wollig	9
München	754	SW	4	wollig	0	754	SW	4	wollig	0
Wien	753	SW	3	fliegend	3	753	SW	3	fliegend	3

Wetterprognose für Mittwoch, den 15. März 1911.

Ein wenig kühl und windig, vielfach wollig, aber veränderlich mit geringen Niederschlägen.

### Berlin Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Ort	am 12. 3.	am 11. 3.	Ort	am 12. 3.	am 11. 3.
Remel, Tilsit	452 <sup>1)</sup>	-13	Saale, Großk.	192	-10
Regel, Ankerburg	—	—	Saale, Spandau	183	+1
Reichel, Tborn	402 <sup>2)</sup>	-10	Saale, Rathenow	175	+1
Oder, Rathbr.	214	-6	Elbe, Spremberg	144	-8
Oder, Krosen	327	-2	Elbe, Desslow	223	+1
Oder, Frankfurt	327	-2	Elbe, Minden	85	-9
Elbe, Scharm.	302	-1	Elbe, Minden	148	-10
Elbe, Lamsberg	317	-1	Elbe, Magdeburg	388	-6
Elbe, Borsdamm	151	-2	Elbe, Raab	254	-19
Elbe, Wittmeritz	113	-11	Elbe, Raab	307	-20
Elbe, Tredben	8	-11	Elbe, Raab	125	-2
Elbe, Barby	260	-17	Elbe, Raab	—	—
Elbe, Magdeburg	300	-15	Elbe, Raab	100	-4

1) + bedeutet Hoch, — Fall, — \*) Unterzahl, — \*) über.

**Dr. Thompson's Seifenpulver**  
 DE THOMPSON'S SCHUTZ-MARKE  
 Arbeit, Zeit, Geld.  
 Überall zu haben.

Der Verkauf unserer  
**Abonnementsgarderobe**  
 befindet sich  
 Chausseestr. 1 Eingang Elsassstraße.  
 Anzüge und Paletots von 8 Mark an.  
**J. Stock & Co.**  
 Größtes Abonnementshaus feiner Moden Berlins.

Möbel, Spiegel **Julius Krause** Kastanien-Allee  
 u. Polsterwaren Nr. 40  
 Kompl. Wohnungseinrichtungen zu anerkannt soliden Preisen.  
 Teilzahlung gestattet.  
**Automobil-Fachschule.**  
 Gebr. Windhoff, Motoren- und Fahrzeugfabrik, Rheino L. W.  
 Gründliche Ausbildung für Automobilführer. — Reichhaltiges  
 Lehrmaterial. — Moderne Übungs-Automobile. — Vertrag-  
 liche Garantie für Anstellung. — Prospekt B. 28 gratis u. franko.

**Zähne 2 M.** 10 Jahre Garant. Teilz. wöchentl. 1 M. Plomben  
 1,50 M. Fast vollk. schmerzlos. Zahnziehen. Um-  
 arbeitung schlecht sitzender Gebisse. Reparaturen sofort.  
**Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55.** (Hochbahnst. Bülowstr.) 8-7.

**Theater und Vergnügungen**

**Mittwoch, 15. März.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Königl. Opernhaus. Lothengrün.  
 (Anfang 7 Uhr.)  
 Königl. Schauspielhaus. Der  
 Familienstag.  
 Theater d. Faust 2. Teil. (Anfang  
 4 Uhr.)  
 Anfang 8 Uhr.  
 Kammerstücke. Oggeß und sein  
 Ring.  
 Neues Königl. Oper-Theater.  
 Amos Dagumal.  
 Sessing. Die Ratten.  
 Neues Schauspielhaus. Al-Heldel-  
 berg.  
 Anfang 8 1/2 Uhr: Was dem, der  
 liegt.  
 Komische Oper. Der Troubadour.  
 Kleines. Der Leiharbeiter.  
 Neues Operetten. Die schone  
 Riffelle.  
 Verführer. Sammelstudien.  
 Anfang 8 1/2 Uhr: Nathan der Weise.  
 Weiken. Die lustigen Nibelungen.  
 Neues. Mein erlauchter Ahnherr.  
 Trianon. Doppeltes Abenteuer.  
 Residenz. Pariser Menu.  
 Walhalla. Polnische Wirtshaus.  
 Schiller u. Gabel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
 Das Urbild des Tartuff.  
 Schiller. Charlottenburg. Maria  
 und Magdalena.  
 Friedrich-Wilhelmstädtisches.  
 Die Erbtante.  
 Volkoper. Der Trompeter von  
 Säckingen. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
 Lustspielhaus. Kewer.  
 Lutien. Aus erster Ehe.  
 Modernes. Der Feldherrnhügel.  
 Meier. Leutnant der Reserve.  
 Herrfeld. Eine verlorene Nacht  
 Er, Sie und Er.  
 Follies Caprice. Der Feldwebel-  
 hügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
 Weisheit. Quax — Die leben  
 noch!  
 Kasino. Julie Wippchen.  
 Apollo. Spezialitäten.  
 Passage. Spezialitäten.  
 Folgt. Mein Herzensfrüh.  
 Road. Aimerausch und Edelweiß.  
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
 Reichshallen. Stettiner Sönger.  
 Karl Haverland. Spezialitäten.  
 Wintergarten. Spezialitäten.  
 Walhalla. Ständ! Decapoi! (An-  
 fang 8 1/2 Uhr.)  
 Jutimes. Das Mädchen aus Paris.  
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
 Wedding. Hochzeiten.  
 Kaiser-Panorama. Reise in der  
 französischen Riviera, Norditalien —  
 eine Tour über den Fernpaß nach  
 Jank.

**Urania.**  
 Wissenschaftliches Theater  
 Teubensstraße 48/49.  
 Abends 8 Uhr:  
 Im Fingerring des Ober-Engadin.  
 Hörsaal 8 Uhr:  
 Dr. Wilhelm Bernds: Das Tier in  
 seiner Stellung zur übrigen Orga-  
 nismenwelt.

**Kaiser-Panorama.**  
 Reise in der franz. Riviera  
 Norditalien — eine Tour über  
 den Fernpaß nach Jank. —  
 Eine Reise 20 St. Kinder 10 Pf.  
 Abonnements 1 M., Tauf. Abomment.

**Residenz-Theater.**  
 Direktion: Richard Alexander.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Pariser Menu.**  
 1. Gang: „30 Meter über Paris“,  
 1 Akt von Weber-Abrie.  
 2. Gang: „Eine Nachtigung“, 1 Akt  
 von Georges Feydeau.  
 3. Gang: „Nach dem Wänschen-  
 ball“, 1 Akt von Georges Feydeau.  
 Donnerstag, 16. März, 8. ersien-  
 mal: Fernand's Ehekontrakt.  
 Sonntag, 19. März, nachm. 8 Uhr:  
 Der Schlafwagenkontrolleur.

**Schiller-Theater.**  
 Schiller-Theater O. (Böllner-Theat.)  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
 Das Urbild des Tartuff.  
 Lustspiel in 5 Aufzügen in 2. Aufzügen.  
 Ende 10 1/2 Uhr.  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
 Nathan der Weise.  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
 Zum erstenmal: Gabrielle d. Fischer.

Schiller-Theater Charlottenburg.  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
 Maria und Magdalena.  
 Schauspiel in 4 Akten v. Paul Lindau.  
 Ende 10 1/2 Uhr.  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
 Ein idealer Gatte.  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
 Kabale und Liebe.

**„CLOU“**  
 BERLINER KONZERTHAUS  
 Mauerstr. 22. Zimmerstr. 90-91  
 Heute: Gastspiel  
 des K. K. Hofball-Musik-Direktors  
**C. M. Ziehrer**  
 mit seinem aus 65 Wiener Künstlern  
 bestehenden Orchester.  
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

**Schwarzer Adler** Lichten-  
 Richard Arnhold. Frank. Chaussee 5  
 Jeden Sonntag: Großer Ball.  
 Jeden Mittwoch: Leipziger Sänger.  
 Nachher: Tanzkränzchen.

**Excelsior-Lichtspielhaus**  
 Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage  
 Richardstraße)  
**Arizath, die Priesterin der Tanit.**  
 Tontollia Autofahrt. — Der alte Schauspieler. Drama. —  
 Die Bibel als Taltman. — Eine Begebenheit aus den  
 Kolonialkriegen. — Max hat eine Braut gefunden usw. usw.

**Brauerei Friedrichshain**  
 Am Königstor  
 Größter Konzertsaal Berlins  
 Heute,  
 Mittwoch: Walzerabend von  
**Johann Strauß Wien**  
 mit seiner vollständigen Kapelle.  
 Preisgekrönte Walzer der „Woche“.  
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Reserv. Platz 75 Pf.

**Apollo Theater**  
 Das neue Kolloid-Programm!  
 10 Weltstadt-Attraktionen.  
 Abends 8 1/2 Uhr:  
 Berlin's Sensation!  
**Alwin Neuß**  
 Tony Tetzlaff  
 in Begleit: — Hüte Dich!  
 Sensationsstück in 1 Akt.

**Passage-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Hedi Herdina.**  
 Loi-Hoi-Tschen  
 Chinesentruppe  
 und das große neue März-  
 Programm.  
 14 Varieté-Neuheiten.

**Walhalla-Theater.**  
 (Königst. Tor.) Weinbergstr. 29  
 Abends 8 1/2 Uhr:  
**Bravo! Da Capo!**  
 Eine Kammerspiele-Revue.  
 Sonntagnachm. 8 1/2 Uhr:  
 Unsere Don Juans.  
 Kleine Preise.

**Königstadt-Kasino.**  
 Goltzmannstr. 72.  
 Ganzlich neues Programm.  
 Elsa Lüschen, Soubrette. Ernst  
 Kleinsart, Humorist. Claire u. Mariha  
 Sudzinska. Altona Agalio Gebr.  
 Brunner, Sport-Akrobaten.  
 Franz Sobanski.  
 Am Meer. Lebensbild von Dofar Odo.

**Bosporus am Moritzplatz**  
 Heute.  
 Das große  
 Spezialitäten-  
 Programm.  
 Anfang 6 Uhr.  
 Kasseneröffnung 4 Uhr.  
 Von 11-3 Uhr:  
**TANZ.**

**Zirkus A. Schumann.**  
 Mittwoch, den 15. März 1911,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**Original-Perazoff-Truppe.**  
 „Ein Souper bei Maxim.“  
 „Abdachen zu Pferde“,  
 get. von Hrl. Dora Schumann  
 und Herrn Karl Sch.  
**Antoniet & Grock**  
 die Urfamilien.  
 Dr. H. Schumann  
 mit seinen neuesten Kreationen  
 sowie die übrigen Spezialitäten.  
 8 1/2 Uhr:  
 Die mit großem Beifall aufge-  
 nommenen Ausstattungsphantom.  
**Der große Coup**  
 der  
**Schmuggler.**

**Zirkus Busch.**  
 Mittwoch, 15. März, abds 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Gala-Vorstellung.**  
 Nordini  
 wird die am 11. März er. im  
 Architektenhaus v. zahlreich.  
 Vertretern der Wissenschaft  
 und Presse gezeigten bisher  
 nie vorgeführten Muskel- und  
 Atemexperimente im Zirkus  
 Busch wiederholen. (9 Minuten  
 unter der Erde begraben.)  
 Herr Ernst Schumann, Freiheits-  
 dressuren. Franz Steidler.  
 Um 9 1/2 Uhr zum 85. Male:  
**„Armin.“**

**Volgt-Theater**  
 Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
 Mittwoch, den 15. März 1911:  
**Mein Herzensfrüh.**  
 Volksoperette in 4 Akten von B.  
 Konstantin und G. Willen.  
 Kassenöffnung 7, Anfang 8 Uhr.

**City**  
 Theater  
 Vornehme Lichtbild-Revue  
**Hackescher Markt 2-3**  
 Heute neues Programm, unter  
 anderem: **Die Pest.**  
 Anfang 8 Uhr, Sonntag 5 Uhr.  
 30, 40, 50, 60 Pf. ufo.

**Burgtheater.**  
 Festsäle und Kinematograph  
 vom. Groterjan. (Anf. 8. 9. 3. 9. 3. 3.)  
 Schaubühnen Allee 129. Tel. 3. 9. 3. 3.  
**Lebende Photographien.**  
 Eintritt 20 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.  
 Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 4 Uhr. Vorzugskarten,  
 nur wochentl. gültig. 25 Pf. auf allen  
 Plätzen. Preis wech. Programm.

**Theater Sanssouci**  
 Lichtspiele  
 Eröffnung  
 18. März  
**Kottbuser Straße 6**  
 Hochbahn, Kottbuser Tor.  
 Fassungsvermögen 1500 Personen.

**Folies Caprice.**  
 Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Die abgetretene Frau.**  
 Neuer dauter Teil.  
**Feldwebelhügel.**

**Theater Wedding**  
**Arizath**  
 die Priesterin d. Tanit  
 (dramatisch). In der  
 Titelrolle spielt: Mlle. Gisèle Gravier  
 vom Renaissance-Theater  
 in Paris.  
 Die Kassele steht unter Leitung des  
 Herrn Kapellmeisters Max Neumann  
 aus Wien.

**Germania-Pracht-Säle**  
 Carl Richter.  
 N. Chaussee-Straße 110.  
 Heute  
 Mittwoch,  
**Paul Mantneys**  
 lustige Sönger.  
 mit Ernst Walters u. a. Schöner  
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
 Vorzugskart. gält. Anschl. Freitanz.  
 Jeden Donnerstag:  
**Gr. Bockler-Konzert.**

**Lessing-Theater.**  
 8 Uhr: Die Ratten.  
 Donnerstag 8 Uhr: Glaube und  
 Heimat.

**Berliner Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Bummelstudenten.**  
 Morgen: Sammelstudien.

**Neues Theater.**  
 Täglich:  
**Mein erlauchter Ahnherr.**  
 Anfang 8 Uhr.

**Theater des Westens.**  
 Abends 8 Uhr:  
 Die lustigen Nibelungen.  
 Sonntag 8 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

**Modernes Theater**  
 (früher Hobbeltheater).  
 Abends 8 1/2 Uhr:  
**Der Feldherrnhügel.**

**Berliner Volksoper**  
 Belle-Alliancestraße 7/8. — 7 1/2 Uhr:  
**Der Trompeter v. Säckingen.**

**Herrfeld**  
 Theater  
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.  
**Zwei Schläger:**  
**Eine verlorene Nacht.**  
**Er, Sie und Er**  
 mit Anton und Donat Herrfeld in  
 den Hauptrollen.

**ROSE-THEATER**  
 Große Fasanenstraße 128.  
 Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.  
**Leutnant der Reserve.**  
 Lustspiel in 3 Akten v. Real u. Wolff.  
 Donnerstag, Sonnabend u. Son-  
 tag nachm.: Helotte.  
 Freitag: Leutnant der Reserve.  
 Sonntag: Der Schindler.  
 Sonnabend nachm.: Die 7 Raben.

**WINTERGARTEN**  
 Neues Programm!  
**Olga Desmond**  
**Robert Steidl**  
 und  
 eine  
 Auslese  
 hervorragender  
 Kunstkräfte!  
 Rauchen gestattet.

**Metropol-Theater.**  
**Hurra!**  
**Wir leben noch!**  
 Große Aufführungsvorstellung in 7 Akten  
 v. S. Freund. Musik v. B. Göttsch.  
 In Szene gesetzt von Dir. A. Schupp.  
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Passage-Panoptikum.**  
 Die zusammengewachsenen  
**Schwestern Blazek**  
 und ihr Kind!  
 Zwei Mütter — ein Kind!  
 Lebend zu sehen!  
 Täglich von 11-1 u. von 3-10 Uhr.  
**Ohne Extra-Entree!**  
 Eintritt 50 Pf.  
 Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Sport-Palast**  
 Potsdamer Straße 72.  
 Eintritt 1 Mark. Größter Eispalast der Welt. An Wochentagen  
 Reserv. Plätze 2 Mark. Von 1-4 Uhr Eintritt 50 Pf.  
**Feerie „Eisfest an der Newa“.**  
 Unter Mitwirkung von ca. 200 Eisläuferkünstlern und zwei Künstlerkapellen. Außergewöhnliche luxuriöse Ausstattung  
 und unerreichbare Lichteffekte. Gänzlich elektrische Beleuchtung der Vorstellung.

Unserem lieben Freunde und Genossen  
**Jakob Wiebe**  
 zu seinem heutigen 60. Geburtstags die herzlichsten Glückwünsche.  
 Das hehre Ziel, nach dem wir alle streben,  
 gab stets bisher Dir Mut und Kraft zum Leben,  
 Hilf uns auf diesem Wege weiter ringen,  
 Dann werden bald noch Großes wir vollbringen!  
 Dies wünschen Deine Freunde und Kollegen,  
 Zum März des Jden, und so von wegen!

**Orts-Frankenkasse für das Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter zu Berlin.**

Donnerstag, den 23. März 1911, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engel-Hfer 15:

**General-Versammlung der Vertreter der Kassennmitglieder und der Arbeitgeber.**

Tagesordnung:  
 1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1910 und Bericht der Revisoren.  
 2. Beschlussfassung über den neuen Einstellungs-Betrag unserer Angestellten und Anträge des Vorstandes zu demselben.  
 271/20

Der Vorstand.  
 Haben Sie Stoff?  
 Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadtth. Bldg.)



**Zentralhaus mod. Herrenbekleidung**  
 Neue Friedrichstr. 35 neben Zentral-Markt Halle  
 Befest an jedermann elegante **Herren-Garderoben**  
 nach Maß unter Garantie für tadellosten Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 Mark an. Schneiderei u. Werkstatt im Hause. Auf Wunsch Besuch des Reisenden mit neuesten Stoffmustern.  
 Sonntags geöffnet. 30608

**JOSETTI WALKÜRE**  
 Cigaretten m. Gold.  
 10 Stück 30, 40 u. 50 Pfg.  
 Josetti Walküre Cigaretten sind anerkannt erstklassige Fabrikate und wegen ihrer hervorragenden Qualität allgemein geschätzt.

**Einsegnungs-**



**Osterwein Santa Lucia**

Kraft-Rotwein Fl. 1.50 u. 2.00.  
**Möbel billig**  
 10-20 Proz. teilweise unter Verkaufspreis.  
 Moderne bürgerliche Möbel.  
**Wilhelm Hamann**  
 Berlin N. 58.  
 42 Schönhauser Allee 42  
 Spezial-Einrichtungen 500-800 M.

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Stoffe**  
 für Anzüge, Paletots, Kostüme etc. selbst einkaufen, heißt Geld sparen!  
 Tuchlager Koch & Seeland G.m.b.H.  
 Gertraudenstr. 20-21 vis-a-vis d. Petriskirche.

**Fünfzehn Jahre voll ernster Arbeit**

Zur Befriedigung der Bedürfnisse seiner Kunden, durch anständige Bedienung, ehrlichen Rat, gediegene Waren und angemessene Preise haben Optiker RUHNKE's elf Geschäfte heute zu dem größten optischen Detail-Unternehmen der Welt gemacht. Infolgedessen ist Optiker Ruhnke in der Lage, seinen Kunden und allen, die es werden wollen, bessere Dienste als irgend ein anderes Geschäft zu leisten in bezug auf sorgfältige kostenlose Augenuntersuchung in allen Geschäften oder ärztliche Gläser-Verordnung, ebenfalls kostenfrei, im Geschäft Am Alexanderplatz, Oranienstraße 44, Brunnenstraße 12 und Linkstraße 1, durch gewissenhaften Rat, ob Gläser durchaus nötig oder noch entbehrlich sind und über den zweckdienlichsten Gebrauch der verordneten Gläser. Fachmännische Auskunft bei der Auswahl der rechten Fassung, deutlich lesbare, mäßige, aber feste Preise und weitgehendste Garantie nach dem Grundsatz: **Unzufriedene erhalten ihr Geld zurück!** sind nicht zu unterschätzende Vorteile. Brillen und Kneifer mit Optal-Gläsern von M. 2.50 an.

**Optiker Ruhnke,**  
 Oranien-Str. 44, BERLIN Friedrich-Str. 190.  
 Brunnen-Str. 12, Link-Str. 1, Am Alexanderplatz.  
 Chaussee-Str. 72, Turm-Str. 45, Tauentzien-Str. 19.  
 Karl-Str. 8, Wilmersdorfer Str. 48.  
 Hauptgeschäft u. Versand-Abteilung:  
 Am Spittelmarkt,  
 Ecke Wail-Str.

**Aufgepasst!**  
 Brautleute und solche, die es werden wollen, kaufen am besten ihre **Möbel auf Kredit**  
 In unserem seit über 30 Jahren bestehenden, streng realen Kredithaus Jeder Gegenstand ist mit 1 Kassapreis und 1 Teilzahlungspreis versehen, daher Garantie für billigste Bedienung!

**Wir liefern**

mit Anz. v. 10-15 M. an	m. Anz. v. 20-30 M. an
2 Bettstellen	1 Vertiko
1 Kleiderspind	1 Kleiderspind
1 Tisch, 1 Spiegel	2 Bettstellen
1 Kommode	1 Tisch, 4 Stühle
2 Stühle	1 Sofa, 1 Küche
Wochenrate v. 1 M. an	Wochenrate v. 2 M. an

**Komplette Wohnungseinrichtungen**  
 In allen Preislagen, sowie Ergänzungs-Möbel

**Herren-Anzüge** Anzahlung v. 6 M. an Wochenrate 1 Mark  
**Damen-Garderobe** Anzahlung v. 3 M. an Wochenrate 1 Mark

Gratis! Gratis!  
 entzückende Zugabe

Achten Sie auf das älteste Kredithaus

**Julius Glogau**  
 Im Süden: G. m. b. H. Im Osten:  
 Oranienstr. 145-146 | Gr. Frankfurter str. 137  
 am Moritzplatz, zwischen Prucht- und Köpenstr.

Genossinnen, Genossen, agitiert für den Frauentag am 19. März.

Die Stadtverordneten-Ersatzwahlen,

Die durch den Tod unserer Genossen Emil Voigt und Paul Singer im 11. Wahlbezirk (Stadtbezirk 80-86) und im 13. Wahlbezirk (Stadtbezirk 95-104) nötig geworden sind, finden heute, Mittwoch, 15. März, statt.

Eine Zusammenstellung der Straßen, die zu den beiden Wahlbezirken gehören, ist am Sonntag im „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Sie gibt auch Auskunft darüber, in welchem Wahllokal jeder Wähler zu wählen hat.

Roch einmal richten wir an alle Wahlberechtigten der beiden Wahlbezirke die dringende Mahnung, ihrer Wahlpflicht eingedenk zu sein.

Es gilt, dem Berliner Stadtfreisinn zu zeigen, wie groß in der werktätigen Bevölkerung die Zahl derjenigen ist, die mit seiner Politik unzufrieden sind.

Am Vorabend der Stadtverordneten-Ersatzwahlen

war für die Wähler des 11. Wahlbezirks und des 13. Wahlbezirks noch einmal eine gemeinsame Versammlung veranstaltet worden, die sehr stark besucht war.

die Wähler das letzte Wort

haben, und schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Gerichts-Zeitung.

Wann verfährt die Uebertretung der Anzeigepflicht aus dem Reichsvereinsgesetz?

Zu dieser Frage nahm das Kammergericht gestern in einem Strafverfahren gegen die ehemaligen Vorstandsmitglieder der Freien Jugendorganisation Berlins Stellung.

Wegen die Vorstandsmitglieder Heine und Genossen war ein Strafverfahren wegen Uebertretung der Bestimmungen des Vereinsgesetzes eingeleitet.

reiten. Die Vorstandsmitglieder wurden zu Geldstrafen verurteilt, weil sie Jungendliche in einen politischen Verein aufgenommen hätten.

Wegen der weiteren Beschuldigung der Uebertretung der Anzeigepflicht der Vorstände politischer Vereine wurden die Angeklagten nicht verurteilt, vielmehr das Verfahren wegen Verjährung eingestellt.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, es handele sich um ein Dauerdelikt. Dies Delikt werde also immer wieder neu begangen, bis etwa die gesetzliche Pflicht vom Vorstand nachträglich doch noch erfüllt werde.

Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld als Vertreter der Angeklagten trat dem entgegen und verwies darauf, daß die Annahme eines Dauerdelikts zu ganz unbilligen Konsequenzen führen würde.

Der zweite Strafsenat des Kammergerichts folgte jedoch der Revision des Staatsanwalts, hob die Vorentscheidung auf, soweit das Verfahren eingestellt worden ist.

Begründend wurde ausgeführt: Einseitlich der Annahme, daß es sich um einen politischen Verein handele, enthalte das landgerichtliche Urteil keinen Rechtsirrtum.

Der Rätehändler Eduard Seidenberg stand gestern unter der Anklage der Urkundenfälschung vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I.

Verhaftung eines Zeugen.

Der Rätehändler Eduard Seidenberg stand gestern unter der Anklage der Urkundenfälschung vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I.

Ihr laßt den Armen schuldig werden.

Das Kammergericht Schmutzgericht verhandelte dieser Tage gegen den Postboten Aureis aus Trebnitz wegen Unterschlagung im Amte und unrichtiger Führung der Bücher.

nähernd 3 M. pro Tag. Der Strafe soll für die 2 M., die er sich aneignete, mit 9 Monaten Gefängnis büßen! Dabei hatten ihm die Geschworenen aber noch „mildernde Umstände“ zugebilligt.

Warnung für Goldbetrüger.

Der aus Warschau gebürtige Goldschmied J. Sinfowski war bei seinem in Amsterdam wohnenden Bruder als Juwelenhändler beschäftigt und im verflochtenen Sommer beauftragt, bei einem anderen Verwandten in Mülheim a. d. Ruhr für 1500 M. Juwelen abzuliefern.

Wie ist die Entschädigung für unschuldig verurteilte Strafe zu berechnen?

Dem Reichsgericht lag am Donnerstag die Frage zur Entscheidung vor, ob von dem verlorenen, durch den Fiskus zu ersetzenden Arbeitsverdienst der unschuldig Verurteilten die Beiträge abgezogen sind, die sie in der Freiheit für ihren Unterhalt (vielleicht auch für ihre Vergnügungen) ausgegeben haben würden.

Während seiner Militärdienstzeit ist der Dragoner E. des 3. Babilöcher Dragonerregiments „Friedrich Rort“ wegen Fahnenflucht dreimal mit mehreren Monaten Gefängnis bestraft worden.

Das Landgericht Berlin verurteilte den beklagten Fiskus zur Zahlung von 600 M. Dagegen ist das Kammergericht zu Berlin der Ansicht des Klägers beigetreten und hat dem E. weitere 437 M. zugesprochen.

Das Reichsgericht hat die Revision des Fiskus zurückgewiesen und ausgeführt, daß die Anschauung des Kammergerichts richtig ist.

Amlicher Marktbericht der Adolphsen Marktallien-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft lebendig, Preise unverändert.

Die Bücher für die Leser des „Vorwärts“!

Geheimen Hofrat Joseph Kürschners

Lexikon des Deutschen Rechts

Nachschlagewerk der gesamten Reichsgesetzgebung zum praktischen Gebrauch.

Unter Mitwirkung von Rechtsanwalt und Notar 88Hm, Rechtsanwalt R. Caro, Rechtsanwalt Dr. jur. J. Chomse, Rechtsanwalt Dr. jur. L. Feld, Rechtsanwalt Dr. jur. H. v. Holtzendorff, Rechtsanwalt Dr. jur. F. Seligsohn, Amtsrichter H. Metzsch, Amtsrichter C. Pannier, Referendar H. Cuno, Referendar Herling, Geh. Postrat Dr. jur. M. König, Vieh- und Schlachthofdirektor Dr. E. Schwarz, Bankbeamter G. Obst, Königl. Eisenbahnbeamter R. Rohde, J. L. Algermisson, A. Schrot, bearbeitet von Joseph Kürschner.

Mit einer Sammlung von 533 Formularen, Kontrakten, Klagen, Gesuchen, Eingaben, Liquidationen, einer Verwandtschaftstafel u. a.

In der Vorrede sagt der Herausgeber: „Wie an praktischer Nutzbarkeit übertrifft das Werk auch an Reichhaltigkeit alles Aehnliche.“

Zwei große starke Bände früher 20 M. des „Vorwärts“ nur 5 M.

- Chamisso, 1 Bd., einz. vom Stadtschulinspektor Dr. A. Reimann, Berlin, 429 S., M. 1,15
Goethe, 3 Bde., einz. von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Ludw. Geiger, Berlin, 1300 Seiten M. 3,25
Grillparzer, 1 Bd., einz. v. Rektor H. Schöps, Leipzig, 316 Seiten M. 1,15
Hauff, 1 Bd., einz. von Dr. Max Mendheim, Leipzig, 783 Seiten M. 1,50
Hebbel, 1 Bd., einz. v. Prof. Dr. Rob. Petsch, Heidelberg, 432 Seiten M. 1,15
Heine, 1 Bd., einz. von Hermann Kiesel, Berlin, 636 Seiten M. 1,25
Kleist, 1 Bd., einz. von Prof. Dr. W. Deetjen, Hannover, 400 Seiten M. 1,15
Körner, 1 Bd., einz. von Rektor P. Hoche, Wriessen, 328 Seiten M. 1,15
Lewan, 1 Bd., einz. von Dr. Otto Franz Genzichen, Berlin, 461 Seiten M. 1,15
Lessing, 1 Bd., einz. von Dr. Ludw. Holthoff, Stuttgart, 421 Seiten M. 1,15
Schiller, 2 Bde., einz. v. Direkt. Dr. H. Jantzen, Königsberg, 1351 Seiten M. 2,50
Uhland, 1 Bd., einz. von Prof. Dr. L. Fränkel, München, 403 Seiten M. 1,15

Ausfneiden und einbinden!

Legitimationschein für die Leser des „Vorwärts“.

An den Humboldt Verlag G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 60.

Der Unterzeichnete bestelle hiermit unter Nachnahme:

Expl. Kürschners Lexikon d. Deutschen Rechts, 3 Bde., früh 20 M. für nur M. 5,- frei. Das Werk wiegt 5 kg.

Klassiker-Sammlung

- 15 Bände franko M. 15,-
Expl. Chamisso 1 Bd. 1,15
Goethe 3 Bde. 3,25
Grillparzer 1 Bd. 1,15
Hauff 1 Bd. 1,50
Hebbel 1 Bd. 1,15
Heine 1 Bd. 1,25
Kleist 1 Bd. 1,15
Körner 1 Bd. 1,15
Lenau 1 Bd. 1,15
Lessing 1 Bd. 1,15
Schiller 2 Bde. 2,50
Uhland 1 Bd. 1,15
(Ueber 5 M. franko.)

Name
Stand
Wohnung

Format einer Vorderseite 17x25 cm

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance... Berliner Credit-Haus... Credit-Haus Moabit... Labascher, S. Spandau

Wetter, Carl... Sinalco (Bilzbrause) Gen.-Vertret. Otto Starick... Franz Abraham

Si-Si... Arbeiter-Bekleidung F. Falk... Bäckereien, Konditor

Blottner's Großbäckerei... Arnold Souster's Landbrotfabrik

Brotfabrik... Buehl & Sohn... Engel's Landbrot

Fischer, Görtscher... Feronia... Gadicke's Bäckerei

Oskar Hanke's Brotbäckerei... Carl Kappler... Rich. Liebenow

Mache, Carl... Peter's Großbäckerei... Conrad Richter

Bäckerei "Nordstern"... Peter's Großbäckerei... Heinrich Witter

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Ulbrich... Badenstellen... Anstalten vom Admiralgarten-Bad

Canitz... Central-Bad... Erstes Lohtannin-Bad

Kuranstalt "Löser"... Köhn's Samariter-Bad... Kur-Anstalt "Löser"

Bad Ostend... Passage-Bad... Prinszen-Bad

Silesia-Bad... Viktorja-Bad... Bandagen, Gummw.

Reiche, A... Beleucht.-Gegenst... Becker, Reinh.

Bunzel, R... Kronen-Grossmann... Berufskleidung

Wilh. Scholem... Schuch, M... Wecker, A

Siebrauereien, Bierh... W. Adeling & A. Hoffmann

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Max Böhm... Brauerei F. Happoldt... Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg... Caramel-Weißbier... Groterjans

Goldbier... S. D. Moewes... Münchener Brauhaus Berlin

Schlossbrauerei... Verein-Brauerei... Weissbier Albert Braun

Blumen und Kränze... König... Pappelbaum

Westmann... A. Kieper, Nowawes... Drogen u. Farben

Adler-Drogerie... Michaelis & Co... J. F. Assmann

Arenz & Poper... Ackermann... Oskar Beck

Fritz Bartz... Buntrök, W... A. Daweritz

Maeding, J... Nordstern... Pomorski, Paul

W. Riesner... Ernst Schnelder... Schröter, R

A. Talman... Uhly & Wolfram... Vereinigte Pommersche Meiereien

Cacao, Chocolate... Cyliax, G... Die Fabrikate der "Sarotti"

Seiffert, Erich... Teichmann, H... Gorgas, M

Alb. Kasulke... Klein, Wilh... Klemmer W.

Max Arnsdorff... Carl Brinnotter... Confektionshaus Wedding

Holz & Ascher... König... Pappelbaum

Wagner, P... Westmann... A. Kieper, Nowawes

Felix Pinkert... Ramin, Otto... Rats-Drog. Spandau

Apoth. Richter... Louis Röhl... Schult, Hugo

Siegfried-Drogerie... Brenecke, C... W. Brenneke

G. Brucklacher... G. Gercke & Wolfram... Rob. Heinze

C. Müller... Jacob, Otto... Carl Jang

Knieshase, A... Kurt Kränke... Paul Krüger

Gust. Lenz... J. C. Schütze Nachf... J. C. Schütze Nachf

Georg Reiner... Max Richter... Rössel, F.

Brennabor... Alex Bam... Daddrich, P.

Taubert, J... C. Ahlers & Co... C. Dittmann

Kahl... Chr. Kroog... Hans Kunkel

Winkler & Bärbel... Fleischer, u. Wurstw... Wilhelm Behr

W. Becker... A. Böhnel... Daniel, J.

Robert Bludschus Nachf... Danziger Fleisch-Centrale... Danziger Fleisch-Centrale

Wurst, Speck, Schinken... Anton Flehau... P. Moldenhauer Nachf

Georg Reiner... Max Richter... Rössel, F.

Brennabor... Alex Bam... Daddrich, P.

Fahrräd., Nähmasch... Carl Müller... Carl Müller

Linke's Fleischzentrale... Herm. Leucht... Wilhelm Lieberr

O. Liebold... Max Lieske... H. Matzker

Jul. Pytlík... Fritz Rasch... A. Rathenow

Peter Rechel... Rhinow, A... O. Rosemann Nachf

Max Schubert... Albert Schucht... O. Schreiber

W. Tauche... Fr. Thiel... Thiel, H.

Polze Fleisch-u. Wurstwaren... Karl Unte... Franz Veit

Wilh. Vogel... E. Wetzel... C. Wiese

Glas u. Porzellan... Floeder & Kroll... Gerhardt

Eduard Grunwald... Otto Grube... Carl Müller

Unterstehende Geschäfte... Weiter unten... Fortsetzung siehe nächste Seite

**Felix Brückow, Köpenick.**  
Die berühmte Feisenwäpche, Badst. 44  
Magazin England  
Koth Dam 75, Oranienstr. 162.  
Ebn, Wäpche, Cravatten.  
Dietmer, Ackerstr. 63a, Hutgesch. 113.  
Wartig Grässel, Alt-Moabit 113.  
Ri.ck. Jahn, Treptow, Grötenstr. 6  
S. Kadisch, Thurmstr. 13  
Emil Klatt, Kastanien-Allee 49  
Körning, Otto Fränkstr. 41, 43, 45, 47, 49, 51, 53, 55, 57, 59, 61, 63, 65, 67, 69, 71, 73, 75, 77, 79, 81, 83, 85, 87, 89, 91, 93, 95, 97, 99, 101, 103, 105, 107, 109, 111, 113, 115, 117, 119, 121, 123, 125, 127, 129, 131, 133, 135, 137, 139, 141, 143, 145, 147, 149, 151, 153, 155, 157, 159, 161, 163, 165, 167, 169, 171, 173, 175, 177, 179, 181, 183, 185, 187, 189, 191, 193, 195, 197, 199, 201, 203, 205, 207, 209, 211, 213, 215, 217, 219, 221, 223, 225, 227, 229, 231, 233, 235, 237, 239, 241, 243, 245, 247, 249, 251, 253, 255, 257, 259, 261, 263, 265, 267, 269, 271, 273, 275, 277, 279, 281, 283, 285, 287, 289, 291, 293, 295, 297, 299, 301, 303, 305, 307, 309, 311, 313, 315, 317, 319, 321, 323, 325, 327, 329, 331, 333, 335, 337, 339, 341, 343, 345, 347, 349, 351, 353, 355, 357, 359, 361, 363, 365, 367, 369, 371, 373, 375, 377, 379, 381, 383, 385, 387, 389, 391, 393, 395, 397, 399, 401, 403, 405, 407, 409, 411, 413, 415, 417, 419, 421, 423, 425, 427, 429, 431, 433, 435, 437, 439, 441, 443, 445, 447, 449, 451, 453, 455, 457, 459, 461, 463, 465, 467, 469, 471, 473, 475, 477, 479, 481, 483, 485, 487, 489, 491, 493, 495, 497, 499, 501, 503, 505, 507, 509, 511, 513, 515, 517, 519, 521, 523, 525, 527, 529, 531, 533, 535, 537, 539, 541, 543, 545, 547, 549, 551, 553, 555, 557, 559, 561, 563, 565, 567, 569, 571, 573, 575, 577, 579, 581, 583, 585, 587, 589, 591, 593, 595, 597, 599, 601, 603, 605, 607, 609, 611, 613, 615, 617, 619, 621, 623, 625, 627, 629, 631, 633, 635, 637, 639, 641, 643, 645, 647, 649, 651, 653, 655, 657, 659, 661, 663, 665, 667, 669, 671, 673, 675, 677, 679, 681, 683, 685, 687, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 715, 717, 719, 721, 723, 725, 727, 729, 731, 733, 735, 737, 739, 741, 743, 745, 747, 749, 751, 753, 755, 757, 759, 761, 763, 765, 767, 769, 771, 773, 775, 777, 779, 781, 783, 785, 787, 789, 791, 793, 795, 797, 799, 801, 803, 805, 807, 809, 811, 813, 815, 817, 819, 821, 823, 825, 827, 829, 831, 833, 835, 837, 839, 841, 843, 845, 847, 849, 851, 853, 855, 857, 859, 861, 863, 865, 867, 869, 871, 873, 875, 877, 879, 881, 883, 885, 887, 889, 891, 893, 895, 897, 899, 901, 903, 905, 907, 909, 911, 913, 915, 917, 919, 921, 923, 925, 927, 929, 931, 933, 935, 937, 939, 941, 943, 945, 947, 949, 951, 953, 955, 957, 959, 961, 963, 965, 967, 969, 971, 973, 975, 977, 979, 981, 983, 985, 987, 989, 991, 993, 995, 997, 999, 1001, 1003, 1005, 1007, 1009, 1011, 1013, 1015, 1017, 1019, 1021, 1023, 1025, 1027, 1029, 1031, 1033, 1035, 1037, 1039, 1041, 1043, 1045, 1047, 1049, 1051, 1053, 1055, 1057, 1059, 1061, 1063, 1065, 1067, 1069, 1071, 1073, 1075, 1077, 1079, 1081, 1083, 1085, 1087, 1089, 1091, 1093, 1095, 1097, 1099, 1101, 1103, 1105, 1107, 1109, 1111, 1113, 1115, 1117, 1119, 1121, 1123, 1125, 1127, 1129, 1131, 1133, 1135, 1137, 1139, 1141, 1143, 1145, 1147, 1149, 1151, 1153, 1155, 1157, 1159, 1161, 1163, 1165, 1167, 1169, 1171, 1173, 1175, 1177, 1179, 1181, 1183, 1185, 1187, 1189, 1191, 1193, 1195, 1197, 1199, 1201, 1203, 1205, 1207, 1209, 1211, 1213, 1215, 1217, 1219, 1221, 1223, 1225, 1227, 1229, 1231, 1233, 1235, 1237, 1239, 1241, 1243, 1245, 1247, 1249, 1251, 1253, 1255, 1257, 1259, 1261, 1263, 1265, 1267, 1269, 1271, 1273, 1275, 1277, 1279, 1281, 1283, 1285, 1287, 1289, 1291, 1293, 1295, 1297, 1299, 1301, 1303, 1305, 1307, 1309, 1311, 1313, 1315, 1317, 1319, 1321, 1323, 1325, 1327, 1329, 1331, 1333, 1335, 1337, 1339, 1341, 1343, 1345, 1347, 1349, 1351, 1353, 1355, 1357, 1359, 1361, 1363, 1365, 1367, 1369, 1371, 1373, 1375, 1377, 1379, 1381, 1383, 1385, 1387, 1389, 1391, 1393, 1395, 1397, 1399, 1401, 1403, 1405, 1407, 1409, 1411, 1413, 1415, 1417, 1419, 1421, 1423, 1425, 1427, 1429, 1431, 1433, 1435, 1437, 1439, 1441, 1443, 1445, 1447, 1449, 1451, 1453, 1455, 1457, 1459, 1461, 1463, 1465, 1467, 1469, 1471, 1473, 1475, 1477, 1479, 1481, 1483, 1485, 1487, 1489, 1491, 1493, 1495, 1497, 1499, 1501, 1503, 1505, 1507, 1509, 1511, 1513, 1515, 1517, 1519, 1521, 1523, 1525, 1527, 1529, 1531, 1533, 1535, 1537, 1539, 1541, 1543, 1545, 1547, 1549, 1551, 1553, 1555, 1557, 1559, 1561, 1563, 1565, 1567, 1569, 1571, 1573, 1575, 1577, 1579, 1581, 1583, 1585, 1587, 1589, 1591, 1593, 1595, 1597, 1599, 1601, 1603, 1605, 1607, 1609, 1611, 1613, 1615, 1617, 1619, 1621, 1623, 1625, 1627, 1629, 1631, 1633, 1635, 1637, 1639, 1641, 1643, 1645, 1647, 1649, 1651, 1653, 1655, 1657, 1659, 1661, 1663, 1665, 1667, 1669, 1671, 1673, 1675, 1677, 1679, 1681, 1683, 1685, 1687, 1689, 1691, 1693, 1695, 1697, 1699, 1701, 1703, 1705, 1707, 1709, 1711, 1713, 1715, 1717, 1719, 1721, 1723, 1725, 1727, 1729, 1731, 1733, 1735, 1737, 1739, 1741, 1743, 1745, 1747, 1749, 1751, 1753, 1755, 1757, 1759, 1761, 1763, 1765, 1767, 1769, 1771, 1773, 1775, 1777, 1779, 1781, 1783, 1785, 1787, 1789, 1791, 1793, 1795, 1797, 1799, 1801, 1803, 1805, 1807, 1809, 1811, 1813, 1815, 1817, 1819, 1821, 1823, 1825, 1827, 1829, 1831, 1833, 1835, 1837, 1839, 1841, 1843, 1845, 1847, 1849, 1851, 1853, 1855, 1857, 1859, 1861, 1863, 1865, 1867, 1869, 1871, 1873, 1875, 1877, 1879, 1881, 1883, 1885, 1887, 1889, 1891, 1893, 1895, 1897, 1899, 1901, 1903, 1905, 1907, 1909, 1911, 1913, 1915, 1917, 1919, 1921, 1923, 1925, 1927, 1929, 1931, 1933, 1935, 1937, 1939, 1941, 1943, 1945, 1947, 1949, 1951, 1953, 1955, 1957, 1959, 1961, 1963, 1965, 1967, 1969, 1971, 1973, 1975, 1977, 1979, 1981, 1983, 1985, 1987, 1989, 1991, 1993, 1995, 1997, 1999, 2001, 2003, 2005, 2007, 2009, 2011, 2013, 2015, 2017, 2019, 2021, 2023, 2025, 2027, 2029, 2031, 2033, 2035, 2037, 2039, 2041, 2043, 2045, 2047, 2049, 2051, 2053, 2055, 2057, 2059, 2061, 2063, 2065, 2067, 2069, 2071, 2073, 2075, 2077, 2079, 2081, 2083, 2085, 2087, 2089, 2091, 2093, 2095, 2097, 2099, 2101, 2103, 2105, 2107, 2109, 2111, 2113, 2115, 2117, 2119, 2121, 2123, 2125, 2127, 2129, 2131, 2133, 2135, 2137, 2139, 2141, 2143, 2145, 2147, 2149, 2151, 2153, 2155, 2157, 2159, 2161, 2163, 2165, 2167, 2169, 2171, 2173, 2175, 2177, 2179, 2181, 2183, 2185, 2187, 2189, 2191, 2193, 2195, 2197, 2199, 2201, 2203, 2205, 2207, 2209, 2211, 2213, 2215, 2217, 2219, 2221, 2223, 2225, 2227, 2229, 2231, 2233, 2235, 2237, 2239, 2241, 2243, 2245, 2247, 2249, 2251, 2253, 2255, 2257, 2259, 2261, 2263, 2265, 2267, 2269, 2271, 2273, 2275, 2277, 2279, 2281, 2283, 2285, 2287, 2289, 2291, 2293, 2295, 2297, 2299, 2301, 2303, 2305, 2307, 2309, 2311, 2313, 2315, 2317, 2319, 2321, 2323, 2325, 2327, 2329, 2331, 2333, 2335, 2337, 2339, 2341, 2343, 2345, 2347, 2349, 2351, 2353, 2355, 2357, 2359, 2361, 2363, 2365, 2367, 2369, 2371, 2373, 2375, 2377, 2379, 2381, 2383, 2385, 2387, 2389, 2391, 2393, 2395, 2397, 2399, 2401, 2403, 2405, 2407, 2409, 2411, 2413, 2415, 2417, 2419, 2421, 2423, 2425, 2427, 2429, 2431, 2433, 2435, 2437, 2439, 2441, 2443, 2445, 2447, 2449, 2451, 2453, 2455, 2457, 2459, 2461, 2463, 2465, 2467, 2469, 2471, 2473, 2475, 2477, 2479, 2481, 2483, 2485, 2487, 2489, 2491, 2493, 2495, 2497, 2499, 2501, 2503, 2505, 2507, 2509, 2511, 2513, 2515, 2517, 2519, 2521, 2523, 2525, 2527, 2529, 2531, 2533, 2535, 2537, 2539, 2541, 2543, 2545, 2547, 2549, 2551, 2553, 2555, 2557, 2559, 2561, 2563, 2565, 2567, 2569, 2571, 2573, 2575, 2577, 2579, 2581, 2583, 2585, 2587, 2589, 2591, 2593, 2595, 2597, 2599, 2601, 2603, 2605, 2607, 2609, 2611, 2613, 2615, 2617, 2619, 2621, 2623, 2625, 2627, 2629, 2631, 2633, 2635, 2637, 2639, 2641, 2643, 2645, 2647, 2649, 2651, 2653, 2655, 2657, 2659, 2661, 2663, 2665, 2667, 2669, 2671, 2673, 2675, 2677, 2679, 2681, 2683, 2685, 2687, 2689, 2691, 2693, 2695, 2697, 2699, 2701, 2703, 2705, 2707, 2709, 2711, 2713, 2715, 2717, 2719, 2721, 2723, 2725, 2727, 2729, 2731, 2733, 2735, 2737, 2739, 2741, 2743, 2745, 2747, 2749, 2751, 2753, 2755, 2757, 2759, 2761, 2763, 2765, 2767, 2769, 2771, 2773, 2775, 2777, 2779, 2781, 2783, 2785, 2787, 2789, 2791, 2793, 2795, 2797, 2799, 2801, 2803, 2805, 2807, 2809, 2811, 2813, 2815, 2817, 2819, 2821, 2823, 2825, 2827, 2829, 2831, 2833, 2835, 2837, 2839, 2841, 2843, 2845, 2847, 2849, 2851, 2853, 2855, 2857, 2859, 2861, 2863, 2865, 2867, 2869, 2871, 2873, 2875, 2877, 2879, 2881, 2883, 2885, 2887, 2889, 2891, 2893, 2895, 2897, 2899, 2901, 2903, 2905, 2907, 2909, 2911, 2913, 2915, 2917, 2919, 2921, 2923, 2925, 2927, 2929, 2931, 2933, 2935, 2937, 2939, 2941, 2943, 2945, 2947, 2949, 2951, 2953, 2955, 2957, 2959, 2961, 2963, 2965, 2967, 2969, 2971, 2973, 2975, 2977, 2979, 2981, 2983, 2985, 2987, 2989, 2991, 2993, 2995, 2997, 2999, 3001, 3003, 3005, 3007, 3009, 3011, 3013, 3015, 3017, 3019, 3021, 3023, 3025, 3027, 3029, 3031, 3033, 3035, 3037, 3039, 3041, 3043, 3045, 3047, 3049, 3051, 3053, 3055, 3057, 3059, 3061, 3063, 3065, 3067, 3069, 3071, 3073, 3075, 3077, 3079, 3081, 3083, 3085, 3087, 3089, 3091, 3093, 3095, 3097, 3099, 3101, 3103, 3105, 3107, 3109, 3111, 3113, 3115, 3117, 3119, 3121, 3123, 3125, 3127, 3129, 3131, 3133, 3135, 3137, 3139, 3141, 3143, 3145, 3147, 3149, 3151, 3153, 3155, 3157, 3159, 3161, 3163, 3165, 3167, 3169, 3171, 3173, 3175, 3177, 3179, 3181, 3183, 3185, 3187, 3189, 3191, 3193, 3195, 3197, 3199, 3201, 3203, 3205, 3207, 3209, 3211, 3213, 3215, 3217, 3219, 3221, 3223, 3225, 3227, 3229, 3231, 3233, 3235, 3237, 3239, 3241, 3243, 3245, 3247, 3249, 3251, 3253, 3255, 3257, 3259, 3261, 3263, 3265, 3267, 3269, 3271, 3273, 3275, 3277, 3279, 3281, 3283, 3285, 3287, 3289, 3291, 3293, 3295, 3297, 3299, 3301, 3303, 3305, 3307, 3309, 3311, 3313, 3315, 3317, 3319, 3321, 3323, 3325, 3327, 3329, 3331, 3333, 3335, 3337, 3339, 3341, 3343, 3345, 3347, 3349, 3351, 3353, 3355, 3357, 3359, 3361, 3363, 3365, 3367, 3369, 3371, 3373, 3375, 3377, 3379, 3381, 3383, 3385, 3387, 3389, 3391, 3393, 3395, 3397, 3399, 3401, 3403, 3405, 3407, 3409, 3411, 3413, 3415, 3417, 3419, 3421, 3423, 3425, 3427, 3429, 3431, 3433, 3435, 3437, 3439, 3441, 3443, 3445, 3447, 3449, 3451, 3453, 3455, 3457, 3459, 3461, 3463, 3465, 3467, 3469, 3471, 3473, 3475, 3477, 3479, 3481, 3483, 3485, 3487, 3489, 3491, 3493, 3495, 3497, 3499, 3501, 3503, 3505, 3507, 3509, 3511, 3513, 3515, 3517, 3519, 3521, 3523, 3525, 3527, 3529, 3531, 3533, 3535, 3537, 3539, 3541, 3543, 3545, 3547, 3549, 3551, 3553, 3555, 3557, 3559, 3561, 3563, 3565, 3567, 3569, 3571, 3573, 3575, 3577, 3579, 3581, 3583, 3585, 3587, 3589, 3591, 3593, 3595, 3597, 3599, 3601, 3603, 3605, 3607, 3609, 3611, 3613, 3615, 3617, 3619, 3621, 3623, 3625, 3627, 3629, 3631, 3633, 3635, 3637, 3639, 3641, 3643, 3645, 3647, 3649, 3651, 3653, 3655, 3657, 3659, 3661, 3663, 3665, 3667, 3669, 3671, 3673, 3675, 3677, 3679, 3681, 3683, 3685, 3687, 3689, 3691, 3693, 3695, 3697, 3699, 3701, 3703, 3705, 3707, 3709, 3711, 3713, 3715, 3717, 3719, 3721, 3723, 3725, 3727, 3729, 3731, 3733, 3735, 3737, 3739, 3741, 3743, 3745, 3747, 3749, 3751, 3753, 3755, 3757, 3759, 3761, 3763, 3765, 3767, 3769, 3771, 3773, 3775, 3777, 3779, 3781, 3783, 3785, 3787, 3789, 3791, 3793, 3795, 3797, 3799, 3801, 3803, 3805, 3807, 3809, 3811, 3813, 3815, 3817, 3819, 3821, 3823, 3825, 3827, 3829, 3831, 3833, 3835, 3837, 3839, 3841, 3843, 3845, 3847, 3849, 3851, 3853, 3855, 3857, 3859, 3861, 3863, 3865, 3867, 3869, 3871, 3873, 3875, 3877, 3879, 3881, 3883, 3885, 3887, 3889, 3891, 3893, 3895, 3897, 3899, 3901, 3903, 3905, 3907, 3909, 3911, 3913, 3915, 3917, 3919, 3921, 3923, 3925, 3927, 3929, 3931, 3933, 3935, 3937, 3939, 3941, 3943, 3945, 3947, 3949, 3951, 3953, 3955, 3957, 3959, 3961, 3963, 3965, 3967, 3969, 3971, 3973, 3975, 3977, 3979, 3981, 3983, 3985, 3987, 3989, 3991, 3993, 3995, 3997, 3999, 4001, 4003, 4005, 4007, 4009, 4011, 4013, 4015, 4017, 4019, 4021, 4023, 4025, 4027, 4029, 4031, 4033, 4035, 4037, 4039, 4041, 4043, 4045, 4047, 4049, 4051, 4053, 4055, 4057, 4059, 4061, 4063, 4065, 4067, 4069, 4071, 4073, 4075, 4077, 4079, 4081, 4083, 4085, 4087, 4089, 4091, 4093, 4095, 4097, 4099, 4101, 4103, 4105, 4107, 4109, 4111, 4113, 4115, 4117, 4119, 4121, 4123, 4125, 4127, 4129, 4131, 4133, 4135, 4137, 4139, 4141, 4143, 4145, 4147, 4149, 4151, 4153, 4155, 4157, 4159, 4161, 4163, 4165, 4167, 4169, 4171, 4173, 4175, 4177, 4179, 4181, 4183, 4185, 4187, 4189, 4191, 4193, 4195, 4197, 4199, 4201, 4203, 4205, 4207, 4209, 4211, 4213, 4215, 4217, 4219, 4221, 4223, 4225, 4227, 4229, 4231, 4233, 4235, 4237, 4239, 4241, 4243, 4245, 4247, 4249, 4251, 4253, 425

Joh. Schallan, Schick Allee 158 a. Ter.
Alfred Schöner, Turmstr. 40.
Carl Schlowinsky, Koppenstr. 4.
R. Schmelz, ...

Wutke, Karl, ...
Deutschland Berlin
Friedrich Wilhelm
Warenhäuser
Warenhaus Max Codik

David, L. S., ...
Julius Loewenberg Nachf.
Warenhaus M. Hirsch
Hugo Beling
Conrad, Großdeffillation

Martin, Bruno, ...
Ignatz Sello
Waschmittel
Edelweiß
Herkules

Schwender, H., ...
Wolff, Wollw., Trikot.
Hans, A.
Hirschfeldt
Jonas, Hermann
Juncker, H.

Eugen Lewald
Ch. Loewy
A. Lüdek
Müller, E.
M. Schaefer

E. Voigt, ...
Albert Vogt
Wolffhaus Lucas
Wild u. Geflügel
C. Dittmann
O. Grimm
Stenzel, L.
Zahn-Atelier

Verkäufe.

Wortführer erhalten fünf
Vogel-Entenabst. selbst bei
Zeplich, ...
Gardinen, ...
Zeplich, ...
Kreditbank ...
Federbetten, ...
Bilder kaufen Sie direkt ...
1000 neue Nähmaschinen ...
Herrens Garderobe nach ...
Hermannplatz 6. ...
Gartenanlagen, ...
Vertraulich! Herrmann ...
Große Divanbetten ...
Inventur-Extrakt ...
Zehdenbuch für ...
Monatsausgabe ...
Leibhaus ...
Warenhäuser ...
Zeplich ...

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn
Sie im Leibhaus ...
Vorjahre ...
Zurückgekauft ...
Ohne Anzahlung ...
Humboldtstraße ...
Kaufhäuser ...
Kaufhäuser ...
Kaufhäuser ...
Kaufhäuser ...
Kaufhäuser ...

Zeitungsgeschäft, ...
Möbel, ...

Ruhbaummöbel, ...
Wandel, ...

Möbel, ...
Fahrräder, ...
Musik, ...
Verschiedenes, ...

Gandwerker werden in ...
Vermietungen, ...
Wohnungen, ...
Schlafstellen, ...
Arbeitsmarkt, ...
Stellengesuche, ...
Stellenangebote, ...

Arbeitsmarkt, ...
Stellengesuche, ...
Stellenangebote, ...
Arbeitsmarkt, ...
Stellengesuche, ...
Stellenangebote, ...
Arbeitsmarkt, ...
Stellengesuche, ...
Stellenangebote, ...
Arbeitsmarkt, ...

Wir suchen

tüchtige Reisebeamte zum Besuch ...
Mittelschleute werden gut eingearbeitet ...
Leiwinski, ...

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. N. ...
W. G. Schmidt, ...
O. R. ...
N. O. ...
N. D. ...
G. Vogel, ...
S. ...
NW. ...
SW. ...
S. ...
SO. ...
Adlershof, ...
Borsigwalde, ...
Charlottenburg, ...
Friedrichshagen, ...
Grünau, ...
Johannisthal, ...
Karlshorst, ...
Köpenick, ...
Lichtenberg, ...
Nieder-Schöneweide, ...
Nowawes, ...
Ober-Schöneweide, ...
Reinickendorf, ...
Rixdorf, ...
S. ...
Rummelsburg, ...
Schöneberg, ...
Spandau, ...
Steglitz, ...
Tempelhof, ...
Treptow, ...
Wilmersdorf, ...
Pankow, ...
Reinickendorf, ...

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streit und Lohn-
differenzen sind gebrannt:
Dianofabrik ...
Steglich, ...
Konrad, ...
Thio-
mann, ...
Piano-
fabrik ...

Wir suchen

Wir suchen tüchtige ...
Reisebeamte zum Besuch ...
Mittelschleute werden gut eingearbeitet ...
Leiwinski, ...

Wir suchen

Wir suchen tüchtige ...
Reisebeamte zum Besuch ...
Mittelschleute werden gut eingearbeitet ...
Leiwinski, ...

Wir suchen

Wir suchen tüchtige ...
Reisebeamte zum Besuch ...
Mittelschleute werden gut eingearbeitet ...
Leiwinski, ...

Wir suchen

Wir suchen tüchtige ...
Reisebeamte zum Besuch ...
Mittelschleute werden gut eingearbeitet ...
Leiwinski, ...